

DAS MUSS SICH ÄNDERN

DIE 100 WICHTIGSTEN PROBLEME BERLINS UND IHRE LÖSUNG

WAHLPROGRAMM ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2011 –
GEMEINSAM ERARBEITET VON DEN MITGLIEDERN DER CDU
UND DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN BERLINS

BESCHLUSS DES 34. LANDESPARTEITAGES DER CDU BERLIN VOM 6. MAI 2011



GERADE. RICHTIG

FÜR BERLIN.

CDU

BERLIN WIRD SCHLECHT REGIERT. DAS MUSS SICH ÄNDERN.

Unsere Lebensqualität ist bedroht

Es muss sich vieles ändern, damit Berlin so attraktiv wie heute bleiben kann. Stellen Sie sich einmal kurz vor, die Probleme Berlins wären beseitigt, die Blockaden aufgehoben und alle Berlinerinnen und Berliner könnten ihre Kraft voll entfalten. Dann wären Gefahren gebannt und Ungerechtigkeiten reduziert.

S-Bahn, Schulen, Arbeitsmarkt, Wirtschaftsentwicklung, Integration: An Missstände hat sich Berlin leider gewöhnt

So richtig vorstellen können wir uns gar nicht mehr, dass in Berlin die S-Bahn zuverlässig fährt, die Schulen saniert sind, der Arbeitsmarkt funktioniert, die Probleme der Migranten und die Schwierigkeiten mit Zuwanderern gelöst sind, die Wirtschaft boomt, die Straßen nachts sicher bleiben, Wartezeiten bei Ärzten und Behörden unbekannt sind und die Stadt, ihre Parks und Plätze blühen.

Die CDU kann leider keine einfachen, schnellen Lösungen versprechen. Dem steht schon die alles dominierende Haushaltsnotlage entgegen. Aber die CDU findet sich nicht mit den Problemen ab. Wir wollen sie entschlossen angehen. Für uns ist das die zentrale Frage: Kann Berlin seine Probleme in den Griff bekommen, oder bleibt es dabei, dass Schulden, soziale Spaltung, Gewalt, mangelhafte Bildung, wirtschaftlicher Rückstand, Integrationsprobleme usw. wachsen?

Die Berliner CDU bietet: 100 Lösungen für 100 Probleme

Wir räumen entschlossen auf, dennoch wird es dauern

Deshalb haben wir unser Programm völlig neuartig aufgebaut. Wir haben aus der Sicht aller Bürger und Unternehmen dieser Stadt die Schwierigkeiten aufgeführt. Nach Themen sortiert sind die 100 wichtigsten Probleme aufgelistet. Das Entscheidende steht dann jeweils daneben: die Lösung. Konkret und verständlich. Die Probleme verschwinden nicht über Nacht. Aber sie werden endlich angegangen.

Nach den aufgeführten 100 wichtigsten Problemen finden sich als Anmerkungen verwandte, ergänzende Themen und deren Lösung. Schließlich listen wir am Ende des Programms die wichtigsten Konzepte und Ausarbeitungen auf, die die anstehenden Aufgaben in Berlin vertieft behandeln und von der CDU in letzter Zeit erarbeitet wurden. Allein unser bundesweit gelobtes Integrationsprogramm umfasst 45 Seiten. Aber auch zu wichtigen Einzelthemen wie E-mobility, S-Bahn-Krise oder Bürgerarbeit haben wir ausführliche Lösungen vorgelegt.

Die Zukunft Berlins fängt bei den Bürgern an

Dieses Programm kam mit den Bürgern zustande

Lob von allen Seiten: „Berlins innovativste Partei“

Die CDU Berlin untermauert mit diesem Wahlprogramm ihre Stellung als die Partei, die für die Probleme unserer Stadt die erfolgversprechendsten Lösungen bietet. Wir freuen uns, dass wir schon während der Erarbeitung dieses Programms reichlich positive Resonanz erhalten haben. Wir haben den Bürger in bisher ungekanntem Ausmaß Gelegenheit gegeben, sich zu beteiligen. Über 1.000 Beiträge zu unserem Programm haben Bürger verfasst. Mehr als 40.000 Seiten unserer eigens eingerichteten Programm-Webseite www.richtig-fuer-berlin.de wurden aufgerufen. Wir haben in Veranstaltungen diskutiert, mit zahlreichen Experten gesprochen und Berlins erste telefonische Bürgerkonferenz mit über 450 Teilnehmern abgehalten. Diese Bürgerbeteiligung hat sich mehr als gelohnt. Wir haben in vielen Einzelfragen wertvolle Anregungen erhalten. Vor allem können wir heute noch überzeugter und überzeugender argumentieren: Das sind die Probleme Berlins. Wir können, wollen und werden sie lösen. Eine Zeitung formulierte über die Berliner CDU, sie sei „hier die innovativste aller etablierten Parteien.“ Diese Zeitung ist die taz und wir bedanken uns für den vorurteilsfreien Blick.

Die Bürger brauchen eine Stimme – auch für unbequeme Themen wie Gewalt, Integration oder Verwahrlosung

Die Beteiligung der Bürger verdeutlicht, dass bestimmte Probleme dieser Stadt ohne ausreichende Stimme in der Öffentlichkeit dastehen und im gegenwärtigen Senat keine Resonanz finden. Während die Probleme an den Schulen zu Recht im Fokus stehen, der katastrophale Zustand der S-Bahn hinreichend deutlich - wenn auch vom Senat weiter ungelöst - ist, die sozialen

Belange über zahllose, öffentlich finanzierte Initiativen und Träger repräsentiert sind, werden andere wichtige Themen an den Rand gedrängt: Zahlreiche Polizisten haben sich bei uns gemeldet und sich enorm erleichtert gezeigt, dass wir thematisiert haben, wie schlecht Stimmung, Ausstattung, ja Ausnutzung dieses Berufszweiges nach jahrelangem Einstellungs-Stopp sind. Straftäter werden immer jünger, Polizisten immer älter – und weniger.

Auch die Unsicherheit der normalen Bürger nachts, an leeren U-Bahnhöfen, Parks und an anderen Stellen des öffentlichen Raums ist viel größer, als es die linken Mitbewerber wahrhaben wollen. Das gilt auch für die eigene Wohnung: Nichts nimmt in Berlin so sehr zu wie Wohnungseinbrüche. Wenn Gewaltdelikte an Schulen nicht mehr gemeldet werden, dann sinkt ihre Anzahl zwar in der entsprechenden Statistik. Sprechen dagegen die Bürger, tritt ein anderes Bild zu Tage. Die zunehmende Verwahrlosung Berlins muss gestoppt werden.

Die CDU steht für eine konsequente Politik gegen jede Form von Gewalt. Wir verharmlosen auch nicht Gewalt, die mit dem Ausdruck „Gewalt gegen Sachen“ bagatellisiert wird. Eindrucksvoll hat etwa Rudi Giuliani 1993 vor seiner Wahl zum Bürgermeister von New York die Bekämpfung der Kriminalität in seiner Stadt versprochen. Unter dem Begriff „Null-Toleranz-Strategie“ wurde er damit weltweit berühmt. Um 57 Prozent hat er die Verbrechensrate in New York gesenkt, die Zahl der Morde fiel auf ein historisches Tief, während in anderen Teilen der USA die Gewalt nicht zurückging.

Neben der persönlichen Sicherheit bedrückt die Menschen das Thema Integration. Dem darf sich die Arbeit des nächsten Senats nicht weiter verschließen. Das gilt nicht nur für die Sorgen der Einheimischen, sondern auch für die der Zuwanderer. Auch sie werden durch Nichtbeachtung ihrer guten Ansätze, ihrer teilweise enormen Leistungen bestraft. Die „schau-weg-und-tu-nix“-Regierung leugnet die Schwierigkeiten der Einheimischen und verdrängt, dass viele Zuwanderer vor drängenden Problemen stehen. Sie werden trotz guter Integrationsleistung in Sippenhaft für Missstände genommen. Die Migranten, nicht die Einheimischen, sind zudem die häufigsten Opfer von Gewalt anderer Migranten.

Wir werden die Zustände nicht weiter tolerieren. 40 Prozent Arbeitslosigkeit bei Nicht-Deutschen Staatsangehörigen, vor allem Türken, in Berlin sind eine Zeitbombe. Wir haben dazu viele Vorschläge erarbeitet. Zu ihrer Umsetzung braucht man den klaren Kompass der Union: Wir wollen alle Zuwanderer zu deutschen Staatsbürgern machen und zwar nicht auf dem Papier, sondern wirklich. Das setzt den Mut voraus, sowohl den Hasspredigern wie auch den integrationsunwilligen Ausnutzern unserer Sozialsysteme in bisher nicht bekannter Deutlichkeit ihre Grenzen aufzuzeigen. Genauso gilt es, die pauschale Verunglimpfung von Islam-Gläubigen oder die Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen zu stoppen. Rot-Rot legt dagegen ein lächerliches Integrationsgesetz vor, ohne Ideen und ohne Veränderungswillen, außer demjenigen, noch mehr Bürokratie zu schaffen. Selbst der juristische Dienst der Senatskanzlei hat schwerste rechtliche Bedenken und zweifelt am Nutzen des rot-roten Integrationsgesetzes. Auch der SPD-Bezirksbürgermeister von Mitte betitelte es als realitätsfern und nutzlos. Dessen Partei- und Amtskollege aus Neukölln nannte es „Bürokratisches Pillepalle und Etikettenschwindel“.

Unser Programm nennt die Probleme beim Namen und bietet Lösungen an. Die wesentlichen übergeordneten Fragen stehen dabei in einem unauflöslichen Zusammenhang. Da ist zum einen die verheerende finanzielle Situation, die ohne eine dynamische, nachhaltige, wirt-

Wohnungseinbrüche nehmen drastisch zu

Null-Toleranz-Strategie

Opfer von Gewalt von Migranten sind zuerst andere Migranten

Klarere Kompass der Union

Selbst SPD-Politiker nennen Integrationspolitik des Senats realitätsfern und nutzlos

Unauflöslicher Zusammenhang zwischen Integration, Wirtschaft und Bildung

schaftliche Gesundung Berlins alle anderen Probleme schwer lösbar macht. Zum anderen stammen ein Viertel der Berliner aus dem Ausland. Schaffen wir deren Integration nicht, wird Berlins Genesung nicht gelingen. Das wiederum ist abhängig davon, dass unser Bildungssystem die entsprechenden Voraussetzungen für alle Berliner schaffen kann. Auch davon sind wir leider meilenweit entfernt.

Vier zentrale Felder: Bildung, Wirtschaft, Integration und Innere Sicherheit

Innere Sicherheit als notwendige Voraussetzung für die Lösung der Probleme in anderen Bereichen

In Berlin müssen somit drei Bedingungen gleichzeitig erfüllt werden, damit die Probleme in allen Bereichen nicht weiter steigen: Wir brauchen erstens Wirtschaftskraft zur Sanierung der Haushalte und zur Beschäftigung, wir brauchen zweitens eine leistungsfähige Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschullandschaft und wir brauchen drittens eine erfolgreiche Integration. Dazu müssen wir die innere Sicherheit gewährleisten. Fehlt es an diesem vierten Punkt, wird die Lösung der drei Bereiche Bildung, Wirtschaft und Integration so behindert, dass jeder Erfolg gleich wieder gefährdet ist. Nicht zufällig hat die Union diese vier Bereiche zu den zentralen Themen ihres Wahlkampfes erklärt. Eine Verkürzung auf nur ein Thema - auch wenn es Bildung heißt - ist zum Scheitern verurteilt.

Gewalt, Kinderarmut, marode Schulen, kaputte Straßen oder S-Bahn sind heute schon deutlich spürbare Folgen davon, dass die vorgenannten Bedingungen eben nicht erfüllt sind. Ähnliche Defizite zeigen sich in Ansätzen in der Gesundheitsversorgung oder auch bei den Computersystemen der Verwaltung.

Stadtentwicklung muss endlich das tun, was der Name sagt: die Stadt entwickeln helfen

Flankiert werden müssen die vier zentralen Felder von einer klugen, vorausschauenden Stadtentwicklungspolitik. Auch hier sind die Warnsignale unübersehbar. Berlin hat nach der Einheit einen wahren Bauboom erlebt, vom Pariser Platz bis zu den Bundesbauten, von dem neuen Eisenbahnnetz bis zur Clubszene. Eine spektakuläre Neuigkeit reihte sich an die nächste. Aber jetzt? Heute wird der Schlossbau verschoben, die Neugestaltung um den Hauptbahnhof schleppt sich, die Berliner Altstadt zwischen Molken- und Neuem Markt bleibt leer und spannende Szene-Orte müssen mühsam verteidigt werden oder sind, wie die Bar 25, verloren. Jede öffentliche Debatte, ein konstruktiver Diskurs und eine Bürgerbeteiligung fehlen.

Soziale Brennpunkte wachsen

800.000 Menschen in Berlin leben von Transfergeldern – ein trauriger Rekord in Europa

Neu entstehen und wachsen dafür soziale Brennpunkte. Armut hat in Berlin leider Konjunktur, sagt der Sozial-Struktur-Atlas des rot-roten Senats: Während sich die sozialen Brennpunkte in der Innenstadt verfestigt haben, wird nun auch das Leben an den Stadträndern prekärer. Die Erhebung misst anhand von Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, Lebenserwartung und Einkommenslage die sozialstrukturelle Entwicklung Berlins. Folgt man dem Bericht, verschlechtert sich die Lage. Anders formuliert: die soziale Spaltung nimmt zu. Die Sozialsenatorin legt eine gruselige Bilanz vor: 800.000 Menschen in Berlin leben von Transfergeld – früher nannte man das Sozialhilfe.

Unsere wirtschaftliche Basis erodiert

Die wirtschaftliche Aktivierung Berlins ist inzwischen so offensichtlich notwendig, dass sich selbst die Rhetorik des jetzigen Senats ein wenig ändert, wenn auch sein Handeln nicht. Die wirtschaftliche Basis für die noch ungebrochene Attraktivität unserer Stadt, für unsere hohe Lebensqualität erodiert.

22 Milliarden Euro Ausgaben – nur 9,6 Milliarden Euro Steuereinnahmen: schlimmer als in Griechenland

Ganz gleich, welches Zukunftsthema wir ansprechen, überall ist der Geldmangel so groß, dass er die Probleme in Berlin vergrößert. Die finanziellen Nöte der Stadt haben ein beängstigendes Ausmaß angenommen. 22 Milliarden Euro gibt Berlin im nächsten Jahr aus. Die Steuereinnahmen liegen weit unter der Hälfte: bei nur 9,6 Milliarden Euro. Und obwohl andere Bundes-

länder und der Bund etwa sieben Milliarden pro Jahr zuschießen, ist die Haushaltslücke immer noch viel größer als die von Griechenland, das solche Zuschüsse nicht bekommt. Aber: Sparen, bis es quietscht und Gebühren erhöhen, bis es beißt, kann nicht die Antwort sein. Dann würden wir irgendwann gezwungen, Universitäten, Opern und dazu Schulen und Krankenhäuser zu schließen – und die Busfahrpreise zu verdoppeln.

Die einzig denkbare Antwort ist eine ganz neue Wirtschaftspolitik, die die Unternehmen in der Stadt wachsen und damit die Steuern sprudeln lässt. Das setzt voraus, dass wir nicht gleichgültig reagieren, wenn allein innerhalb eines Monats die Bahn ihre Logistikzentrale abzieht, der Filmkonzern Time Warner sein Büro schließt und Daimler Financials seinen Unternehmenssitz nach Stuttgart verlegt. Dem gegenwärtigen Senat fehlt leider jedes Verständnis und jeder Sinn für die Dringlichkeit von wirtschaftspolitischen Themen.

Unterstützt werden muss das Wachstum von bestehenden Unternehmen und die Gründung und Entwicklung von neuen Industrien und Firmen. Ansiedlungen sind eine nützliche Ergänzung, aber ersetzen die Entwicklung im Bestand nicht. Dabei geht es um zwei Dimensionen von Unterstützung: die gezielte Hilfe in einzelnen Branchen, sei es durch Genehmigungen, Pilotaufträge, Kontaktanbahnungen, Vernetzung mit Wissenschaft und Ähnlichem. Gleichzeitig ist mindestens so wichtig, dass Unternehmen die richtige Umgebung, den richtigen Nährboden zum Wachsen vorfinden. Hier geht es um Infrastruktur, wie Straßen, den neuen Flughafen, zuverlässige bezahlbare Energie und Grundstücke, eine unbürokratische Verwaltung und weitere Faktoren. Berlin hat beim Thema Wirtschaftsfreundlichkeit von Regierung und Verwaltung in den Untersuchungen verschiedener Institute die letzten Plätze abonniert.

Wirksam wäre, wenn es mehr Verlässlichkeit und Tempo gäbe. Das kostet nichts, schafft aber viele Arbeitsplätze. Wo darf ich was? Worauf kann ich Investitionen aufbauen? Gilt morgen schon wieder etwas anderes? Berlin hat sich vier Anläufe für ein neues Klimaschutzgesetz geleistet und immer noch keine Lösung gefunden. Die Firmen tapen im Dunkeln. Bis heute gibt es nicht einmal eine handhabbare Regelung für die Parkerlaubnis für Handwerker im Außendienst. In Sonntagsreden war das alles versprochen. Zu den kommenden Wahlen legt die IHK eine seitenlange Versäumnisliste vor, die sie höflich als Wahlprüfsteine umschreibt.

In PR-Veranstaltungen schwärmt der Senat von den Chancen von E-mobility. Die gibt es in der Tat. Nur braucht der Senat ein ganzes Jahr, um von der CDU die Idee einer Plattform-Agentur zu übernehmen. Bloß hat die praktisch kein Geld. Sie soll ein Netzwerk sein. Allerdings ist kein einziges Unternehmen aus der Automobilbranche dabei. Nicht einmal die Berliner Zulieferer. In diesem Schlafwagentempo kommt E-mobility nie nach Berlin.

Auch die Gesundheitswirtschaft fragt sich, wann und wie Berlin die Charité saniert. Mit der bundesweit niedrigsten Investitionsquote aller Krankenhäuser wird man nicht führend, sondern Schlusslicht. Das hoch gelobte Gesundheitscluster ist blockiert. Für all das hat die Berliner CDU konkrete Lösungsvorschläge vorgelegt. Nicht umsonst widmet sich die ausführlichste Passage des folgenden Programms der Wirtschaft.

Zur Wirtschaftspolitik im weiteren Sinne gehört auch der Verkehr. Der funktioniert in Berlin nur, wenn nicht einzelne Verkehrsarten gegeneinander ausgespielt werden. Der Grundsatz der Freiheit darf nicht untergehen. Die CDU macht Verkehrspolitik für alle Berliner, nicht nur für die in der Innenstadt oder am Stadtrand wohnenden Menschen.

**Einzig denkbare Antwort:
eine viel entschlossenerere
Wirtschaftspolitik**

**Die Unterstützung bestehender
Unternehmen gehört endlich
in den Mittelpunkt**

**Ein erheblicher Teil der
Problemlösung liegt in einer
professionelleren Verwaltung**

**Verlässlichkeit und Dringlichkeit:
zwei Fremdworte für Berlins
Wirtschaftspolitik**

**Auch neue Themen ohne Elan:
E-mobility auf der Stand –
statt auf der Überholspur**

**Wirtschaft läuft nicht
ohne Verkehr**

**Planbare Klimaziele schaffen
Klimaschutz-Industrie**

**Nur mehr Wohnungen halten
die Preise wirklich niedrig**

**Fachkräftemangel:
in Zukunft das wichtigste
Thema für die Wirtschaft**

Familien werden grob vernachlässigt

**Hunderttausende Kinder leben
von Hartz IV – die größte soziale
Ungerechtigkeit, die der rot-rote Senat
einfach nur verwaltet**

**23 Schulreformen bringen
Berlin von Pisa-Platz 9 auf
die Abstiegsränge**

**60 Prozent der Schüler
erreichen das
Leistungsniveau nicht**

Eine ökologische, nachhaltige, bezahlbare Energieversorgung, langfristig verlässliche Klimaziele, die mit dem Aufbau einer entsprechenden Industrie abgestimmt sind, können die Wirtschaftspolitik unterstützen und gleichzeitig Berlin zu einem vorbildlichen Umweltstandort machen. Auch günstige Mieten sind nicht nur sozial gewollt, sondern stellen einen großartigen Wettbewerbsvorteil für Berlins Unternehmen dar. Wohnungspolitik darf also nicht heißen, wir haben möglichst viele Wohnungsbaugesellschaften. Die durchschnittliche Miete dort ist übrigens unter Rot-rot leicht höher (!) als bei privaten Wohnungsbesitzern! Sinnvoll ist hier nur eine kontinuierliche Vergrößerung des Angebots. Nur das hält die Mieten niedrig.

In dem wichtigsten wirtschaftspolitischen Problem steckt für Berlin auch eine Chance: Der Fachkräftemangel bedroht alle Firmen in Europa, auch unsere in Berlin. Dank unserer Attraktivität, unserer Potenziale an den Hochschulen, unserer niedrigen Mieten, unseres vorbildlichen Kulturangebots können wir einen Wettbewerbsvorsprung erzielen. Er würde dafür sorgen, dass wir mehr mobile, qualifizierte Menschen haben und Unternehmen deshalb ihre Entwicklung stärker nach Berlin ziehen. Dafür müssen wir einiges tun. Im Programm finden sie viele konkrete Vorschläge.

In diesem Zusammenhang ist die kaum vorhandene Familienpolitik eine besondere Schwäche in Berlin. Das Wort Familie kommt im letzten Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linke erst gar nicht vor! Talente und Führungskräfte kommen nicht nach Berlin, wenn für ihre Familien nicht gesorgt ist. Da geht es um Schulpolitik, Stadtentwicklung, Sicherheit und vor allem um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kein einziges Mitglied im heutigen Berliner Senat hat auch nur ein einziges Kind in einer öffentlichen Schule von Berlin. Dem Senat fehlt die Berührung mit der Realität - und so ist auch seine Politik.

Genauso allein gelassen sind auch Alleinerziehende in dieser Stadt: 88 Prozent aller Alleinerziehenden mit mehreren Kindern leben in Berlin von Hartz IV. Aus dieser Gruppe kommen die meisten Kinder, die in Hartz IV aufwachsen. Mehr als jedes dritte Berliner Kind lebt heute so. Hier verfestigen sich Strukturen, die das Gemeinwesen untergraben. Auch hier tickt eine Zeitbombe. Wenn diese Kinder mehrheitlich ohne gute Schulbildung dann den größten Teil der nächsten Generation stellen, dann droht Berlin der soziale und wirtschaftliche Absturz. Es geht um Hunderttausende Kinder, die nicht gut genug auf ihr Leben vorbereitet sind.

Auch an den Schulproblemen ist der rot-rote Senat gescheitert. Seit 2003 hat er die Stadt mit 23, in Worten: dreiundzwanzig, Schulreformen überzogen. Vor den ganzen Reformen stand Berlin auf Pisa-Platz 9. Heute stehen wir auf einem Abstiegsplatz und träumen von einem solchen Ergebnis. Schon damals hatte die Stadt wenig Geld, gab es viele Zuwanderer, vor allem auch aus der türkischen Unterschicht, deren Kinder leider notorisch Schwierigkeiten in der Schule haben. Diese altbekannten Besonderheiten müssen heute für die noch schlechter gewordenen Ergebnisse herhalten. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, sagt Schulsenator Zöllner dazu wörtlich. Der Mann hat Humor. Gestern standen wir am Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter.

Die ganze Dramatik wird deutlich, wenn man hört, dass außerhalb von Gymnasien 60 Prozent der Schüler in Berlin das geforderte Leistungsniveau nicht erreichen. An den Gymnasien sieht es zwar ein wenig besser aus, aber immer noch wesentlich schlechter als im bundesdeutschen Vergleich. Das nimmt der Senat nun zum Anlass, die Gymnasien schlechter auszustatten. Als wenn es das Ziel wäre, dass alle schlecht abschneiden.

Die schlechte Ausstattung ist ein Grund dafür, dass die verkürzten Laufzeiten bis zum Abitur, das sogenannte G8, unnötig schlecht läuft. Andere Länder sind besser. Inzwischen wurde nämlich auch verglichen: G8-Abiturienten schneiden nicht schlechter ab als die ein Jahr länger laufenden G9-Schüler. Anders als bei den meisten Berliner Reformen gibt es also Veränderungen, die das Leistungsniveau nicht absenken.

Wir haben uns selbst an Brandbriefe aus Berliner Schulen gewöhnt. Die Reaktion des Senats schwankt zwischen Untätigkeit, Beschwichtigung und sinnlosem Verwaltungs-Aktionismus. Nun soll es also ein Qualitätspaket mit mehr Kontrollen geben, sagt die Verwaltung. Als wenn Fragebögen, Bürokratie und Gängelei die Situation verbessern könnten. Gut wird es erst, wenn Schulen ihre Situation selbst in die Hand nehmen dürfen und der Senat sie dabei unterstützt. Die Hoover-Schule in einer problembeladenen Ecke des Weddings ist so ein Beispiel. Selbst die Rütli-Schule hat sich stark verbessern können. Von der Schulpolitik in Berlin kann man leider nur das Gegenteil berichten. Dass es viele frustrierte Lehrer gibt, kann man gut verstehen. Das gehört wohl zum System. Denn in Berlin demotiviert man am besten gleich den ganzen Öffentlichen Dienst. Sparen ist gut, wenn man gemeinsam mit den Betroffenen günstigere und oft bessere Lösungen sucht. Kürzen und Alleinlassen ist das falsche Rezept.

Anfang Januar haben wir Frank Henkel zum Spitzenkandidaten der CDU für die Wahlen am 18. September gewählt. In seiner ersten Rede hat er sein zentrales Versprechen formuliert: „Aufräumen, wo Berlin nicht funktioniert“. Einen drastischen Beleg für den Bedarf nach Aufräumen kann man dem Tagesspiegel vom 10. Januar entnehmen. Dort kommentiert Harald Martenstein auf Seite 1 die Lage Berlins: „Berlin hat, ich vertrete diese These seit Jahren, nach 1989 einen ähnlichen Weg genommen wie viele afrikanische Staaten nach dem Ende der Kolonialherrschaft. Lokale Eliten kommen an die Macht, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind, Misswirtschaft und Güntlingswirtschaft verbreiten sich, die Infrastruktur verfällt, während die Kaste der Mächtigen Partys feiert. Berlin ist ein sogenannter ‚failing state‘, ein Staat, der seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann.“

**Nüchtern zusammen gefasst:
Berlin wird schlecht regiert.
Das muss sich ändern.
Wir sagen auf den nächsten Seiten, wie.**

Gymnasien werden benachteiligt

Nur wenn die Schulen endlich mehr selbst entscheiden dürfen, kann es besser werden

Berlins Schulpolitik verdient die Note ungenügend, der Senator kann sich setzen – aber bitte zur Ruhe

Frank Henkel verspricht: Aufräumen, wo Berlin nicht funktioniert

Berlin – ein „failing state“?

**Jetzt bitte umblättern!
Und lesen, wie Berlin wieder besser regiert wird**

THEMENFELD	PROBLEMNUMMER (FETT: THEMENSCHWERPUNKT)
Behinderte	88, 99
Bildung / Schule	27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41 , 42, 56, 57, 61, 94
Extremismus	51
Familie	19, 88 , 89, 90
Gesundheit	82, 83, 84, 85, 86, 87
Haushalt / Finanzen	7, 15, 20, 21, 22 , 24, 25, 27 , 52, 70, 78, 85
Hochschulen / Universitäten	4, 15, 18, 19, 42, 43 , 61, 62
Innere Sicherheit / Polizei	33, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50 , 51, 52, 53 , 54, 55, 59, 74, 90
Integration	17, 40, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62
Jugend	48, 49, 89, 90, 91, 92 , 94
Justiz / Strafvollzug	54, 55 , 59, 90
Kultur	9 , 10, 93, 95, 96, 97, 98
Natur / Umwelt	1, 3, 6, 8, 73
Senioren	10, 19, 77
Soziales	16 , 17, 19, 27, 56, 75, 82, 87, 88, 89 , 90
Sport	99, 100
Stadtentwicklung	1, 2, 5 , 6, 7, 10, 15, 30, 57, 63 , 64, 65, 66, 68, 70, 72, 73, 74, 75 , 76, 77, 78, 79, 80, 81 , 88, 93 , 96, 97
Verkehr	1 , 2, 8, 15, 23, 24 , 50, 64, 65, 66, 67, 68, 69 , 70, 71 , 78
Verwaltung / Öffentlicher Dienst	3, 4, 9, 12, 14 , 15, 20, 25, 26 , 53, 63, 68, 88
Wirtschaft	1, 2, 3, 4 , 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 , 14, 15 , 16, 17, 18, 19 , 36, 41, 56, 61, 62, 88, 95, 98
Wissenschaft / Forschung	4, 6, 9, 11, 42, 85
Wohnen	52, 75, 76 , 77, 78, 79, 88
	100 Probleme

ERGÄNZUNGSPROBLEM NUMMER	EINLEITUNG SEITE
e18, e11	
e14, e16, e17, e18, e19, e20, e21, e22, e23, e28, e37, e38, e63, e67	Seite 6 und Seite 7
e63, e64, e65, e66	Seite 6
e62, e25	Seite 5
e6, e7, e8, e9, e23, e25, e40, e48, e53, e63	Seite 4 und Seite 5
e22, e23, e24, e25, e26, e27, e58	
e29, e30, e31, e32, e33, e34, e35, e36, e39	Seite 3
e20, e21, e26, e37, e38, e39, e40, e41	Seite 3
e34, e35, e65	
e33, e34	Seite 3
e59, e67, e68, e69, e70, e71, e73	
e48, e49, e56, e61	Seite 6
e5, e6, e18, e38, e50, e52, e64, e65, e66,	Seite 4 und Seite 6
e74, e75, e76	
e1, e2, e8, e42, e48, e49, e50, e51, e54, e55, e56, e57, e58, e59, e60, e61, e68, e69, e76	Seite 4
e10, e36, e43, e44, e45, e46, e47, e54, e55	Seite 5
e9, e11, e12, e13, e14, e15, e16, e41, e62, e75	Seite 5
e2, e3, e4, e5, e6, e27, e28, e38, e72, e75	Seite 4 und Seite 5
e4, e23, e24, e25, e27	
e48, e50, e51, e52, e53	Seite 6
76 Ergänzungsprobleme	

NUMMER	PROBLEM	SEITE
1	Ohne A100 kein guter Anschluss für Nord- und Ostberlin	15
2	BBI als Wirtschaftsfaktor vernachlässigt	15
3	Kreativität braucht eine Basis - Berlin braucht die Industrie	16
4	Chancen der Software-Branche ohne Beachtung	17
5	Tempelhof - Beliebigkeit statt Visionen für die „Mutter aller Flughäfen“	17
6	Déjà-vu Tempelhof? Tegels Zukunft jetzt planen!	18
7	Berlin hat enormen Investitionsbedarf, aber kein Geld. Es fehlen Öffentlich-Private Partnerschaften	18
8	Berlin darf den Anschluss in der Elektromobilität nicht verlieren	19
e1	Berlin als Kongressstandort vor der Krise. Zukunft des ICC jetzt sichern.	19
9	Die Kultur- und Kreativwirtschaft braucht zusätzlichen Schwung	20
e2	In Berlin gibt es kein kostenloses W-Lan-Netz	20
10	Der Tourismus braucht neue Impulse, wenn er weiter wachsen soll	21
11	Berlins Wirtschaft wächst - aber weder ausreichend noch nachhaltig	21
12	Investoren erhalten zu wenig Unterstützung vom Senat	22
e3	Berlin nutzt seine Internationale Ausstrahlung nicht	22
13	Zu wenig politischer Rückenwind und zu wenig Wachstumskapital für unsere Wirtschaft	23
14	Die Verwaltung ist nicht wirtschaftsfreundlich genug	23
e4	Kleine und mittlere Unternehmen sind schlecht mit der Berliner Wissenschaft verbunden	23
15	Intelligente Technik für die Zukunft der Städte - Berlin kein Vorreiter	24
16	Berlin auf dem Spitzenplatz - bei der Arbeitslosenquote	24
17	Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch selbstständige Migranten zu wenig beachtet	25
e5	1-Euro-Jobs gefährden reguläre Arbeitsplätze und frustrieren häufig die Betroffenen	25
e6	Der öffentliche Beschäftigungssektor kostet Millionen und ist kein Weg in reguläre Arbeit	25
18	Berlin hat zu wenig Jobs für seine hochqualifizierten Hochschulabsolventen	26
19	Berlin ist nach wie vor für den demografischen Wandel nicht gerüstet	26
20	Berlin ist ähnlich verschuldet wie Griechenland	27
e7	Selbst in der guten Konjunktur hat der Senat nicht gespart und vorgesorgt	27
e8	Sanierungsstau wegen falschen Sparens - nämlich an Investitionen	27
21	Berlin braucht die ganze Hauptstadt - Doppelsitz kostet, nutzt aber nichts	28
22	Berliner Haushalt ohne Vorsorge für Milliardenrisiken	28
e9	Pensionslasten	28
23	S-Bahn-Krise und kein Ende	29
24	Überschuldete BVG mit starken Mängeln	29
e10	Neue Züge braucht die S-Bahn	29
25	Die Verwaltung leistet nicht, was der Bürger braucht	30
e11	Lange Wartezeiten in Behörden und auf Bescheide	31
e12	Berliner Verwaltungen arbeiten manchmal gegeneinander statt miteinander	31
e13	Doppelzuständigkeiten erzeugen hohe Reibungsverluste und lange Bearbeitungszeiten	31
26	Öffentlicher Dienst: Personal ohne Perspektive	32
e14	Berliner Verwaltung - zu wenig Aus- zubildende und noch weniger Übernahmen	32
27	Über 10 Milliarden Euro Transferausgaben im Berliner Haushalt sind unverhältnismäßig hoch	33
e15	Unbekannt und dennoch überfordert: die einheitliche 115-Nummer für die Verwaltung	33
28	Und täglich grüßt der Unterrichtsausfall	34
29	Frustrierte Lehrer	34

NUMMER	PROBLEM	SEITE
e16	Schulleiter mutieren zu Verwaltungsbeamten	34
e17	Lehrermangel? Bitte warten!	34
30	Sanierungsstau an Berliner Schulen	35
31	35-Stunden-Woche für Schüler? Schön wär's!	35
32	Leistungsdruck schon in der 3. Klasse	35
e18	Behinderte Schüler werden allein gelassen	35
33	Gegen Mobbing hilft keine statistische Schönfärberei	36
34	Schülerlotterie: Nieten statt Gewinn	36
e19	Geschwisterregelung? Fehlanzeige	36
35	Benachteiligung des Gymnasiums	37
36	Sekundarschulen ohne Profil	37
37	Etikettenschwindel bei den Ganztagsgrundschulen	37
38	Schulen in freier Trägerschaft werden finanziell benachteiligt	38
39	JüL-Zwang macht 14 Prozent der Zweitklässler zu Sitzenbleibern	38
e20	Ein Teil der Zuwanderer besitzt nur geringe oder gar keine deutschen Sprachkenntnisse	38
40	Sprachdefizite bei der Einschulung	39
41	Jeder zehnte Berliner Schüler ohne Abschluss!	39
e21	1/3 aller Berliner Drittklässler beim Leseverständnis unter Mindeststandards	39
e22	Studieren in Berlin - für Berliner Abiturienten fast unerreichbar	39
42	Ansturm auf die Hochschulen – Berliner Schüler benachteiligt	40
e23	„Orchideenfächer“ werden ignoriert	40
43	Studienreform ohne mehr Studienfreiheit	41
e24	Kooperationen universitärer und außeruniversitärer Forschungs- einrichtungen vom Senat ungenügend gefördert	41
e25	Charité investiert nicht einmal 4 Prozent vom Umsatz, das ist weit weniger als die Hälfte der Konkurrenz	42
e26	Kein Schwerpunkt Islamwissenschaften an Berliner Universitäten	42
e27	Berlin fehlen junge Akademiker	43
e28	Schule und Wirtschaft - kaum Verbindung	43
44	Die Berliner Polizei wird kaputt gespart	44
45	Zunehmende Gewalt und Brutalität	44
e29	Gewalt gegenüber sexuellen Minderheiten weiter auf hohem Niveau	44
e30	Die Offenlegung der Identität von Polizisten greift in die Privatsphäre ein	44
46	Berliner fühlen sich nicht mehr sicher	45
47	Drogenhandel in aller Öffentlichkeit	45
e31	Wartezeit beim Notruf 110 und 112	45
e32	Neues Arbeitszeitmodell geht auf Kosten der Polizei und der Bürger	45
e33	Unterbringung rückfallgefährdeter Gewaltverbrecher	45
48	Jugendliche Straftäter	46
49	Straffällige Jugendliche halten Behörden zum Narren	46
e34	Jugendliche begehen kriminelle Handlungen selbst unter staatlicher Aufsicht	46
e35	Dealer geben sich als Kinder aus	46
50	Zunehmende Attacken auf Polizisten, Rettungskräfte und Busfahrer	47
51	Brennende Autos, Randalen und extremistische Gewalt	47
52	Brandstiftungen in Wohnhäusern	47
e36	Kurze Speicherfrist bei Videoüberwachung behindert die Strafverfolgung	47

NUMMER	PROBLEM	SEITE
53	200.000 Menschen nur zum Schein angemeldet	48
54	Überlange Gerichtsverfahren	48
55	Strafvollzug mit Handy und Drogen	48
56	30 Prozent der Zuwanderer sind arbeitslos, zu viele von staatlichen Leistungen abhängig	49
e37	Fast ein Fünftel der Berliner mit Migrationshintergrund hat keinen Schulabschluss	49
57	Ein Teil der Zuwanderer schottet sich ab, es entstehen „Parallelgesellschaften“	50
e38	Zu viel Zuwanderung in die Sozialsysteme – zu wenig qualifizierte Zuwanderer	50
58	Die Sorgen und Ängste der Einheimischen werden in der Integrationsdebatte oftmals nicht hinreichend berücksichtigt	51
e39	Ein Teil der Zuwanderer will sich nicht in Deutschland integrieren und akzeptiert unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung nicht	51
59	Migranten dominieren die Kriminalitätsstatistiken	52
e40	Integrationspolitik - trotz hoher Kosten geringe Wirkung und mangelnde Nachhaltigkeit	52
60	Die Integrationsleistung vieler Zuwanderer wird nicht anerkannt	53
61	Migrantische Eliten wandern aus	54
62	Im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen werden in Berlin zu oft nicht anerkannt	55
e41	Zuwanderer sind im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert	55
63	Bürgerbeteiligung – spät, bürokratisch und langsam	56
64	Viele Ortskerne ersticken im Durchgangsverkehr	56
65	Berlins Innenstadt für Straßenverkehr laufend blockiert	56
66	Gerade in zentral gelegenen Gebieten gibt es zu wenige Parkplätze	56
67	LKW verstopfen Stadtautobahn A100	57
68	Baustellenchaos	57
e42	Rund um den Hauptbahnhof: Willkommen in der Tristesse	57
e43	Taxichaos am Hauptbahnhof und Flughafen Schönefeld	57
69	Tempo 30 als Autofahrerschikane	58
70	Berlins öffentliche Infrastruktur verfällt, doch der Senat kürzt die Mittel	58
e44	Schilderwald verwirrt Verkehrsteilnehmer	58
e45	Radfahren in Berlin gefährlicher als in Polen	58
71	U- und S-Bahn-Netz bildet nicht die Verkehrsströme ab	59
72	Der nächste Winter kommt bestimmt, Berlin ist immer noch nicht vorbereitet	59
e46	„Bahnhof Zoo“: Kein Anschluss	59
e47	Seriöse Taxibetriebe schützen - gegen Schwarzarbeit und Steuerbetrug	59
e48	Ungeklärte Klimaschutzbedingungen belasten Investoren und Bürger	59
73	Energieversorgung zu unflexibel und daher teuer und unökologisch	60
74	Seit 2006 hat sich die Zahl der Spielhallen verdoppelt	60
75	Gentrifizierung	60
e49	Schlusslicht bei Solarstromerzeugung	60
76	Preisexplosion bei Neuvermietungen	61
e50	Sozialwohnungen sind zu teuer	61
e51	Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen belastet Nachbarn	61
e52	Die „zweite Miete“ wird unbezahlbar	61
e53	Keine Wasser-Preissenkungen	61
77	Wohnungsnot im Alter	62
78	Abzocke durch Straßenausbaubeitragsgesetz	62
79	BBI-Flugroutenchaos verunsichert Bürger	62

NUMMER	PROBLEM	SEITE
80	Straßenzüge in der Abwärtsspirale	63
81	Verwahrlosung von Plätzen	63
e54	Unbefriedigende Lärmschutzmaßnahmen in Lichtenrade	63
e55	Zunehmender Bahnlärm entlang der Stettiner Bahn	63
e56	Berlin wird grau	64
e57	Hundehaufen und kein Ende	64
e58	TU und UdK-Gelände sind durch Zäune und Straßen zerschnitten	64
e59	Dem Kulturforum fehlt die Einbindung in die Stadt	64
e60	Ödnis am Alex	64
e61	Immer mehr Kleingärten werden aus der Stadt verdrängt	64
82	Wohnortnahe ärztliche Versorgung gefährdet	65
83	Lange Wartezeiten auf Arzttermine	65
84	Rettungsstellen überfüllt	65
85	Zwei städtische Kranken- hausunternehmen machen sich gegenseitig Konkurrenz	66
86	Multiresistente Krankenhauskeime	66
87	Arm bleibt krank	67
e62	Verbraucherschutz – Skandale in Pflegeheimen, Gaststätten und anderen Einrichtungen ohne echte Konsequenzen	67
88	Berlin ist von einer familienfreundlichen Metropole noch weit entfernt	68
e63	Beitragsfreie Kita darf nicht zum Alibi für die fehlende Kita-Qualität werden	68
89	Berlin ist die Hauptstadt der Kinder- und Familienarmut	69
e64	Familien mit geringem Einkommen werden benachteiligt	69
90	Hilfen zur Erziehung kommen zu spät - Prävention mangelhaft	70
e65	Familien werden in Krisensituationen allein gelassen	70
91	Jugendfreizeitpolitik ist zum Fremdwort geworden	71
92	Ehrenamtliches Engagement junger Menschen wird nicht angemessen gewürdigt	71
e66	Kinderschutz ist ein rot-roter Papiertiger geblieben	71
93	Checkpoint Charlie - Disneyland statt Mahnmal des Kalten Kriegs und der Teilung	72
94	Berliner Schüler lernen fast nichts über das Unrechtssystem der DDR und die deutsche Teilung	72
e67	Berlin ist Kulturhauptstadt, aber Wandertage enden oft in Fastfood-Restaurants	72
95	Vielfalt der Berliner Musik- und Clubszene bedroht	73
96	Zentralbibliothek und Amerika-Gedenkbibliothek verfallen	73
97	Humboldt-Forum gefährdet	73
98	Filmstadt Berlin verspielt ihren Vorsprung	74
e68	Die Bauakademie Schinkels – eine mit Plastik überdeckte Brache	74
e69	Jagdschloss Glienicke wird erneut verunstaltet	74
e70	Berlin hat keine Kunsthalle	75
e71	Berlins Kultur - nicht nur für Touristen	75
e72	.berlin immer noch nicht gesichert	75
e73	Die Stiftung Oper in Berlin nach wie vor schwach	75
99	Der Behindertensport wird vernachlässigt	76
100	Hallenbäder zu lange geschlossen	76
e74	Schwimmbäder geschlossen	77
e75	Bürokratenmarathon vor Sportveranstaltungen	77
e76	Keine Weiterentwicklung des Olympiageländes	77

100 PROBLEME
100 LÖSUNGEN

1

Ohne A100 kein guter Anschluss für Nord- und Ostberlin

Ohne Verlängerung der A100 sind der Flughafen BBI und der Innovationsstandort Adlershof weiter schlecht an Berlins Mitte und Norden angebunden, Neukölln und Treptow-Köpenick leiden weiter unter Unfallgefahren, Lärm und Dreck von 650.000 Fahrzeugen täglich und Berlin verliert 420 Millionen Euro Bundesmittel.

Lösung: Die Stadtautobahn A 100 wird auch als aktive Umweltschutzmaßnahme vom Autobahndreieck Neukölln bis zur Straße Am Treptower Park (B 96 a) verlängert (BA 16). Zudem muss die Verbindung bis zur Frankfurter Allee sichergestellt werden (Bauabschnitt 17). Ein Bürgerentscheid über beide Bauabschnitte schafft die notwendige Klarheit und Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Finanzierung von Bauabschnitt 16 in Höhe von über 400 Millionen Euro ist bereits durch den Bund sichergestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die Finanzierung von Bauabschnitt 17 gewährleistet wird. Wir werden ferner dafür sorgen, dass ähnlich wie bei der A 113 längs dem A100-Trog großzügige Wegeanlagen für den Fuß- und den Radverkehr geschaffen und naturnahe Wiesen mit großem Artenreichtum angelegt werden. Für die Verlängerung der A100 gibt es gute Gründe: Mit dem Weiterbau der A100 sind der neue Flughafen BBI sowie der Innovationsstandort Adlershof endlich besser an Berlins Mitte und Norden angebunden. Bereits Bauabschnitt 16 entlastet Neukölln und Treptow-Köpenick von starkem Durchgangsverkehr und bindet rund 3000 Unternehmen besser an. Für die Anbindung bis an die Spree müssen keine Wohngebiete weichen, die Strecke verläuft überwiegend durch Gewerbegebiete, zudem wird in Tunneln und in sogenannter Troglage, also vertieft, gebaut, um den Lärmschutz zu optimieren.

Bürgerentscheid schafft Klarheit und Akzeptanz

Neukölln und Treptow-Köpenick werden vom Durchgangsverkehr entlastet

2

BBI als Wirtschaftsfaktor vernachlässigt

Der neue Großflughafen Berlin Brandenburg International ist ein Gewinn für unsere Stadt. Berlin ist schon jetzt eines der beliebtesten Reiseziele Europas, künftig sind wir aus aller Welt noch besser zu erreichen. Für unsere Wirtschaft sind kurze Wege auf weltweite Märkte wichtig, insbesondere für die Wachstumsindustrien, die die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen. Aber mit dem Bau des Flughafens ist es nicht getan.

Lösung: Der neue Flughafen BBI muss ein internationaler Großflughafen mit Umsteigeverbindungen in alle Welt werden und er muss optimal an die Stadt und die Region angebunden sein. Air Berlin wird BBI auch als Umsteigeflughafen nutzen, wir müssen dafür werben, dass noch weitere Fluggesellschaften folgen, wie etwa Lufthansa, die dies bereits prüft. Die Verlängerung der A100 ist ein zentraler Bestandteil der Anbindung von BBI. Der öffentliche Personennahverkehr muss sowohl die Anbindung an das ÖPNV-Netz als auch direkte und kurz getaktete Verbindungen in die Innenstadt anbieten. Hier ist besonders die S-Bahn gefordert. Die mögliche Verlängerung der U7 bis an den neuen Flughafen darf nicht durch andere Baumaßnahmen erschwert oder verhindert werden. Im Fernverkehr muss eine gute Anbindung, auch nach Polen, sichergestellt werden. Bei der Entwicklung des Flughafens BBI muss jedoch der Vertrauensschutz gewahrt werden (siehe dazu auch „BBI-Flugroutenchaos verunsichert Bürger“, Problem Nr. 79). Der versprochene Lärmschutz, insbesondere für die Hauptbetroffenen in Bohnsdorf und Umgebung, muss sichergestellt werden.

Der Flughafen kommt, seine Anbindung aber ist zu schlecht

Kreativität braucht eine Basis - Berlin braucht die Industrie

**Masterplan Industrie bleibt
ohne Budget und Personal
vor allem Show**

**Berlin braucht
Produktentwicklung und
Produktion**

Berlin ist kreativ und dynamisch. Um das langfristig zu bleiben, braucht unsere Stadt eine solide ökonomische Basis. Für eine ausgewogene Wirtschaft ist die Industrie unabdingbar, doch in den letzten 20 Jahren hat Berlin seine Bedeutung als Standort des verarbeitenden Gewerbes und über 200.000 sozialversicherungspflichtige Industriearbeitsplätze verloren. Rot-Rot hat mit seiner unausgewogenen Wirtschaftspolitik und der einseitigen Konzentration auf wenige Wirtschaftssektoren zu diesem Problem beigetragen. Der neu vorgestellte „Masterplan Industrie“ ist reine Show, weil er weder ein entsprechendes Budget noch personelle Strukturen in der Verwaltung vorsieht.

Lösung: Seit der industriellen Revolution war Berlin ein bedeutender Industriestandort. Diese Bedeutung hat unsere Stadt in den letzten 20 Jahren verloren. Die einseitige Konzentration auf Tourismus und Kreativwirtschaft durch Rot-Rot war ein Fehler. Wir wollen, dass die Berliner Wirtschaft ausgewogen und nachhaltig wächst und gute Arbeitsplätze entstehen. Dafür brauchen wir eine gesunde verarbeitende Industrie. Diese muss durch Neuansiedlungen, vor allem aber durch Wachstum bestehender und Neugründungen von Unternehmen gestärkt werden. Ein Schwerpunkt wird dabei der Bereich Green Economy sein, dort hat die Region Berlin-Brandenburg bereits eine gute industrielle Basis. Diese wollen wir fördern. Die Cluster- und Kompetenzfeldstrategie des Senats werden wir dahin gehend überprüfen und verbessern. Wir wollen Wirtschaft und Wissenschaft enger verzahnen. In Berlin wird überdurchschnittlich viel Geld für Forschung und Entwicklung ausgegeben, gemessen am Bruttoinlandsprodukt haben wir eine der höchsten Quoten deutschlandweit, aber Produktentwicklung und Produktion passieren oft woanders. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft fördern, Technologietransfers und Ausgründungsinitiativen unterstützen. Auch auf Verwaltungsebene werden wir etwas tun: Eine Zusammenlegung der für Wirtschaft und Wissenschaft zuständigen Abteilungen bestehender Senatsverwaltungen, das heißt die Integration der Abteilungen Hochschulen und Forschung mit der Wirtschaftsbehörde, wollen wir prüfen. Um Berlin national und international wieder als Industriestadt, in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Produktion, bekannt zu machen wollen wir die Etablierung eines Industrieinnovationsgipfels, veranstaltet durch die Messe Berlin.

4

Chancen der Software-Branche ohne Beachtung

Kaum eine Branche hat so viel Wachstum vor sich wie die IT- und Softwareindustrie. In Berlin gibt es nicht nur viele Forschungsinstitute und Fakultäten, sondern auch zahlreiche kleine Unternehmen, zudem entsprechende Einheiten großer Konzerne, wie die Deutsche Telekom Laboratories, oder das von Google geplante Zukunftsinstitut. Aber Berlin tut wenig zur Entwicklung dieser Branche.

Lösung: Die IT- und Internetindustrie ist die kulturelle Grundlagenindustrie des 21. Jahrhunderts. In Berlin arbeiten bereits knapp 30.000 Menschen in der IT-Branche, aber es könnten weit mehr sein. Trotz vieler erfolgreicher Unternehmen fehlen Berlin Marktführer. Die IT-Industrie muss strategisch entwickelt werden. Dazu brauchen wir auch ein Referenzprojekt. Um den Ernst-Reuter-Platz befinden sich die Technische Universität, die Universität der Künste, Deutsche Telekom Laboratories und eine Reihe von Unternehmen. Wir müssen dieses Areal zur IT-City ausbauen. Dazu gehört vor allem eine geeignete Technologieinfrastruktur, insbesondere Hochgeschwindigkeitsdatenverbindungen, aber auch eine entsprechende stadtplanerische Gestaltung. Zudem muss den Unternehmen der Zugang zu Wachstumskapital erleichtert werden (siehe dazu auch „Zu wenig politischer Rückenwind und zu wenig Wachstumskapital für unsere Wirtschaft“, Problem Nr. 13). In der Verwaltung fehlt der IT-Branche ein hochrangiger Ansprechpartner. Das wollen wir ändern. Zudem muss die Berliner Verwaltung IT-Pionier werden und durch ihre Auftragsvergabe die IT-Branche stärken. Auch durch die in Berlin ansässigen Bundesbehörden bieten sich hier Chancen, denn die Verwaltung ist weltweit der zweitgrößte Nachfrager von Software.

IT City um den Ernst-Reuter-Platz

Hochgeschwindigkeitsnetz für Berlin

5

Tempelhof - Beliebigkeit statt Visionen für die „Mutter aller Flughäfen“

In Tempelhof bietet sich auf einer Fläche doppelt so groß wie Monaco eine einmalige Chance für die Zukunft unserer Stadt. Doch nach jahrelangem Nichtstun verfolgt der Senat nun eine Strategie der Beliebigkeit und ignoriert die historische, architektonische und stadtplanerische Bedeutung des ehemaligen Flughafens. Diese Planlosigkeit kostet uns Millionen: Die aktuellen Zwischennutzungen des Flughafengebäudes und die sogenannten Pioniernutzungen sind unrentabel. Der Unterhalt des Geländes kostet über 100.000 Euro täglich. Die Entwicklung wird noch teurer, allein die infrastrukturelle Erschließung des ersten Bauabschnitts soll nach Angaben der zuständigen Entwicklungsgesellschaft bis zu 250 Millionen Euro kosten. Zudem ist Kompetenzchaos in Tempelhof vorprogrammiert. Statt die Verantwortlichkeiten zu bündeln, sind für die Entwicklung gleich mehrere Senatsverwaltungen und Bezirksamter sowie eine Reihe von privatrechtlichen Gesellschaften zuständig.

Lösung: Zur Planung der Nachnutzung von Tempelhof brauchen wir einen internationalen öffentlichen Wettbewerb statt zufälligem und beliebigem Klein-Klein. Dabei muss die langfristige Nutzung große Freiflächen erhalten sowie das vorhandene städtische Umfeld und Bestandsflächen berücksichtigen. Bis dahin dürfen überbeuerte Teilprojekte, die einer späteren ganzheitlichen Nutzung im Wege stehen - etwa ein sinnloser Neubau der Zentral- und Landesbibliothek - nicht ausgeführt werden. Die Zwischennutzungen müssen intensiviert werden, dazu soll der Betrieb durch die Messe Berlin GmbH ergebnisoffen geprüft werden.

Keine Teilprojekte, sondern internationaler Wettbewerb im Gesamtkonzept

Ökologischer Forschungs- und Industriepark TXXL und Freizeitflächen

6

Déjà-vu Tempelhof? Tegels Zukunft jetzt planen!

Mit der Inbetriebnahme von BBI wird der Flughafen Tegel 2012 endgültig geschlossen. Auf dem Gelände könnten innovative Arbeitsplätze in Produktion, Forschung und Wissenschaft entstehen. Es ist höchste Zeit, die Nachnutzung zu planen.

Lösung: Die CDU hat bereits 2009 ein Konzept für einen ökologischen Energie- und Industriepark TXXL vorgelegt. Ziel der Entwicklung des Geländes muss es sein, Industriearbeitsplätze zu schaffen und Berlin als Forschungs- und Entwicklungsstandort zu stärken. Das Konzept sieht die Ansiedlung von Solarherstellern, Forschungseinrichtungen und ökologisch-energieeffizienter industrieller Produktion vor. Die Nachnutzung des Terminalgebäudes könnte durch Unternehmen, Organisationen oder Forschungseinrichtungen aus den Bereichen Umwelt oder Gesundheit erfolgen. Zur Entwicklung von TXXL wird eine Ansiedlungsagentur gegründet, in der Repräsentanten aus Bund, Senat, den Bezirken Reinickendorf und Spandau, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und von Berlin Partner vertreten sind. An den Rändern des Parks ist die Anlegung von begrünten Freizeitflächen für die Nutzer des Parks und angrenzende Wohngebiete vorgesehen.

7

Berlin hat enormen Investitionsbedarf, aber kein Geld. Es fehlen Öffentlich-Private Partnerschaften

Entwicklungswettbewerbe, die Stadtplanung und Finanzierung vereinen

Berlin hat aufgrund der desolaten Finanzlage kaum Investitionsmittel, aber enormen Investitionsbedarf, etwa für die Nachnutzung von Tempelhof und Tegel, die Entwicklung zentraler Stadtgebiete, die Aufwertung von Stadtquartieren oder die Sanierung von öffentlichen Gebäuden. Öffentlich-Private Partnerschaften könnten hier helfen, werden aber nur ungenügend genutzt.

Lösung: Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) können die Wirtschaftlichkeit von Investitionsprojekten erhöhen und den öffentlichen Haushalt signifikant entlasten. Gerade für Berlin bieten sie angesichts der desolaten Finanzlage eine große Chance auf Entwicklung ohne ein weiteres Abrutschen in die Schuldenfalle. ÖPP können dabei sehr unterschiedliche Gestalt annehmen. Im Bereich Stadtentwicklung hat Berlin nach wie vor enormen Investitionsbedarf. Wie schlagen Entwicklungswettbewerbe vor, an denen Stadtplaner und Architekten in Verbindung mit Immobilienentwicklern und Investoren teilnehmen, welche die Finanzierung gewährleisten. Anwendbar wären diese Verfahren etwa für die Entwicklung des zentralen Innenstadtareals in Mitte nördlich der Rathausstraße. Die Anwendbarkeit für die Entwicklung auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof wollen wir prüfen. Im Bereich Sanierung öffentlicher Gebäude, besonders bei Schulen, wollen wir die Machbarkeit von ÖPP überprüfen. Auch die Kunsthalle könnte auf diese Weise entstehen (siehe dazu auch „Berlin hat keine Kunsthalle“, Ergänzung Nr. e70). Weiterhin sprechen wir uns für die Einführung sogenannter Standortgemeinschaften aus, in denen Grundeigentümer und Gewerbetreibende eines Quartiers verpflichtet werden, gemeinsam für die Verbesserung des Umfeldes aufzukommen.

Berlin darf den Anschluss in der Elektromobilität nicht verlieren

Der Trend zur Elektromobilität ist unumkehrbar, viele Hybridmodelle sind bereits marktreif, reine Elektrofahrzeuge werden in den nächsten Jahren folgen. In Deutschland sollen bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße. Weltweit sind Metropolen die Vorreiter in der Elektromobilität. Rot-Rot hat auf diese Entwicklungen viel zu spät reagiert und erst im Frühjahr 2011 ein vages Konzept vorgelegt, das weder konkrete Ziele vorgibt noch arbeitsfähige Strukturen zur Umsetzung vorsieht. Um die Unterstützung der Automobilindustrie, selbst die der in Berlin ansässigen Unternehmen, hat sich Rot-Rot ebenfalls nicht gekümmert. So wird Berlin nicht zur internationalen Modellstadt für E-mobility.

Lösung: Die CDU hat bereits 2010 das Konzept „etropolis“ vorgelegt. Damit machen wir Berlin zur Modellstadt in der Elektromobilität. Berlin profitiert dadurch dreifach: wir entlasten die Umwelt, stärken unsere Stadt als Wirtschafts- und Forschungsstandort und tragen dazu bei, dass zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Berlin ist aufgrund seiner Geografie sowie bestehender Unternehmens- und Forschungsstrukturen, gerade in den zentralen Bereichen Elektromotoren und Batterien, als Modellstadt und Produktionsstandort prädestiniert. Zudem könnten sich über 60 Prozent aller Berliner den Kauf eines Elektrofahrzeugs vorstellen. Wir schlagen einen Ansatz vor, der Senat, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbraucher zusammenbringt. Dafür wollen wir die Strategie der nationalen Plattform Elektromobilität auf Berliner Ebene adaptieren. Kleinteilige Feldversuche sind bislang erfolglos. Der Aufbau der nötigen Infrastruktur muss großflächig erfolgen. Um die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen zu befördern, soll der Senat noch 2011 eine Bestellung von 20.000 Elektroautos koordinieren, die 2013 bis 2014 an öffentliche und privatwirtschaftliche Abnehmer geliefert werden. Die private Nachfrage wollen wir zusätzlich durch ordnungspolitische Anreize unterstützen. Für Elektroautos wären in diesem Zusammenhang etwa die freie Benutzung der Busspur oder parkscheinfreies Parken denkbar. So könnten voraussichtlich weitere 10.000 Fahrzeuge auf die Straße kommen. Wir sehen eine deutlich verstärkte Nutzung der Pedelecs – gerade durch ältere Mitbürger – voraus. Dies wird breitere Radverkehrsanlagen und neuartige Ladestationen speziell für E-Fahrräder nötig machen.

Nur die CDU hat ein Konzept, wie Elektromobilität wirklich zügig nach Berlin kommt

Berlin als Kongressstandort vor der Krise. Zukunft des ICC jetzt sichern.

Berlin hat international einen hervorragenden Ruf als Messe- und Kongressstandort. Die wirtschaftlichen Impulse der Messe Berlin sind für die Stadt unverzichtbar, aber das Kongressgeschäft braucht langfristige Planungssicherheit, sonst verlassen wichtige Veranstaltungen Berlin dauerhaft. Obwohl die Notwendigkeit einer umfassenden Sanierung des ICC lange bekannt ist, hat der Senat zögerlich und widersprüchlich gehandelt und es versäumt, rechtzeitig in Zusammenarbeit mit der Messe Berlin ein tragbares Zukunfts- und Sanierungskonzept für das ICC vorzulegen. Damit droht der Senat Berlin als Kongressstandort dauerhaft zu schaden.

Lösung: Ziel aller Beteiligten muss es sein, Berlin als Messe- und Kongressstandort zu stärken. Weiteres Wachstum braucht neue Impulse und nicht verschlechterte Bedingungen durch fehlende Anbindungen an den neuen Flughafen BBI, eine City-Tax oder reduzierte Veranstaltungskapazitäten. Vor allem darf das ICC nicht zur Bauruine werden. Die Sanierung des ICC ist bis heute nicht vernünftig finanziert. Es muss ein schlüssiges Sanierungs-, Ersatzbau- und Zukunftskonzept für das ICC als Berliner Kongresszentrum erarbeitet werden. Dabei sollten der Messe- und der Kongressbetrieb getrennt und eine eigenständige Betriebsgesellschaft für das ICC errichtet werden, die das ICC betreibt, als Marke für das öffentliche Kongressgeschäft Berlins entwickelt und international kommuniziert. Langfristiges Ziel muss es sein, dass das ICC eigenständig profitabel arbeitet und nicht mehr auf Landeszuschüsse angewiesen ist.

ICC braucht dringend ein umfassendes Sanierungskonzept

Die Kultur- und Kreativwirtschaft braucht zusätzlichen Schwung

**Vernetzung,
Kompetenzbündelung,
Wachstumskapital;
für die Kreativwerkstatt
bleibt viel zu tun**

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten eine wichtige Säule der Berliner Wirtschaft und trägt zudem erheblich dazu bei, dass Berlin eine der Kreativstädte weltweit ist. Doch das muss nichts so bleiben. Wie etwa die Verlegung des Art Directors Club Festivals nach Frankfurt a.M. zeigt, muss Berlin strategisch handeln, um weiterhin für Kreative und Unternehmen aus der Branche attraktiv zu bleiben. Auch muss das Wachstum bestehender Unternehmen besser unterstützt werden. Zwar gibt es dafür eine Vielzahl an Fördermaßnahmen, doch sind diese etwa der Hälfte aller Unternehmen der Branche unbekannt. Zudem sind viele Unternehmen mit den bestehenden Maßnahmen nicht zufrieden.

Lösung: Die Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) ist eine wunderbare Bereicherung für unsere Stadt, eine segensreiche Inspirationsquelle für alle Branchen und wesentliches Element der Anziehungskraft Berlins. Sie erhält daher zu Recht Aufmerksamkeit. Wir müssen sie jedoch noch besser unterstützen, wenn dies so bleiben soll und wir weitere Potenziale wecken wollen. Auf der Ebene der Verwaltung wollen wir die Kompetenzen bündeln, die jetzt auf Senatskanzlei, Wirtschaftssenator, Kultursenator und Bildungssenator verteilt sind. Die Verbindung zu anderen Wirtschaftsbereichen wollen wir stärken. Insbesondere im Zusammenspiel von Industrie und Handwerk mit der KKW bieten sich Wachstumschancen, die wir durch intelligente Vernetzung befördern wollen. Auch die Verbindung der Branche zu den Hochschulen muss gefördert werden. Es gibt in Berlin eine Vielzahl der KKW naher Hochschulstudiengänge, jedoch keine systematische Vernetzung. Die Wirtschaftsförderung muss sich der Branche anpassen. Das bedeutet vor allem Zugang zu kleinteiliger finanzieller Förderung sowie zu Wachstumskapitalgebern (siehe dazu auch „Zu wenig politischer Rückenwind und zu wenig Wachstumskapital für unsere Wirtschaft“, Problem Nr. 13). In manchen Bereichen ist die KKW in Berlin nur mittelmäßig aufgestellt, obwohl Berlin ihr natürlicher Standort sein sollte. Dazu gehören Teile der Medienbranche, besonders im Verlagswesen, und in der Film- und TV-Branche (siehe dazu auch „Filmstadt Berlin verspielt ihren Vorsprung“, Problem Nr. 98). Auch der Softwareindustrie, besonders dem Bereich Spiele, fehlen trotz einer Menge innovativer junger Unternehmen noch Branchenschwergewichte. Die strategische Ausrichtung der Branchenförderung muss dies berücksichtigen und beheben helfen.

In Berlin gibt es kein kostenloses W-Lan-Netz

**W-Land für alle
in der City**

In vielen großen Städten der Welt, wie etwa in Philadelphia, Toronto, Bangkok, Honolulu und in den Parks von Paris, ist es möglich, kabellos und kostenlos das Internet zu nutzen. London will es bis zu den Olympischen Spielen 2012 schaffen, kostenloses W-Lan in der ganzen Stadt anzubieten. Als Kreativstadt mit vielen Selbstständigen wäre ein öffentliches W-Lan-Netz für Berlin ein echter Standortfaktor, doch der rot-rote Senat hat das Projekt aufgegeben. Dabei hatte sich bereits ein Investor gefunden. Der Senat behauptet, dass die Funksender unsere Ampeln stören. Eine Lösung für das Ampel-Problem oder ein anderer Weg wurden nicht gesucht.

Lösung: Kostenlos ins Internet? Das passt zu Berlin. Unsere Stadt ist jung, kreativ und dynamisch. Die Berliner sind gerne online und die Stadt entwickelt sich als anziehender Medienstandort. Um das W-Lan-Ziel (im Englischen „municipal wireless network“ genannt) durchzusetzen, sollte man es erst einmal nicht so pessimistisch sehen. In Philadelphia und Bangkok sind schließlich auch nicht alle Ampeln ausgefallen. Sicherlich braucht es einige Anstrengungen und kostet Geld. Es muss auch aufgepasst werden, dass nicht zu viele Funkmasten unser Stadtbild kaputt machen. Die CDU ist bereit, die Herausforderung anzunehmen und verspricht ein freies W-Lan-Netz bis Ende 2012.

10

Der Tourismus braucht neue Impulse, wenn er weiter wachsen soll

Die gute Entwicklung bei den Gästezahlen in Berlin wird nicht von allein weitergehen. Wir brauchen weitere Motoren, gerade wenn wir nachhaltig neue Besucher gewinnen wollen.

Lösung: Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wachstumstreiber unserer Wirtschaft, aber das muss nicht so bleiben. Wir müssen etwas dafür tun. Eine besondere Chance bieten die noch nicht reifen Märkte in Osteuropa und Asien. In Asien betreibt Berlin bislang nur minimales Tourismusmarketing und wenige Alibi-Projekte. Wir brauchen eine Asienoffensive mit mehr Flugverbindungen nach BBI, entsprechenden Informationsangeboten in asiatischen Sprachen und einer geeigneten Marketingstrategie. Auch die demografische Ausrichtung des Tourismusmarketing muss überprüft werden. Berlin ist als Deutschlands Kulturhauptstadt prädestiniert als Ziel für ältere Reisende, doch sind gerade einmal 10 Prozent der Besucher Berlins älter als 60 Jahre. Insbesondere sind in den Innenstadtbezirken die Voraussetzungen für einen attraktiven, sanften Tourismus zu fördern: Ein gut ausgebautes Netz der kurzen Fuß-Wege, deutlich erkennbare, mit großen Lettern versehene Wegweiser, ausgewiesene Lärm-Ruheinseln, Ruhebänke in strategisch günstiger Position usw.

Zukunftsmächte erschließen, z.B. Ältere und Asiaten

11

Berlins Wirtschaft wächst - aber weder ausreichend noch nachhaltig

Mit Ausnahme von 2009 ist Berlins Wirtschaft seit 2005 zwar gewachsen, allerdings nie signifikant über dem Bundestrend. Ein selbsttragender Aufschwung ist Berlin nicht gelungen. Von der starken wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 hat Berlin ebenfalls nur durchschnittlich profitiert. Preisbereinigt, also unter Berücksichtigung der Inflation, liegt Berlins Bruttoinlandsprodukt heute etwa auf dem Niveau von Mitte der 90er Jahre. Gleichzeitig liegt die Wertschöpfung der Berliner Wirtschaft noch immer deutlich unter dem Niveau vergleichbarer Länder wie Hamburg und das Wachstum der vergangenen Jahre verdankt sich einseitig dem Dienstleistungssektor.

Lösung: Berlins Wirtschaftswachstum muss ausgewogener und nachhaltiger werden, das heißt, unterschiedliche Wirtschaftsbereiche, insbesondere die Industrie, müssen nachhaltig wachsen. Zudem muss die Berliner Wirtschaft ihre Wertschöpfung deutlich erhöhen. Das kann gelingen, wenn wir Berlin gezielt zum Forschungs- und Entwicklungsstandort machen und die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft fördern. In Berlin wird bisher überdurchschnittlich viel Geld für Forschung ausgegeben, aber Produktentwicklung und Produktion passieren woanders. Wir wollen gezielt Ausgründungsinitiativen und den Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft verbessern sowie die entsprechenden Abteilungen von Unternehmen anwerben. Wir wollen prüfen, inwieweit wir die Strukturen innerhalb des Senats auf diese Ziele hin optimieren können, etwa durch eine Zusammenlegung der Senatsverwaltungen Wirtschaft und Wissenschaft. Zudem schlagen wir eine Ausweitung und Weiterentwicklung der bestehenden Cluster-Strategie vor, damit auch forschungsintensive Industriebereiche einbezogen werden.

Berlin muß Standort für Entwicklungen werden wir stark genug wachsen

Investoren erhalten zu wenig Unterstützung vom Senat

Für jede Branche soll nur eine Senatsverwaltung zuständig sein

Um Berlins Wirtschaft wieder auf eine solide Basis zu stellen und die Arbeitslosigkeit dauerhaft und signifikant zu senken, brauchen wir eine Ansiedlungspolitik, die Investoren willkommen heißt. Neben komplexen Strukturen und unnötiger Bürokratie steht aber vor allem der Umgang von Rot-Rot mit Investoren neuen Arbeitsplätzen im Weg. Nach Angaben der zuständigen Wirtschaftsförderungsagentur Berlin Partner gab es im Jahr 2010 63 erfolgreiche Ansiedlungsprojekte, prozentual ist der Zuwachs damit sehr gering, denn es gibt in Berlin weit über 130.000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen. Die Technologiestiftung wird dieser Aufgabe auch nicht gerecht. Orientierungslos wie der Senat ist, wird laufend überlegt, sie mit Berlin Partner zu fusionieren – eine Beerdigung zweiter Klasse. Nicht einmal Investitionsgeschenke an unsere Stadt weiß der Senat ausreichend zu würdigen. Jüngstes Beispiel ist die Entscheidung des Internetkonzerns Google sein neues Zukunftsinstitut in Berlin anzusiedeln: der rot-rote Bürgermeister und sein Wirtschaftssenator hatten dafür keine Zeit.

Lösung: Wir machen Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik zur Chefsache. Ansiedlungspolitik darf dabei nicht zufällig agieren, sondern muss darauf ausgerichtet sein, bereits existierende Branchen und Schwerpunktbereiche zu stärken. Wir brauchen einen roten Teppich für Investoren. Dazu gehören ein Dringlichkeitsstab Wirtschaft beim Regierenden Bürgermeister, ein Ansiedlungsstaatssekretär, Investorenlotsen, eine dienstleistungsorientierte Verwaltung der kurzen Wege, bei der Investoren als willkommene Kunden behandelt werden, und die Beseitigung des Kompetenzchaos, so dass für jede Branche nur noch eine, statt wie bisher mehrere, Senatsverwaltungen zuständig sind und Kompetenzüberschneidungen und Doppelarbeit vermieden werden. Die Technologiestiftung soll ihren ursprünglichen Zielen gemäß wieder Investoren unterstützen und Neugründungen anregen, darum muss sich eine – und nicht mehrere – Senatsverwaltungen kümmern.

Berlin nutzt seine Internationale Ausstrahlung nicht

Berlin muß auch wirtschaftlich-politischer internationaler werden

Berlin ist international attraktiv – eine Chance, die wirtschaftlich nicht genutzt wird.

Lösung: Berlin gehört zu den angesagtesten Städten weltweit und ist Hauptstadt der drittgrößten Wirtschaftsregion. Über 9 Millionen Besucher kamen allein 2010. Und auch bei internationalen Führungskräften gilt Berlin laut Infratest-Umfrage als besonders attraktiv – auf Platz 3 hinter New York und London. Berlin hat wirtschaftlich viel zu bieten: gut qualifizierte Arbeitskräfte, günstige Arbeitsbedingungen, preisgünstige Gewerbeflächen, eine dichte und gut funktionierende Infrastruktur, einen starken Mittelstand mit starken Potenzial, eine hochkarätige Wissenschaftslandschaft, Zukunftsbranchen als Wirtschaftsknoten. Viele Persönlichkeiten des internationalen Wirtschaftslebens haben Berlin besucht – als Student, als Tourist, als Messebesucher, als Kongressteilnehmer. Wir werden uns darum kümmern, dass sie Berlin nicht nur als pulsierende Metropole, sondern auch als möglichen Standort für ihr Unternehmen kennen lernen. Aber: Dieses Pfund muss gehoben werden, damit neben Kurzzeitbesuchern auch neue Unternehmen nach Berlin kommen, hier bleiben und die Arbeitsplätze schaffen, die dringend gebraucht werden. Zum Beispiel als Headquarter für Mittel- und Osteuropa. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum über 300 internationale Großunternehmen ihre Europazentrale in Wien angesiedelt haben – in Berlin Fehlanzeige. Messen und Delegationsreisen Berliner Repräsentanten müssen systematisch in ein koordiniertes Netzwerk der Wirtschaftsförderung eingebunden werden. Auslandsreisen sind nicht zur Unterhaltung da, sondern müssen der Berliner Wirtschaft gezielt Türen öffnen.

13

Zu wenig politischer Rückenwind und zu wenig Wachstumskapital für unsere Wirtschaft

Damit die Berliner Wirtschaft ausgewogen und nachhaltig wächst, brauchen wir nicht nur Neuansiedlungen, vor allem bestehende Unternehmen müssen wachsen. Diese fallen jedoch oft durch das Raster der bestehenden Wirtschaftsförderung. Zudem fehlt ihnen politischer Rückenwind.

Lösung: Wir machen Wirtschaftspolitik zur Chefsache. Für uns ist es selbstverständlich, dass Berlins Senat unsere Wirtschaft von höchster Stelle und mit allen Kräften unterstützt. Mit politischer Unterstützung ist es aber nicht getan. Ohne Zugriff auf Wachstumsfinanzierung können weder kleine noch große Unternehmen wachsen. Wir wollen aber keine neuen Subventionspfünde schaffen, sondern die privatwirtschaftliche Versorgung mit Wachstumskapital stärken. Dafür wollen wir gezielt nationale und internationale Investoren für Berlin werben, die in bestehende Unternehmen und Start-ups investieren. Die derzeitige Wirtschaftsförderung, etwa durch Berlin Partner, berücksichtigt diesen Aspekt nur ungenügend.

Privates Wachstumskapital nach Berlin

14

Die Verwaltung ist nicht wirtschaftsfreundlich genug

Wirtschaftlich gesunde Länder wie Bayern und Baden-Württemberg gründen ihren Erfolg nicht zuletzt auf einen leistungsfähigen, berechenbaren und zuverlässigen Öffentlichen Dienst, der sich als Partner der Bürger und der lokalen Wirtschaft sieht. Eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung mit kurzen Bearbeitungszeiten und rechtssicheren Bescheiden fehlt. In Studien zur Zufriedenheit der Wirtschaft mit Verwaltung, Serviceangeboten und Politik belegt Berlin regelmäßig die hinteren Plätze.

Lösung: Wir beenden das Kompetenzchaos in der Verwaltung. Ziel ist eine einheitliche Investoren-Anlaufstelle als Organisationsprinzip breit zu verankern. Für alle Wirtschaftsbereiche und jede Branche sollen nicht mehr eine Vielzahl, sondern nur noch eine Senatsverwaltung zuständig sein, inklusive Budgetverantwortung. Dazu haben wir detaillierte Vorschläge gemacht, die auch die Senkung der Bürokratiekosten beinhalten. Wir sorgen für die Organisation eines effektiven Bürokratie-TÜVs nach dem erfolgreichen Muster des von der Regierung Merkel im Bund eingeführten Normenkontrollrates (das heißt: rigide Streichung überflüssiger Normen und Gesetze) sowie für den Ausbau von E-Government in der Verwaltung.

Die Verwaltung kann schneller einfacher und besser arbeiten, wenn Bürokratie wirksam bekämpft wird

e4

Kleine und mittlere Unternehmen sind schlecht mit der Berliner Wissenschaft verbunden

Die Kooperation der Berliner Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen mit kleinen und mittleren Unternehmen in Berlin ist nicht zielgerecht ausgerichtet.

Lösung: Berlin ist einer von Deutschlands führenden Forschungs- und Entwicklungsstandorten (siehe dazu auch „Berlins Wirtschaft wächst - aber weder ausreichend noch nachhaltig“, Problem Nr. 11) allerdings profitieren kleine und mittlere Unternehmen (KMU) davon nicht in ausreichendem Maße. Die Wirtschaftsförderung, insbesondere durch die TSB Innovationsagentur muss dahin gehend ausgerichtet werden.

**Technologien für Großstädte
(Urban Technologies) nach
Berlin holen –
Einkaufsgemeinschaften
können helfen**

15

Intelligente Technik für die Zukunft der Städte - Berlin kein Vorreiter

Es gibt viele neue technologische Entwicklungen für Städte im Bereich von Sicherheit, Verkehrstechnologie und Lösungen für Verwaltungen, auch Urban Technologies genannt. Berlin nutzt dieses Potenzial nicht zur Wirtschaftsförderung. Berlin ist keine Referenzstadt für Urban Technologies, obwohl sie das sein könnte und sollte.

Lösung: Schon heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Zentren und dieser Trend beschleunigt sich noch. Städte stehen damit vor großen Herausforderungen, aber es bieten sich auch große Chancen für die Wirtschaft. Technologien für Großstädte (Urban Technologies) werden immer wichtiger und können eine Stütze für den Standort Berlin werden. Sowohl Großunternehmen mit bestehenden Niederlassungen in Berlin, wie die Telekom oder Siemens, als auch eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen, von der Verkehrs- bis zur Informations- und Kommunikationsbranche, sind bereits in diesem Bereich tätig, aber Berlin ist kein Schwergewicht im Bereich Urban Technologies. Über Einkaufszusammenschlüsse mit anderen europäischen Städten für öffentliche Aufträge im Bereich Urban Technologies, etwa bei Verkehrs- und Verwaltungstechnik, könnte Berlin sowohl zur Pionier- und Referenzstadt werden, als auch den Haushalt entlasten, da größere Aufträge die Preise senken. Zudem bieten sich große Chancen, Berlin zum Entwicklungs- und Produktionsstandort neuer Urban Technologies zu machen, indem man Hochschulen und Industrie besser vernetzt sowie die Auftragsvergabe strategisch einsetzt.

16

Berlin auf dem Spitzenplatz - bei der Arbeitslosenquote

**Mit Arbeitskräftemonitor
Nachfrage, Angebot und
Ausbildung besser koordinieren**

Deutschlandweit ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren insgesamt erheblich zurückgegangen, in Berlin nicht. Berlin hat seit Jahren eine der höchsten Arbeitslosenquoten aller Bundesländer, oft belegt unsere Stadt den Spitzenplatz in der Arbeitslosenstatistik. Aktuell ist die Arbeitslosenquote hier etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Besonders besorgniserregend ist, dass in Berlin mehr als Drei Viertel aller Arbeitslosen Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) beziehen und mehr als ein Drittel langzeitarbeitslos sind. Diese Menschen finden oft aufgrund mangelnder Qualifikationen keinen Arbeitsplatz mehr. Gleichzeitig gibt es eine hohe Anzahl an freien Stellen, die nicht besetzt werden können, weil qualifizierte Personen fehlen.

Lösung: Wirtschaftswachstum ist das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit. Wirtschaftswachstum allein hilft jedoch nicht. Die Konjunktur hat sich deutschlandweit unter der CDU-geführten Bundesregierung positiv entwickelt, davon hat auch Berlin profitiert. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit in Berlin in weitaus geringerem Maße zurückgegangen als deutschlandweit. Gleichzeitig kann die Berliner Wirtschaft viele offene Stellen nicht besetzen. Um die strukturellen Schwächen des Berliner Arbeitsmarkts zu beseitigen und arbeitslose Berliner wieder in reguläre Arbeit zu bringen, müssen wir die Vermittlung und Weiterbildung Arbeitsloser optimieren, insbesondere für Langzeitarbeitslose. Dafür haben wir ein detailliertes Konzept vorgelegt. Wir schlagen vor, neben den bundeseinheitlichen herkömmlichen Förderinstrumenten eigene berlinspezifische Instrumente zu entwickeln und zwar in Kooperation von Land Berlin und Arbeitsagentur. Das Konzept umfasst die Einführung von Mentorenprogrammen, Arbeitsvermittlung durch freie Träger, besser abgestimmte Qualifizierungsmaßnahmen, Gesundheitsförderung und Familienmaßnahmen. Zusätzlich wollen wir einen Arbeitskräftemonitor einführen, damit Nachfrage, Angebot und Ausbildung besser koordiniert werden.

17

Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch selbstständige Migranten zu wenig beachtet

Unter Migranten ist die Arbeitslosenquote besonders hoch. Zwar sind Migranten besonders häufig selbstständig, aber selbstständige Migranten gründen dreimal seltener Unternehmen als Selbstständige ohne Migrationshintergrund und die Ausbildungsquote in migrantisch geführten Unternehmen ist vergleichsweise niedrig. Auch das deutsche Erfolgsmodell der Ausbildungsberufe ist unter Migranten oft nicht bekannt, weil es in ihren Heimatländern nicht existiert.

Lösung: Das Zerrbild vom migrantischen Obst- und Gemüsehändler ist falsch. In Berlin gibt es viele erfolgreiche von Migranten geführte Unternehmen. Allerdings ist deren Ausbildungsquote niedriger als der Durchschnitt. Das wollen wir verbessern. Besonders im Handwerk könnten so arbeitssuchenden Migranten neue Perspektiven eröffnet werden. Auch wollen wir selbstständige Migranten besser bei Unternehmensgründungen unterstützen. Wir werden mit den entsprechenden Verbänden und Vereinigungen zusammenarbeiten. Migrantische Unternehmer und Selbstständige brauchen ideelle und materielle Förderung sowie Ermunterung und Rückhalt durch den Senat. Das werden wir sicherstellen.

Selbstständige Migranten besser beachten und unterstützen

Wege in die reguläre Beschäftigung sind das wichtigste

e5

1-Euro-Jobs gefährden reguläre Arbeitsplätze und frustrieren häufig die Betroffenen

Der Bundesrechnungshof und die Handwerkskammern haben die 1-Euro-Jobs kritisiert. Die Praxis in Berlin hat gezeigt, dass diese Beschäftigungsmaßnahmen in Konkurrenz zu regulärer Beschäftigung geraten können.

Lösung: Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Menschen einer regulären Beschäftigung nachgehen können. Keinesfalls dürfen diese Arbeitsgelegenheiten in Konkurrenz zu regulären Arbeitsplätzen geraten oder diese verdrängen. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Bundesagentur für Arbeit, durch Beiräte die Vergabe stärker zu überwachen.

e6

Der öffentliche Beschäftigungssektor kostet Millionen und ist kein Weg in reguläre Arbeit

Der Öffentliche Beschäftigungssektor begünstigt nur circa 3 Prozent aller Berliner Langzeitarbeitslosen. Er ist zu teuer und ineffektiv, weil er neben Geldern der Bundesagentur für Arbeit noch 155 Millionen Euro Landesmittel pro Jahr verschlingt. Gleichzeitig stärkt der Öffentliche Beschäftigungssektor den sogenannten zweiten, also staatlich subventionierten, Arbeitsmarkt, der auf Dauer nicht dazu beitragen kann, die hohe Arbeitslosigkeit in Berlin zu senken.

Lösung: Für uns ist der Gradmesser aller Bemühungen, ob Bürgerarbeit, Werkakademien oder Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote, dass sie einen Weg in reguläre Beschäftigung eröffnen. Der Beschäftigungszuschuss muss deshalb, wie vom Gesetzgeber gewollt, an Arbeitgeber gezahlt werden, um den Langzeitarbeitslosen die Möglichkeit zu geben, sich dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Dennoch sollten auch schwer vermittelbare aber arbeitsfähige Menschen zu Gegenleistungen herangezogen werden, wenn sie langfristig von Transferleistungen im Rahmen gesellschaftlicher Solidarität leben. Darum kann auf MAE- bzw. 1-Euro-Jobs nicht völlig verzichtet werden. Dabei sind auch erfolgreiche Strategien aus anderen Bundesländern zu übernehmen, wie zum Beispiel das in Hessen durchgeführte Programm „Sofortangebote für Langzeitarbeitslose“.

Berlin hat zu wenig Jobs für seine hochqualifizierten Hochschulabsolventen

**Ehemalige Studenten
an Berlin binden**

In Berlin studieren mehr junge Menschen als irgendwo sonst in Deutschland. Zurzeit sind es über 140.000. Im Jahr 2009 gab es rund 23.000 Absolventen. Rund 40 Prozent der Absolventen verlässt die Stadt. Viele von ihnen, weil sie hier keinen adäquaten Arbeitsplatz finden, dabei braucht unsere Stadt langfristig mehr gut ausgebildete junge Menschen für solides Wirtschaftswachstum und gute Arbeitsplätze.

Lösung: Die CDU hat ein Konzept für mehr Wirtschaftswachstum. Das verbessert schon einmal allgemein die Chancen. Wir schlagen ferner einen Fachkräfte-Monitor vor, der sowohl den aktuellen wie den zukünftigen Bedarf an Fachkräften und damit auch Studienabgängern veröffentlicht. Mit der Transparenz verbessern sich die Chancen, dass Angebot und Nachfrage zueinander kommen. Weiterhin müssen die Verbindungen zwischen Hochschulen und Wirtschaft sehr viel enger werden, damit Studierende sich leichter auf den Berufseinstieg vorbereiten und entsprechende Kontakte knüpfen können. Zudem werden wir ein Berlin Alumni Netzwerk einrichten. Dadurch werden Berliner Absolventen über ihr Studium hinaus an die Stadt gebunden und so zu wichtigen Multiplikatoren für unsere Stadt.

Berlin ist nach wie vor für den demografischen Wandel nicht gerüstet

**Fachkräfte und
junge Familien stärken**

In Berlin verschiebt sich die Alterspyramide zu Ungunsten der jüngeren Generation. So wird bis zum Jahr 2030 das Durchschnittsalter von 42,5 auf 45,3 Jahre ansteigen, die Zahl der Personen ab 80 Jahre nahezu doppelt so hoch sein und die Zahl der „jungen Alten“ im Alter von 65 bis unter 80 Jahren um 14 Prozent ansteigen. Gleichzeitig wird die Gruppe der Erwerbsfähigen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren um 5,1 Prozent und die Anzahl der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren um 14,4 Prozent kleiner. Trotz steigender Lebenserwartung und aktuell leicht zunehmender Geburten werden die Verluste aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung wesentlich höher sein als jetzt. Obwohl diese Entwicklungen Rot-Rot seit langem bekannt sind und die Demografiedebatte zur Chefsache erklärt wurde, versandeten im Laufe der Legislaturperiode die Senatsaktivitäten zum Umgang mit dem demografischen Wandel. Das sehr allgemein gehaltene erste Demografiekonzept liegt unausgewertet in den Ausschüssen. In allen Bereichen fehlt es an detaillierten Planungen und Festlegungen.

Lösung: Wir können die demografische Entwicklung nicht aufhalten, aber gezielte Maßnahmen ergreifen, damit Berlin eine kreative Stadt bleibt, in der sich alle Generationen willkommen fühlen. Senioren dürfen nicht ausgegrenzt werden, vielmehr sollte unsere Stadt ihren reichen Erfahrungsschatz nutzen und ihnen eine aktive Teilnahme ermöglichen, um Altersarmut und Isolation entgegenzuwirken. Berlin braucht aber vor allem auch junge Fachkräfte. Schon heute kann die Berliner Wirtschaft viele offene Stellen nicht besetzen, und zwar aus Mangel an qualifiziertem Personal. Wir wollen gezielt junge Fachkräfte nach Berlin holen (siehe dazu auch „Berlin fehlen junge Akademiker“, Ergänzung Nr. e27). Berlin ist schon heute eine attraktive Stadt für junge Menschen, für junge Familien müssen wir unsere Stadt jedoch noch weit attraktiver machen (siehe dazu auch „Berlin ist von einer familienfreundlichen Metropole noch weit entfernt“, Problem Nr. 88). Den Absolventen unserer ausgezeichneten Hochschulen müssen wir bessere Jobeinstiegsmöglichkeiten bieten, viele von ihnen verlassen die Stadt, dabei brauchen wir sie in Zukunft noch dringender (siehe dazu auch „Berlin hat zu wenig Jobs für seine hochqualifizierten Hochschulabsolventen“, Problem Nr. 18).

Berlin ist ähnlich verschuldet wie Griechenland

Der griechische Staat und seine Regionen waren per Ende 2009 mit etwa 115 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes verschuldet - und damit bei knapp dem Doppelten des Euro-Kriteriums von 60 Prozent. Auch Berlin ist hoch verschuldet und würde die Euro-Kriterien verfehlen. In der Zeit der rot-roten Regierung ist die Verschuldung Berlins um fast 70 Prozent von 39 auf 63 Milliarden Euro gestiegen. Allein die Zinslast aus dieser Rekord-Verschuldung beträgt für den Berliner Haushalt jährlich 2,4 Milliarden Euro – bei historisch niedrigeren Zinsen!

Lösung: Die Berliner CDU hat Anfang 2002 mit ihrem Masterplan Haushaltskonsolidierung und im Jahr 2005 mit ihrer abweichenden Stellungnahme zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ die Grundzüge ihrer Strategie zur Haushaltskonsolidierung

dargelegt. Grundlage soll die Weiterführung der 2001 durch den rot-roten Senat abgebrochenen Verwaltungsreform mit der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) sein. Im Mittelpunkt dieses Reformansatzes steht die Steuerung der Berliner Verwaltung auf der Grundlage der von ihr zu erbringenden Dienstleistungen. Das System der Berliner KLR ermöglicht nach ihrer vollständigen Einführung gleichermaßen die aufgabenkritische Evaluierung aller Aufgaben der Berliner Verwaltung, aller Verwaltungsprozesse und der damit verbundenen Kostenfolgen. Gleichzeitig liefert das System auch die Grundlage für ein besseres Qualitätsmanagement (siehe dazu auch die Konsolidierungsvorschläge bei „Über 10 Milliarden Euro Transferausgaben im Berliner Haushalt sind unverhältnismäßig hoch“, Problem Nr. 27).

Konsequente Kosten- und Leistungsrechnung sichert, dass Verwaltung nur so viel kostet, wie sie leistet

Selbst in der guten Konjunktur hat der Senat nicht gespart und vorgesorgt

Die Schuldenbremse im Grundgesetz zwingt Berlin zur Umkehr. Der rot-rote Senat sieht inzwischen selbst für die beiden nächsten Jahre nach den Wahlen im September 2011 ein Mindest-Sparvolumen von 450 bzw. 600 Millionen Euro jährlich gegenüber heute. Jedes Jahr danach muss entsprechend wieder in solchem Umfang gespart werden. Wenn die Konjunktur dank der Regierung Merkel weiter so gut bleibt, dürften die 600 Millionen Euro zu wenig sein, weil bis 2019 sicher auch noch schwächere Jahre kommen werden und man dafür vorsorgen sollte.

Lösung: Die Schuldenbremse erzwingt für die nächsten Jahre einen strikten Kurs der Haushaltskonsolidierung. Dies bedeutet nicht zwangsläufig Haushaltskürzungen. Vielmehr muss der Haushalt so in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins gestellt werden, dass sich die Einnahmen überproportional erhöhen und Ausgabebedarfe - z.B. bei den Sozialtransfers - wegfallen. Wenn Ausgaben und Einnahmen materiell ausgeglichen sind, müssen die Planungen nicht mehr nach Wunsch-szenarien sondern auf Grundlage der empirischen Durchschnittswerte ohne Berücksichtigung konjunktureller Schwankungen entwickelt werden, so dass sich bessere und schlechtere Ergebnisse langfristig die Waage halten.

Sanierungsstau wegen falschen Sparens - nämlich an Investitionen

Von der guten Milliarde, die auch der rot-rote Senat sparen möchte, entfällt der größte Teil auf reduzierte Investitionen. Das ist kein Sparen, sondern ein Verschieben, weil es in der Regel den Investitionsbedarf in der Zukunft aufgrund des fortschreitenden Verfalls der Objekte erhöht. Der Verfall der öffentlichen Infrastruktur, sowohl der verkehrlichen (Straßen, Wege, Plätze usw.) als auch der baulichen Anlagen - z. B. des Öffentlichen Personennahverkehrs (Busse und Bahnen) oder auch Verwaltungsgebäude, Rathäuser oder Schulen - ist offensichtlich. Der Grund hierfür liegt im Instandhaltungsrückstau bedingt durch mangelnde Investitionen in diesen Bereichen. Die in den letzten beiden Jahren durchgeführten Sanierungsmaßnahmen wurden nahezu ausschließlich aus dem Konjunkturprogramm II der Bundesregierung finanziert. Dies war sicherlich hilfreich, reicht aber bei weitem nicht aus, um die jahrelangen Versäumnisse in der baulichen Unterhaltung zu beheben.

Lösung: Gerade im baulichen Bereich hat der Senat zunehmend die Kontrolle über Planungsprozesse und plangerechte Durchführung der Maßnahmen verloren. So sind im Jahr 2010 Bauinvestitionsmittel in Höhe von 146 Millionen Euro nicht verausgabt worden. Zusammen mit der falschen Prioritätensetzung ergeben sich erhebliche Unwirtschaftlichkeiten bei der Unterhaltung der öffentlichen Infrastruktur. Deshalb soll unter der Prämisse „Unterhaltung geht vor Investition“ und „Ersatz- und Rationalisierungsinvestition geht vor Neubau“ das gesamte Baumanagement einschließlich der Planung und Finanzierung auf den Prüfstand gestellt werden, um das Rationalisierungspotenzial zu Gunsten des Abbaus des Instandhaltungsstaus zu heben.

**Vollständiger Regierungsumzug
nach Berlin ist gut für alle
Beteiligten**

21

Berlin braucht die ganze Hauptstadt - Doppelsitz kostet, nutzt aber nichts

Der Senat setzt sich nicht aktiv ein, die unsinnige Doppelstruktur Bonn-Berlin aufzuheben.

Lösung: Berlin ist nicht nur Regierungssitz, nicht nur formal die Hauptstadt Deutschlands - Berlin ist im Bewusstsein aller Deutschen die deutsche Hauptstadt. Vor diesem Hintergrund hat über 20 Jahre nach Beendigung der deutschen Teilung das Bonn-Berlin-Gesetz keine Rechtfertigung mehr. Es ist nicht nur der Hauptstadt abträglich, sondern verursacht hohe Kosten, insbesondere für den Bundeshaushalt, die vor dem Hintergrund der überbordenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte keinen Sinn mehr macht. Die Aufhebung des Bonn-Berlin-Gesetzes ist eines der herausgehobenen Ziele der nächsten Legislaturperiode. Berlin würde als Stadt profitieren, die Bundesregierung könnte effektiver arbeiten und Bonn hätte dank Telekom, Post und oberen Bundesbehörden kein Problem.

22

Berliner Haushalt ohne Vorsorge für Milliardenrisiken

**Ohne Kassensturz und strenges
Risikomanagement können
Berlins Kostenrisiken nicht
geschultert werden.**

Der Solidarpakt bringt uns zurzeit noch jedes Jahr 1,66 Milliarden Euro. Bis 2019 wird diese Zahlung stufenweise auf Null herabgesetzt. In vergleichbarer Größenordnung könnten umgekehrt die Zinsen steigen, wenn wir unsere Schulden nicht mehr im Schnitt mit 3,5 Prozent Zinsen finanzieren können. Oft gab es in der Geschichte Zinsen von 7 Prozent. Für Berlin wären das weitere 2,4 Milliarden Kosten. Die Pensionslasten steigen und Mehrkosten in dreistelliger Millionenhöhe drohen bei der Grundsicherung für Alte. Das BIH-Portfolio wurde Anfang 2011 doch nicht verkauft. Hier rechnet der Senat mit weiteren 140 Millionen Euro jährlich. Gleichzeitig stiegen die Kosten für soziale Träger jedes Jahr dramatisch. Zusammengefasst belaufen sich diese Risiken auf jährlich über 5 Milliarden Euro.

Lösung: Zu Beginn der neuen Legislaturperiode muss sofort ein Kassensturz gemacht werden. Alle Risiken sind möglichst genau zu beziffern und - auch gegenüber der Öffentlichkeit - transparent darzustellen. Für jeden einzelnen Fall sind die Ziele und Strategien der Risikominimierung zu bestimmen. Im Rahmen der Konsolidierungsstrategie für den Berliner Landeshaushalt muss für jeden Problemkreis das Risikomanagement klar festgelegt, über die Legislaturperiode exekutiert und die Abarbeitung der Risiken streng kontrolliert werden. Darüber hinaus treten wir dafür ein, die exorbitant hohe Staatsquote der Berliner Wirtschaft von zurzeit 60 Prozent systematisch in merklichen, aber sozial verantwortbaren Schritten abzubauen. Die hohe Staatsquote ist eine wesentliche Ursache für den hohen Schuldenstand des Landes.

e9

Pensionslasten

Die Gesamtzahl der Versorgungsempfänger (Ruhestandsbeamte und Hinterbliebene) steigt in den nächsten 15 Jahren voraussichtlich um insgesamt 27 Prozent. Die Menschen werden älter und die Pensionen steigen ähnlich wie die Löhne. Berlin wird das wohl jährlich 400 Millionen Euro kosten. Die Ausgaben für Ruhestandsbeamte und Hinterbliebene beliefen sich in 2010 auf ca. 1,2 Milliarden Euro. Sie werden bis 2020 um mindestens 200 Millionen Euro, möglicherweise sogar um 450 Millionen Euro steigen.

Lösung: Die steigenden Pensionslasten müssen zusammen mit den übrigen Haushaltsrisiken in die mittelfristige Planung eingearbeitet und im Rahmen eines belastbaren Konsolidierungskonzepts gegenfinanziert werden.

23

S-Bahn-Krise und kein Ende

Die S-Bahn stolpert von einer Notmaßnahme in den nächsten reduzierten Fahrplan. Information und Entschädigung für die geplagten Kunden gibt es nur schleppend und jeweils nur auf öffentlichen Druck. Das Krisenmanagement bis zu einer langfristigen stabilen Lösung muss verbessert werden.

Lösung: Die CDU hat ein detailliertes Konzept vorgelegt und schlägt zwei zentrale Ansätze vor: Technisch die Einschaltung von zusätzlichen Werkstätten, die es heute schon im Großraum Berlin gibt, aber bislang nicht genutzt werden. Und für die Fahrgäste eine Vereinbarung über Krisenstandards für die noch mehrjährige Übergangszeit bis zu wirklich besseren Zeiten. Fast 600 Techniker arbeiten an mehreren Standorten in den S-Bahn eigenen Werkstätten im Schichtbetrieb. Wannsee, Grünau, Friedrichsfelde, Oranienburg und Erkner sind für betriebsnahe Instandhaltungen, also einfachere Reparaturen und Wartungsarbeiten, zuständig. Schöneeweide kümmert sich um die harten Brocken, dort werden auch mal Züge zerlegt. Bombardier in Hennigsdorf wäre von der Struktur her in der Lage, sich an der Ausbesserungsarbeiten zu beteiligen. Die Baureihe 481/482 stammt sogar aus dem Hause Bombardier.

Vorhandene Werkstätten im Großraum Berlin können die S-Bahn wieder auf die Schiene setzen

24

Überschuldete BVG mit starken Mängeln

Verglichen mit der S-Bahn ist die BVG natürlich Gold. Aber auch hier gibt es nachhaltige Probleme, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürfen. Sonst droht ein weiterer Verkehrs-Kollaps. Die BVG hat Schulden in Höhe von etwa 750 Millionen Euro angehäuft (mehr als sie Umsatz macht) und ebenfalls erhebliche technische Probleme, wie man etwa an den vielen ausgebrannten Bussen erkennen kann. Das Betriebsergebnis ist seit Jahren und bis heute tief rot.

Lösung: Öffentlicher Nahverkehr ist immer ein Zuschussgeschäft. Dies entbindet die Nahverkehrsunternehmen aber nicht davon, ständig ihr Angebot zu verbessern und ihre Kosten zu senken. Die BVG hat

ihre Potenziale hier bei weitem nicht ausgeschöpft. Ohne nennenswerte zusätzliche Kosten könnte sie ihre Angebotsstruktur und Kundenfreundlichkeit so verbessern, dass die Zahl der Fahrgäste deutlich steigt und höhere Einnahmen erzielt werden könnten. Dies wäre auch ein Ansatzpunkt, um ihre zu hohen Overheadkosten zu senken: ein Unternehmen, das sich aufgrund seiner Leistung großer Beliebtheit erfreut, braucht zum Beispiel keine hauptamtlichen Lobbyisten für Imagekampagnen in den Bezirken zu bezahlen. Auch im Bereich des Managements können durch straffere Organisation und die Verringerung der hohen Zahl außertariflicher Verträge große Summen eingespart werden.

Effizientere Verwaltung und bessere Organisation können der BVG beim Schuldenabbau helfen

e10

Neue Züge braucht die S-Bahn

Man kann es drehen und wenden wie man will: Ohne neue Züge wird die S-Bahn nicht zu einem dauerhaft gesicherten Normalfahrplan zurückkommen. Das dauert leider. Umso dringender ist es deshalb, dass dafür die Grundlage geschaffen wird. Die CDU hat bereits im Frühjahr 2010 einen Sanierungsvertrag vorgeschlagen. Der rot-rote Senat ignoriert das Konzept aber. Viel Zeit zur Verbesserung der Situation ist ungenutzt verstrichen. Denn der Senat verfolgt gar keinen Plan - denjenigen der Berliner CDU nicht und auch keinen anderen.

Lösung: Die CDU möchte so schnell wie möglich die Grundlagen (Ausschreibung) für einen Sanierungsvertrag legen. Die Bahn hat Zustimmung signalisiert, die Bundesregierung würde mitmachen. Der Senat zögert und verschenkt wertvolle Zeit. Auch unser Plan zaubert nicht von heute auf morgen, aber er bringt die schnellst denkbare Entlastung und er schont den Steuerzahler am stärksten. Viele Medien und Experten loben unseren Plan. Der Tagesspiegel etwa hat in einem Kommentar schon letzten März unsere Lösung als einzige „überzeugend“ und „wirklich zu Ende gedacht“ genannt, weil er alle komplizierten Aspekte der im wahrsten Sinne verfahrenen Lage berücksichtigt.

Die Verwaltung leistet nicht, was der Bürger braucht

**Berlins Verwaltung braucht
flachere Hierarchien mit klaren
Verantwortlichkeiten**

Die Unzufriedenheit der Bürger mit der Berliner Verwaltung ist in vielen Vergleichsstudien dokumentiert. Die Bezirke sind vielfach die Leidtragenden der zentralistischen Vorgehensweise der Senatsverwaltungen, bei der Entscheidungen weit weg vom Bürger getroffen werden. Dies muss immer wieder durch Mitarbeiter mit direktem, persönlichem Kundenkontakt ausgeglichen werden. Gleichzeitig sind das aber genau die Mitarbeiter, die trotz hoher Anforderungen - wie neue Verfahren, neue Technik und nicht ausreichende Computersysteme - am schlechtesten bezahlt werden. Es fehlt an Fortbildung und an einem nachhaltigen stadtweiten Konzept für Bürgerfreundlichkeit.

Lösung: Der Öffentliche Dienst kostet jedes Jahr rund 6,6 Milliarden Euro. Er muss zum positiven Standortfaktor entwickelt und am wirtschaftlichen Erfolg der Stadt ausgerichtet werden. Flache Hierarchien und eigene Verantwortungsbereiche fördern die Motivation im Öffentlichen Dienst. Genauso wird eine klare Kosten- und Nutzen-transparenz benötigt. Das kaufmännische Rechnungswesen mit einer „Berlin-Bilanz“ und verpflichtende Kosten-Nutzenanalysen verhindern Entscheidungen ohne Betrachtung der Folgekosten und würden auch eine rational nachvollziehbare Investitionsplanung ermöglichen. Bürgerschaftliches Engagement sollte von der Verwaltung grundsätzlich unterstützt werden. Wenn Bürger sich konstruktiv und nachhaltig, wie etwa im Rahmen von sogenanntem Community Organizing, für ihren Kiez, ihre Region einsetzen, dann muss die Verwaltung verpflichtet werden, diese Anliegen vorrangig und unbürokratisch zu behandeln.

e11

Lange Wartezeiten in Behörden und auf Bescheide

Lange Wartezeiten in Behörden und auf Bescheide, so z.B. auf Wohngeldbescheide oder Schwerbehindertenausweise, sind Zeit- und Geldverschwendung und ein Ausdruck mangelnden Respekts den Bürgern gegenüber. Natürlich sind gelegentliche Überlastungen nicht zu vermeiden. Wenn aber der Gang zum Amt oder der Antrag auf eine berechnete Leistung regelmäßig zur Geduldsprobe wird, dann muss sich etwas ändern.

Lösung: Über ein permanentes Qualitätsmanagement können die Probleme dauerhaft verringert werden. Instrumente dafür sind z.B. das E-Government, Auslastungsprognosen wie bei Fluglinien, Informationssysteme, Verfahrensvereinfachungen usw. Alle Verwaltungen sollten eine elektronische Terminvergabe über das Internet und die 115 Nummer und/oder E-Mail vorsehen und einen SMS-Service als Wartemanagement anbieten. Garantierte Rückrufe innerhalb von einem Werktag.

e12

Berliner Verwaltungen arbeiten manchmal gegeneinander statt miteinander

Die öffentliche Verwaltung ist eine riesige Dienstleistungsorganisation, die vielfältige Aufgaben wahrzunehmen hat. Dieses Aufgabenspektrum umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens, von der Ordnungspolitik über die Bildungspolitik zur Sozial- oder der Wirtschaftspolitik. Durch fehlende Prioritätensetzung ist nicht sichergestellt, dass die Ziele ihrer Bedeutung nach und aufeinander abgestimmt verfolgt werden.

Lösung: Alle Verwaltungsleistungen werden nach dem Vorbild der Bezirke definiert und in einen klaren hierarchischen Aufgabenkontext gestellt, z.B. auf Politikfelder und die Funktionen der Finanzplanung bezogen. Als Informationssystem wird die Kosten- und Leistungsrechnung genutzt. Auf der Basis dieser Informationen werden Prioritäten gesetzt, Ziele definiert und die Zielerreichung kontrolliert. Die Praktikabilität eines solchen Systems ist bereits vor 10 Jahren unter Führung der CDU im Bezirksamt Neukölln nachgewiesen worden, es muss jetzt nur noch auf die übrige Verwaltung, insbesondere die Senatsverwaltungen, angewendet werden.

e13

Doppelzuständigkeiten erzeugen hohe Reibungsverluste und lange Bearbeitungszeiten

Alle Verwaltungen in Berlin nehmen ihre Aufgaben wahr, ohne sie innerhalb ihres Geschäftsbereichs, geschweige denn mit den Geschäftsbereichen anderer Verwaltungen, abzustimmen. Dadurch entstehen Konflikte zwischen Verwaltungsstellen, die dazu führen, dass Genehmigungsverfahren aufgrund individueller Verwaltungsinteressen auf die lange Bank geschoben oder gar verhindert werden. Eine politische Steuerung ist oft nicht möglich, weil ein geeignetes Informationssystem fehlt und destruktive Entscheidungen unterhalb der politischen Ebene getroffen werden.

Lösung: Mit Hilfe der Kosten- Leistungsrechnung in den Bezirken werden die Leistungsbeziehungen innerhalb der Verwaltung abgebildet und analysiert. Sie muss endlich auch vollständig für die Senatsverwaltungen eingeführt werden. Aufgrund dieser Erkenntnisse können klare Verantwortlichkeiten festgelegt und Prozesse optimiert werden. Die verfahrensleitende Stelle erhält die notwendigen Kompetenzen, um im Interesse des Bürgers schnelle Verfahren durchzusetzen. Überflüssige Verwaltungsverfahren werden abgeschafft. Dadurch wird die Verwaltung nicht nur ihre Leistungsfähigkeit steigern, sondern auch zwischen 10 bis 30 Prozent Kosten senken können. Mit den freiwerdenden Ressourcen können dann endlich die dringlichen Aufgaben angegangen werden, für die heute angeblich kein Geld da ist. Die Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken nach den gesetzlichen Vorgaben wird künftig - entgegen der bisherigen Praxis - eingehalten, d.h. für Bezirksaufgaben werden nicht teure Senatsprogramme aufgestellt, sondern auskömmliche Mittel - ggf. mit Zweckbindung - direkt in die Bezirke gegeben. Alle Antragsverfahren mit der entsprechenden Bürokratie können damit entfallen.

Öffentlicher Dienst: Personal ohne Perspektive

Die Verwaltung muss nach den Leistungen organisiert werden, die sie erbringen soll. Und dann so ausfinanziert werden, dass sie die auch erfüllen kann

Viele Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Berlin sind aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen und fehlender Entwicklungsmöglichkeiten frustriert, was die Leistungsfähigkeit der Verwaltung, eines wichtigen Standortfaktors, deutlich verringert. Wir haben heute 106.000 Vollzeitstellen und der Senat ebenso wie die anderen Parteien – mit Ausnahme der CDU – wollen unabhängig von der Aufgabenfülle auf etwa 90.000 Mitarbeiter herunter. Der Stellenpool ist im Moment ein Instrument zur Verwaltung willkürlich ausgemusterter Mitarbeiter. Etwa 3.000 Personen befinden sich in einem Stellenpool und werden völlig unabhängig von einer systematischen Bedarfs- und Qualifikationsanalyse verteilt. Der Finanzsenator kündigt die Auflösung an, ohne Konzept und ohne Rückhalt seiner Koalition. Trotz Weggangs gerade von guten Mitarbeitern und in einigen Bereichen stark geänderten Anforderungen (Integration von Zuwanderern z.B.) bleiben Einstellungen von außerhalb die absolute Ausnahme. Sie sind nur nach einem bürokratischen Schlüssel möglich. Verstärkt wird das Problem durch ein absolut kurzsichtiges Lückenbüßer-Prinzip. Eklatanter Personalmangel wird nur teilweise und nur mit Zeitverträgen ausgeglichen. Diese Mitarbeiter können damit keine dauerhaft vollwertigen Kräfte sein, sondern dienen allenfalls der zahlenmäßigen Deckung des jeweiligen akuten Bedarfs. Eine Verlängerungsmöglichkeit ist wegen des Verbots von Kettenverträgen ausgeschlossen. Zudem entstehen fortwährend Lücken im Verwaltungsbetriebsablauf durch sich hinziehende Einstellungsverfahren. Bis 2017 werden darüber hinaus über 25 Prozent der Beschäftigten des Landes ausscheiden, in einigen Bereichen mehr als 30 bzw. 40 Prozent des vorhandenen Personals. Alle Entscheidungen, wie dieser personelle Aderlass und der Verlust von Wissen auszugleichen ist, hat der Senat verschoben. Dabei werden die Rahmenbedingungen immer schlechter, denn Berlin steht im Wettbewerb um gute Mitarbeiter in Konkurrenz zum Bund und den anderen Ländern, die bessere Bedingungen bieten.

Lösung: Notwendig ist ein völliges Umdenken, die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes dürfen nicht länger als Kostenfaktor betrachtet werden. Um zu einer sachgerechten Personalausstattung als Grundvoraussetzung für ein besseres Personalmanagement zu kommen, müssen wir zuerst stadtweit feststellen, welche Leistungen in welchem Umfang von Mitarbeitern der Berliner Verwaltung heute und in Zukunft zu erledigen sind und welche technischen Erleichterungen, etwa über das Internet, erreicht werden können (Bedarfsplan). Darauf aufbauend braucht Berlin endlich einen Stellen- und Entwicklungsplan. Er soll allen Mitarbeitern auch eine persönliche Perspektive bieten. Dabei ist penibel darauf zu achten, dass nicht nur unproduktive Bereiche eingespart, sondern bestehende Personalbedarfe auch ausfinanziert werden. Alle bestehenden Restriktionen zur Besetzung vorhandener Stellen oder zur Erschwerung von Beförderungen, die nach Maßgabe des Haushalts möglich sind, müssen ersatzlos entfallen. Organisation, Arbeitsprozesse, Mitarbeiterführung und Entgeltsystem müssen so verbessert werden, dass der öffentliche Dienst Berlins auch vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage gerade für junge dynamische Menschen eine möglichst hohe Attraktivität entfaltet und Berlin sich dem Wettbewerb mit den anderen Ländern erfolgreich stellen kann.

Berliner Verwaltung - zu wenig Auszubildende und noch weniger Übernahmen

Berlin bildet in seiner Verwaltung jedes Jahr zu wenig junge Menschen aus. Ein Konzept zur Nachwuchsförderung fehlt gänzlich. Wegen der Stellenpoolregularien des Senats werden viele nicht übernommen. Das ist kurzsichtig, den Jugendlichen gegenüber nicht fair und verschlechtert die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes. Der Bürger bekommt schlechtere Leistungen. Die Mitarbeiterstruktur überaltert zusehends.

Lösung: Die Alterstruktur im Öffentlichen Dienst ist durch den Zweiten Weltkrieg und die Einstellungsstille in den 1970er und 1980er Jahren asymmetrisch. Dadurch wird eine kontinuierliche Verjüngung behindert. Durch eine langfristige, an den Aufgabenstellungen orientierte Personalplanung in Verbindung mit intelligenten Vorruhestandsregelungen muss die Asymmetrie langfristig aufgelöst werden, um die gegenwärtig objektiv bestehenden Schwierigkeiten nicht zu perpetuieren.

Über 10 Milliarden Euro Transferausgaben im Berliner Haushalt sind unverhältnismäßig hoch

Transferausgaben sind alle Ausgaben für Stellen außerhalb der unmittelbaren Verwaltung, also etwa für freie Träger im Sozialbereich. Insgesamt hat Berlin 2010 Transferausgaben in Höhe von rund 10 Milliarden Euro getätigt. Das sind bereits über 700 Millionen Euro mehr, als Berlin überhaupt an Steuereinnahmen hat. Diese 10 Milliarden beinhalten nicht die Finanzierung der staatlichen Grundleistungen, wie etwa das öffentliche Schulsystem, den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur oder die Ausgaben für den öffentlichen Dienst (dessen Gehälter allein mit zusätzlichen 6,6 Milliarden Euro pro Jahr zu Buche schlagen). Das ist ein klares Missverhältnis im Haushalt, das sich auch im Einzelnen belegen lässt: Während für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Hochbau), wie zum Beispiel Schulgebäude, im Jahr 2010 nur 208,4 Millionen Euro zur Verfügung standen, wurden für soziale oder ähnliche Einrichtungen über 1,9 Milliarden Euro ausgezahlt, davon 284,3 Millionen Euro an nicht-staatliche Einrichtungen. Weitere 2,5 Milliarden Euro kamen hinzu, die zu Gunsten hilfebedürftiger Personen ausgezahlt wurden - teilweise über soziale Träger wie beispielsweise die Treberhilfe. Kurz: die Transferausgaben Berlins sind hoch, aber nicht zielgerichtet strukturiert. Auch fehlt eine Differenzierung der freien Träger, zwischen denen, die gute Arbeit leisten und solchen, die weniger wirksam arbeiten.

Lösung: Wir wollen Hilfe für Menschen organisieren und nicht für Strukturen. Wer Berlin künftig regieren will, muss darauf achten, dass die Gewichte zwischen den einzelnen Ausgabeblöcken stimmen und die Transferausgaben nicht weiter steigen und insbesondere die Sozialtransfers aufgrund besserer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen möglichst abgesenkt werden können. Berlin muss auch bei der Struktur der Transferausgaben weg von einem Reparaturbetrieb für die durch falsche Gesellschafts- und Sozialpolitik verursachten Missstände hin zu einer wachstums- und wohlstandsorientierten Politik für alle gesellschaftlichen Gruppen. Heute müssten nach Berliner Haushaltsrecht alle Zuwendungsempfänger nach spätestens neun Monaten ihre Ausgaben belegen. Tatsächlich sind über drei Viertel (!) der Zuwendungen aus den Jahren 2006 bis 2008 auch nach drei Jahren nicht richtig abgerechnet. Wir werden wieder wirksam kontrollieren. Zudem müssen alle Zuwendungsempfänger, die keinen unmittelbaren gesetzlichen Anspruch auf Finanzierung haben, ihre Projekte bei jeder Antragstellung und jeder Fortführung öffentlich (Internetplattform) begründen und zur Diskussion stellen. Auf der Grundlage dieser Begründungen werden auf Basis einheitlicher, transparenter und fairer Kriterien Entscheidungen getroffen. Eventuell freiwerdende Mittel werden in die Sanierung der Schulen, Kindertagesstätten, Sportanlagen und Straßen investiert, so dass diese Gelder letztlich wieder zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden (siehe dazu auch Problem Nr. 20 sowie Ergänzungen Nr. e7 und e8).

Mehr als doppelt so hohe Ausgaben wie eigene Einnahmen – das schreit nach öffentlicher, transparenter Kontrolle

Unbekannt und dennoch überfordert: die einheitliche 115-Nummer für die Verwaltung

Eine schöne Initiative des Bundesinnenministers. Bundesweit kann man mit einer einheitlichen kurzen, leicht zu merkenden Nummer immer seine Behörde erreichen. Berlin hat die Idee durch einen technischen Fehler aber zur Quelle von Ärger werden lassen. Die erste Weiterverbindung klappt, die erneute aber nicht mehr. Man „fliegt“ dann aus der Warteschleife. Beim nächsten Anruf hat man jemand anderes am Telefon, die Reise durch die Behörden beginnt von neuem und beim erneuten Weiterverbinden versagt das System genauso. Den Ärger müssen wieder einmal die Mitarbeiter ausbaden, die ohnehin mit schlechter IT und schlechtem Personalmanagement zu kämpfen haben.

Lösung: Kein Anschluss unter dieser Nummer: Die 115-Nummer ist ein deutliches Zeichen dafür, wie schlecht Berlin verwaltet wird. Ein Senat, der nicht in der Lage ist, die selbstverständlichen Verwaltungsprozesse zu organisieren und bürgerfreundliche Lösungen schnell und komplikationslos zu realisieren, hat nicht das Zeug, eine Metropole im Herzen Europas zu regieren. Wer die Regierung wechselt, hat wieder Anschluss!

Das Land Berlin kehrt zur Verbeamtung der Lehrer zurück und besetzt offene Stellen umgehend.

28

Und täglich grüßt der Unterrichtsausfall

Das Land Berlin ist für Lehrer als Arbeitgeber wenig attraktiv. Die schlechte Schulverwaltung verschärft das Problem. Viele Lehrer gehen in andere Bundesländer. In Berlin sind zudem knapp 1.500 Lehrer dauerhaft krank. Da in Berlin ferner mit der Einstellung viel zu spät begonnen wird, können nicht alle offenen Stellen von der Senatsverwaltung besetzt werden. Die Konsequenz ist permanenter Unterrichtsausfall an Berliner Schulen.

Lösung: Der Unterrichtsausfall muss in einer Sofortmaßnahme durch die Besetzung offener Stellen und die Einstellung zusätzlicher Lehrer als Reserve für dauerhaft kranke Lehrer umgehend beendet werden. Dauerkrankte Lehrer sollen in einer Wiedereingliederungsinitiative in geeignete Positionen vermittelt werden. Solange die anderen Bundesländer nicht bereit sind, die Verbeamtung von Lehrern aufzugeben, muss auch Berlin wieder zur Verbeamtung zurückkehren.

29

Frustrierte Lehrer

Der Reformwahn wird beendet und den Lehrern Zeit für pädagogische Arbeit gegeben

Berlins Lehrer sind frustriert. In der Öffentlichkeit wird über schlechte Ergebnisse der Schüler im internationalen Vergleich geklagt. Die Schulen werden jedoch nicht mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet. Stattdessen wird durch ständige ideologiegetriebene Reformen die Arbeit der Lehrer erschwert.

Lösung: Alle paar Jahre werden schlecht vorbereitete Reformen durch die Berliner Schulen getrieben. Die Schulen brauchen endlich Ruhe und die Lehrer Zeit für gute pädagogische Arbeit. Wir wollen ein neues Lehrerarbeitszeitmodell, in dem alle Aufgaben jedes Lehrers individuell wiedergegeben und individuell vereinbart werden. Außerdem brauchen die Schulen endlich ein professionelles Gesundheitsmanagement und eine Entlastung von unterrichtsfremden Aufgaben durch Verwaltungsmitarbeiter und Sozialarbeiter.

e16

Schulleiter mutieren zu Verwaltungsbeamten

Berliner Schulleiter sind gezwungen, einen Großteil ihrer Arbeitszeit mit Verwaltungsaufgaben zu verbringen. Für die Qualitätssicherung und Schulentwicklung bleibt so viel zu wenig Zeit.

Lösung: An den Schulen soll ein Verwaltungsdirektor eingerichtet werden, der sich ausschließlich Verwaltungsaufgaben widmet. Kleinere Schulen sollen sich einen Verwaltungsdirektor teilen. Die Umsetzung soll in Stufen erfolgen und zunächst mit freiwillig teilnehmenden Schulen beginnen. Nach Auswertung der Ergebnisse kann das Modell auf sämtliche Schulen übertragen werden. Die personellen Spielräume dafür sollen durch Umsetzungen aus der Senatsverwaltung, den Bezirken und dem Personalüberhang geschaffen werden. Das Budget für die Schulen soll schrittweise auf diese übertragen werden. Die Schulversammlung soll dann darüber verfügen können.

e17

Lehrermangel? Bitte warten!

Das Land Berlin ist mangels Verbeamtung der Lehrer als Arbeitgeber wenig attraktiv. Über die Hälfte der Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sind 50 Jahre und älter. Trotzdem wird mit der Einstellung neuer Lehrer viel zu spät begonnen. Da sich das Einstellungsverfahren zudem über Monate hinzieht, entscheiden sich zahlreiche Lehramtsanwärter für eine Stelle in einem anderen Bundesland. Dadurch können nicht sämtliche offenen Stellen von der Senatsverwaltung besetzt werden. Die Konsequenz ist permanenter Unterrichtsausfall an Berliner Schulen.

Lösung: Jeder ausscheidende Lehrer muss ersetzt werden. Schulen müssen ihre Referendare behalten können. Solange die anderen Bundesländer nicht bereit sind, die Verbeamtung von Lehrern aufzugeben, muss auch Berlin wieder zur Verbeamtung zurückkehren. Ohne die Verbeamtung der Lehrer gerät Berlin ins Hintertreffen bei der Besetzung freier Stellen.

30

Sanierungsstau an Berliner Schulen

Nach Berechnungen der Bezirke fehlen mindestens 1 Milliarde Euro für dringend notwendige Schulsanierungen, überall fällt der Putz von der Wand.

Lösung: Es kann nicht sein, dass die Schule das kaputtteste Gebäude des Bezirks ist. Die Kürzungen des Schulanlagensanierungsprogramms sind zurückzunehmen. Effiziente Instandhaltung erfordert kontinuierliche Maßnahmen. Jahrelanges Nichtstun verschiebt die Kosten nicht lediglich in die Zukunft, sondern steigert sie auch erheblich. Den Schulen soll daher ein Budget für Instandhaltungsmaßnahmen zugewiesen werden, mit dem sie nachhaltig für eine geeignete Infrastruktur sorgen können. Der Einmalaufwand zur Behebung des erheblichen Sanierungsstaus muss vom Land Berlin kommen. Das bisherige Schulsanierungsprogramm hat zu wenig Mittel und ist viel zu bürokratisch.

Das Land Berlin wird den Sanierungsstau beseitigen und den Schulen ein Budget für zukünftige Maßnahmen zur Verfügung stellen

31

35-Stunden-Woche für Schüler? Schön wär's!

Der Übergang von der dreizehn- auf die zwölfjährige Schulzeit bis zum Abitur wurde nicht ausreichend durch Anpassung der Rahmenpläne vorbereitet. Die Schüler sind bereits nahezu 35 Stunden in der Schule. Wenn man die Hausaufgaben hinzunimmt, bleibt praktisch keine Zeit mehr für außerschulische Aktivitäten.

Lösung: Der Unterrichtsstoff muss um mindestens zehn Prozent entschlackt werden. Die Lehrpläne müssen im Einvernehmen mit den Schulen umgehend auf Anpassungsbedarf überprüft und nachhaltig reduziert werden. Es darf jedoch keine „Reform der Reform“ geben. Die Anpassung darf keine neue Unruhe in Schulen bringen, sondern muss sorgfältig vorbereitet werden. Die CDU setzt sich dafür ein, mit dieser Zielrichtung auch auf die Rahmenpläne bundesweit Einfluss zu nehmen.

Die Lehrpläne werden in einer sorgfältig vorbereiteten Aktion entschlackt

32

Leistungsdruck schon in der 3. Klasse

Das Angebot an Gymnasialplätzen ab dem fünften Schuljahr unterschreitet die Nachfrage, vor allem im Ostteil der Stadt erheblich. Dies hat einen immensen Leistungsdruck bereits in der Grundschule zur Folge. Ohne eine Eins in Deutsch, der ersten Fremdsprache, Mathematik und dem Sachunterricht muss um den Wechsel aufs grundständige Gymnasium gebangt werden.

Lösung: Das Angebot an Gymnasialplätzen ab dem fünften Unterrichtsjahr muss an den Bedarf angepasst werden. Eltern müssen über den Bildungsweg ihres Kindes ohne Noten- und Leistungsdruck entscheiden können. Den Gymnasien sollte erlaubt werden, flexibel auf die jeweilige Nachfrage zu reagieren.

Das Angebot an Gymnasialplätzen ab dem fünften Schuljahr wird ausgebaut

e18

Behinderte Schüler werden allein gelassen

Bei Schulhelfern, also Menschen, die schwer behinderte Kinder im Schulalltag begleiten, besteht ein akuter Engpass: Die Mittel reichen nicht aus, um ausreichend Schulhelfer zu beschäftigen. Zudem fällt die Entscheidung über die Anträge auf Schulhelfer von Bezirk zu Bezirk sehr unterschiedlich aus.

Lösung: Kurzfristig muss der Finanzierungsbedarf entsprechend dem tatsächlichen Bedarf an Schulhelfern ermittelt und gedeckt werden. Auch die Bearbeitung der Anträge auf Schulhelfer muss nach menschenwürdigen, effizienten und verlässlichen Kriterien erfolgen. Der Ausbau des Zugangs zu den Regelschulen bei bedarfsgerechtem Abbau von Förderschulen hat den Erhalt der Fachlichkeit als Voraussetzung, damit dieses Vorhaben gelingen kann.

Gegen jede Form von Mobbing wird entschieden eingeschritten und die Eltern der Täter in die Pflicht genommen.

33

Gegen Mobbing hilft keine statistische Schönfärberei

In sieben Jahren haben sich die Gewaltmeldungen von Berliner Schulen versechsfacht. Daraufhin wurde die Meldepflicht vom Senat abgeschafft.

Lösung: Das alleinige Werben für mehr gegenseitigen Respekt reicht nicht aus. Gegen jede Form von Mobbing muss entschieden eingeschritten werden. Die Eltern der Täter müssen umgehend informiert und zur Unterstützung aufgefordert werden. Wenn der elterlichen Verantwortung nicht nachgekommen wird, muss ein gestuftes Verfahren zur Stärkung der Elternverantwortung zum Tragen kommen. Insbesondere dem Phänomen des Mobbing im Internet (häufig als „Cyber-Mobbing“ bezeichnet) muss schnellstmöglich ein Riegel vorgeschoben werden. Die CDU unterstützt die Aktion verschiedener Schüler, mit der diese eine Mobbingseite im Internet durch das massenweise Einstellen harmloser Texte praktisch unlesbar machen möchten.

34

Schülerlotterie: Nieten statt Gewinn

Die Schülerlotterie wird sofort abgeschafft und durch ein transparentes Verfahren ersetzt

In Berlin entscheidet ein Losverfahren über die Vergabe von 30 Prozent der Plätze auf weiterführenden Schulen. Durch dieses willkürliche Verfahren wird der Ansturm auf die beliebten Schulen noch größer und das Lerntempo wird sich wegen der unterschiedlichen Voraussetzungen der willkürlich zusammengesetzten Klassen verlangsamen. Darüber hinaus sind aufgrund der Verunsicherung der Eltern vermehrte Klagen gegen Ablehnungsbescheide zu erwarten.

Lösung: Das bundesweit einmalige Verlosen von Schulplätzen muss sofort beendet werden. Entscheidungen von solch grundlegender Bedeutung wie die Auswahl einer weiterführenden Schule müssen frei von Willkür sein. Die Auswahl sollte durch die Schule selbst erfolgen und in einem transparenten und rechtssicheren Verfahren stattfinden. Kriterien sollten sein: persönliche Gespräche, außerschulische Qualifikationen, Tests, Interessenschwerpunkt der Schule und Geschwisterregelung.

e19

Geschwisterregelung? Fehlanzeige

Beim Übergang aufs Gymnasium gibt es anders als beim Zugang zur Grundschule keine Geschwisterregelung. Eltern mit mehreren Kindern wird dadurch völlig überflüssigerweise eine unnötige Mehrbelastung auferlegt.

Lösung: Die mit dem Verteilen von Kindern auf verschiedene Schulen verbundene Mehrbelastung der Eltern ist leicht vermeidbar: So wie beim Zugang zur Grundschule muss eine Geschwisterregelung eingeführt werden. In den Genuss der Geschwisterregelung dürfen jedoch nur solche Kinder kommen, die dem Leistungsniveau einer Schule entsprechen.

35

Benachteiligung des Gymnasiums

Die Gymnasien werden in Berlin systematisch benachteiligt: Der Gymnasialzugang wird nicht allein nach dem Leistungsprinzip geregelt, sondern Plätze werden verlost. Die Gymnasien sind vom Lehrermangel überdurchschnittlich betroffen und die Ausstattung ist in beinahe allen Bezirken unterdurchschnittlich. Die Klassen sind größer als an den Sekundarschulen.

Lösung: Das Gymnasium ist eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Es vermittelt eine breite Allgemeinbildung und die Studierfähigkeit für sämtliche Studiengänge. Eltern und Schüler können über die Schulwahl nur dann frei entscheiden, wenn es leistungsfähige und nicht benachteiligte Gymnasien gibt. Die systematischen Benachteiligungen müssen beseitigt und die Gymnasien finanziell angemessen ausgestattet werden.

Die Gymnasien werden personell und finanziell angemessen ausgestattet

36

Sekundarschulen ohne Profil

Der Sekundarschule fehlt ein klares Profil. Die Binnendifferenzierung, d.h. die individuelle Förderung einzelner Lernender, ist ein leeres Versprechen, da es dafür weder genug noch hinreichend ausgebildete Lehrer gibt. Berichte der Senatsverwaltung bestätigen, dass die Binnendifferenzierung faktisch nicht stattfindet und ein Konzept das darauf beruht, droht in der Praxis zu scheitern. Viele Sekundarschulen drohen erneut zu Restschulen zu werden.

Lösung: Jede Sekundarschule braucht ein klares Profil, das sie attraktiv für Eltern und Schüler macht. Dazu ist es notwendig an jeder Schule Praxisklassen, Ansprechpartner für Unternehmen und verbindliche Kooperationen mit den Kammern einzurichten. Die fehlende Binnendifferenzierung darf nicht zu Lasten der Schüler gehen. Fortbildung ist notwendig, auch wenn damit der Geburtsfehler der rot-roten Reform leider nur gelindert und nicht beseitigt wird.

Jede Sekundarschule erhält ein eigenes Profil und wird mit der Wirtschaft besser vernetzt

37

Etikettenschwindel bei den Ganztagsgrundschulen

Auf dem Papier sind alle Berliner Grundschulen Ganztagsgrundschulen. Die Realität sieht aufgrund fehlender personeller und räumlicher Ausstattung völlig anders aus.

Lösung: Ganztagsbetreuung leistet einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, soll aber auch zu einem Mehr an Bildung führen. Ohne die notwendige personelle und räumliche Ausstattung bleibt die Ganztagsbetreuung eine halbe Sache. Echte Ganztagschulen benötigen geeignete Räumlichkeiten, Mensen und ausreichend Erzieher.

Die Ganztagsbetreuung wird durch geeignete Räumlichkeiten, Mensen und Erzieher verbessert

Der Senat wird für jeden Schüler vergleichbare Kosten übernehmen

38

Schulen in freier Trägerschaft werden finanziell benachteiligt

Schulen in freier Trägerschaft werden gegenüber staatlichen Schulen finanziell benachteiligt. Die Finanzierungssystematik ist vor allem nicht verlässlich.

Lösung: Jeder Schüler - egal ob auf einer staatlichen oder einer privaten Schule - verdient die Förderung Berlins. Mit einem verlässlichen und transparenten Finanzierungsmodell für die freien Schulen wird sichergestellt, dass der Senat für jeden Schüler vergleichbare Kosten übernimmt.

39

JüL-Zwang macht 14 Prozent der Zweitklässler zu Sitzenbleibern

Die Pflicht zum JüL wird sofort abgeschafft

Die verpflichtende Einführung des jahrgangsübergreifenden Lernens (JüL), d.h. eine Altersmischung in den ersten beiden Klassen der Grundschule, stößt auf großen Widerstand bei Lehrern und Eltern. Die Lernerfolge sind fragwürdig. So steigt beispielsweise die Zahl der Wiederholer ständig: Zu Beginn des laufenden Schuljahres waren es mehr als 14 Prozent eines Jahrgangs!

Lösung: Die Pflicht zum jahrgangsübergreifenden Lernen muss abgeschafft werden. JüL stellt für viele Schulen aufgrund seines komplizierten und eigenwilligen Unterrichtsprinzips eine Überforderung dar. Nichts spricht dagegen, darauf spezialisierte Schulen JüL fortführen zu lassen. JüL funktioniert nur dort, wo es freiwillig stattfindet.

e20

Ein Teil der Zuwanderer besitzt nur geringe oder gar keine deutschen Sprachkenntnisse

Ein Großteil der in Deutschland lebenden Zuwanderer beherrscht die deutsche Sprache gut. Jedoch gibt es immer noch einen zu großen Anteil, der nur mangelhafte oder gar keine deutschen Sprachkenntnisse besitzt. Laut einer Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag des Bundesinnenministeriums trifft dies insbesondere auf türkischstämmige Zuwanderer zu. So tut sich in Deutschland jeder Fünfte mit türkischem Migrationshintergrund mit der deutschen Sprache schwer. In Berlin trifft dies sogar auf ein Drittel zu.

Lösung: Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Deshalb muss mit der Vermittlung von Sprachkenntnissen so früh wie möglich – spätestens in den Kindertagesstätten - begonnen werden. Ziel ist es, die Sprachkompetenzen aller Kinder mit und ohne Zuwanderungshintergrund bis zum Eintritt in die Schule altersgerecht herzustellen, damit alle eine gute Grundlage für ihren schulischen Erfolg haben. Daher muss der Anteil der Zuwandererkinder, die eine Kindertagesstätte besuchen, erhöht werden. Solange die wesentlichen Integrationsprobleme nicht behoben sind, halten wir die Einführung des Betreuungsgeldes für kontraproduktiv. Die verbindlichen Sprachstandsfeststellungen nach dem Gesetz zur vorschulischen Sprachförderung sind auf den Zeitpunkt zwei Jahre vor der Einschulung vorzulegen, um mehr Zeit für verpflichtende Sprachfördermaßnahmen zu gewinnen. Ebenso ist bei Förderbedarf der gezielte Sprachförderunterricht auf zwei Jahre zu verlängern. In den Kindertagesstätten sind die Sprachförderung in Vorbereitung auf den Schuleintritt zu systematisieren und die Fortschritte extern zu evaluieren. Die Kindertagesstätten sind nach Bedarf personell und materiell besser auszustatten. Dies hat Vorrang vor einer erweiterten Beitragsfreiheit für Eltern. Auch das regelmäßige gemeinsame Singen in deutscher Sprache wirkt unterstützend beim Spracherwerb. Das gemeinsame Singen sollte deshalb stärker als zuvor flächendeckend angeboten werden.

40

Sprachdefizite bei der Einschulung

Die Grundschule kann ihr Potenzial nicht entfalten, da die grundlegendste aller Voraussetzungen für den Lernerfolg fehlt: Etwa die Hälfte aller Vorschulkinder, die in Berlin einen Sprachtest absolvieren, weisen mangelnde Deutschkenntnisse auf.

Lösung: Die Deutschkenntnisse müssen so früh wie möglich mittels verpflichtender Sprachtests geprüft werden. Bei Defiziten ist der Besuch einer Förderklasse vor Einschulung verpflichtend.

Die Deutschkenntnisse werden durch Förderkurse vor der Einschulung auf ein ausreichendes Niveau gehoben

41

Jeder zehnte Berliner Schüler ohne Abschluss!

Mehr als 10 Prozent aller Berliner Jugendlichen verlässt die Schule ohne Schulabschluss. Diese an sich schon deprimierende Zahl wird angesichts des Fachkräftemangels und des hohen Anteils der Menschen ohne Berufsausbildung an der Gesamtzahl der Arbeitslosen noch alarmierender.

Lösung: Grundvoraussetzung für den Erwerb eines Schulabschlusses ist die Beherrschung der deutschen Sprache und der regelmäßige Schulbesuch. Durch frühzeitige Sprachtests sowie Sprachförderung (siehe dazu auch „Ein Teil der Zuwanderer besitzt nur geringe

oder gar keine deutschen Sprachkenntnisse“, Ergänzung Nr. e20) und die Inpflichtnahme der Eltern werden diese Voraussetzungen geschaffen. Die Eltern bzw. die Familien sind primär für die Vermittlung von Grundfertigkeiten wie beispielsweise Kochen verantwortlich. Ist dies nicht gegeben, sollte die Vermittlung von Grundfertigkeiten subsidiär durch die Schulen erfolgen. Mit gezielten Fördermaßnahmen müssen die leistungsschwachen Schüler bis zum erfolgreichen Abschluss begleitet werden. Für Schüler, die die Schule bereits abgebrochen haben, müssen Eingliederungsschulen geschaffen werden.

Die Deutschkenntnisse werden vor der Einschulung verbessert, die Schulpflicht wird durchgesetzt und es wird gezielt gefördert

e21

1/3 aller Berliner Drittklässler beim Leseverständnis unter Mindeststandards

Mehr als ein Drittel der Berliner Drittklässler haben im Jahre 2010 die Mindeststandards des sogenannten VERA-3-Tests beim Leseverständnis nicht erreicht. Dies ist ein verheerendes Ergebnis für die Bildungsreform des Senats, da der getestete Jahrgang JüL (Jahgangsübergreifendes Lernen) durchlaufen hat.

Lösung: Grundvoraussetzung für den Erwerb von Lese- und Schreibkompetenz ist die Beherrschung der deutschen Sprache und der regelmäßige Schulbesuch. Durch frühzeitige Sprachtests sowie Sprachförderung (siehe dazu auch „Ein Teil der Zuwanderer besitzt nur geringe oder gar keine deutschen Sprachkenntnisse“, Ergänzung Nr. e20) und die Inpflichtnahme der Eltern werden diese Voraussetzungen geschaffen. Die Förderung und Kontrolle der Lesekompetenz muss in der Grundschule umgesetzt werden. Neben der Motivation zum eigenständigen Lesen muss dort auch ein Anreiz bzw. sofern nötig ein „sanfter Druck“ zur Lektüre in der Freizeit geschaffen werden. Dabei sollten Schüler so frühzeitig wie möglich auch mit kulturellen Leitwerken bekannt gemacht werden.

e22

Studieren in Berlin - für Berliner Abiturienten fast unerreichbar

Mehr als die Hälfte aller Berliner Abiturienten studiert außerhalb von Berlin. Dies beruht häufig nicht auf einer freiwilligen Entscheidung, sondern auf der Studienplatznachfrage, die nirgends in Deutschland so hoch ist wie in Berlin. Das Verhältnis von Studienplatz zu Bewerbern liegt aktuell bei 1:7,3. In Bayern können deutlich mehr, nämlich 77 Prozent der Abiturienten, in ihrem Bundesland studieren. Es ist auch eine soziale Frage, dass Kinder aus Haushalten mit wenig Geld tatsächlich studieren.

Lösung: Eine Bevorzugung Berliner Abiturienten gegenüber Abiturienten anderer Bundesländer ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Mit einer Härtefallregelung, der stärkeren Anerkennung ehrenamtlichen Engagements, einer Erhöhung der Wartezeitquote und einer frühzeitigen Vermittlung der Zulassungskriterien durch die Berliner Gymnasien lässt sich das Problem jedoch entschärfen.

Ansturm auf die Hochschulen – Berliner Schüler benachteiligt

Die Zahl der Studienplätze wird dem Bedarf angepasst

Die Gesamtzahl der Studierenden hat einen Rekordwert in Deutschland erreicht. Durch die doppelten Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht wird es im kommenden Jahr sogar zu einer Verschärfung des Andrangs an den Universitäten kommen.

Lösung: Die Anzahl der Studienplätze muss dem veränderten Bedarf angepasst werden. Auch teure Studienplätze wie in Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften dürfen nicht aus Kostengründen ausgeklammert werden. Ganz im Gegenteil muss die Anzahl der Studierenden in diesen Studienfächern durch Anreize und Kooperationen mit der Wirtschaft gesteigert werden.

„Orchideenfächer“ werden ignoriert

Die Berliner Hochschullandschaft ist gekennzeichnet von einer deutschlandweit einzigartigen Vielfalt der Studienfächer. Dank dreier großer Universitäten und insgesamt mehr als 20 Hochschulstandorten in Berlin ist hier auch in den sogenannten „kleinen“ Fächern bisher exzellente Lehre möglich gewesen. Gerade diese sogenannten „Orchideenfächer“ vernachlässigt der Berliner Senat in seiner Hochschulpolitik jedoch und betrachtet sie häufig nur als lästige und ineffiziente Haushaltstitel, bei denen man ohne großes Aufheben Mittel einsparen kann.

Lösung: Gerade geisteswissenschaftliche Fächer machen zu einem guten Teil den Reiz und die Vielfalt der Berliner Hochschullandschaft aus. Durch sie ergeben sich in Berlin ganz andere Möglichkeiten für interdisziplinäres Forschen und auch für eine vernetzte Lehre. Die Erfahrung an den Berliner Hochschulen zeigt, dass gerade in diesen Fächern mit übersichtlichem Mitteleinsatz exzellente Forschungsergebnisse in immer wichtiger werdenden Gesellschaftsbereichen erzielt werden, die dem Wissenschaftsstandort Berlin weltweit große Aufmerksamkeit und Anerkennung einbringen. Eine verantwortungsvolle Strategie für die Berliner Wissenschaft muss daher auch und gerade die strategisch wichtige Rolle dieser vermeintlich „kleinen“ Fächer berücksichtigen und sie nicht nur als Objekt haushalterischer Kürzungen betrachten.

Studienreform ohne mehr Studienfreiheit

Der Senat errichtet mit seiner Novelle zum Berliner Hochschulgesetz neue bürokratische Instrumente, die Geld kosten und die Autonomie der Hochschulen gefährden, aber Studierenden nichts nützen. Die Hochschulen und die Studierenden haben sich zu Recht gegen dieses Vorhaben des Senats ausgesprochen.

Lösung: Die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes muss die Selbstverwaltung der Hochschulen weiter stärken und die Ausbildungsqualität auf exzellentem Niveau sichern und erhöhen. Die CDU setzt sich für ein Berliner Hochschulgesetz mit den Leitziele Eigenverantwortung, Wettbewerb und Qualitätssicherung in Forschung und Lehre ein. Außerdem müssen Hemmnisse bei der Erschließung zusätzlicher Finanzquellen, etwa im Bereich des Stiftungsrechts oder nichtstaatlicher Drittmittel, beseitigt werden. Zum Wiederaufbau weggekürzter Studienplätze muss die Finanzierungsgrundlage für einen Ausbau von ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studienplätzen berücksichtigt werden. Der zu erwartende Anstieg der Studierendenzahlen bis zum Jahr 2014 und das dann anhaltend hohe Niveau bis zum Jahr 2020 ist nicht nur eine Herausforderung, sondern bietet eine einmalige Chance, möglichst vielen jungen Menschen eine optimale Ausbildung im Hochschulbereich zu ermöglichen.

Mit einem neuen Hochschulgesetz wird die Selbstverwaltung der Hochschulen gestärkt und die Ausbildungsqualität erhöht

Kooperationen universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen vom Senat ungenügend gefördert

Berlin verfügt mit seinen Hochschulen und einer Vielzahl verschiedener außeruniversitärer Forschungseinrichtungen über eine einmalige Wissenschaftsinfrastruktur. Rot-Rot hat jedoch nie ein stimmiges Gesamtkonzept vorgelegt, um universitäre und außeruniversitäre Forschung miteinander zu verzahnen und abzustimmen. Die Einstein-Stiftung, die auch in diesem Zusammenhang als interdisziplinäres Netzwerk gedacht war, hat für eine bessere Kooperation bisher überhaupt keine Impulse gesetzt.

Lösung: Neben exzellenten Hochschulen besitzt Berlin eine herausragende Fülle an international renommierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen: Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft unterhalten in Berlin eine Reihe von Instituten, die hervorragende Forschungsleistungen erbringen und einen Großteil der jährlichen Bundesinvestitionen in die Berliner Wissenschaft (2009: 732 Millionen Euro) erhalten. Eine verantwortungsbewusste Wissenschaftspolitik muss Kooperationen zwischen universitären und außeruniversitären Einrichtungen in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen. In Berlin werden die vorhandenen Potenziale nicht annähernd ausgeschöpft. Baden-Württemberg hat mit einer gemeinsamen Führung der Universität Karlsruhe mit dem Forschungszentrum Karlsruhe vorgemacht, wie mit einer Bündelung von Kräften wissenschaftlicher Mehrwert mit exzellenter Lehre und effizientem Mitteleinsatz verbunden werden kann.

e25

Charité investiert nicht einmal 4 Prozent vom Umsatz, das ist weit weniger als die Hälfte der Konkurrenz

Die Charité gehört zu den weltweit bekanntesten medizinischen Einrichtungen, ihre Geschichte reicht bis in das Preußen des 18. Jahrhunderts. Sie hat eine Vielzahl herausragender Forscher und eine Reihe von Medizinnobelpreisträgern hervorgebracht. Heute ist die Charité mit einem Jahresumsatz von rund 1,2 Milliarden Euro und rund 13.000 Mitarbeitern zudem eines der größten Unternehmen Berlins. Rot-Rot mangelt es an Respekt und Engagement für diese einmalige Organisation: Der Investitionsstau summiert sich inzwischen auf über eine Milliarde. Die Investitionsquote liegt bei katastrophal niedrigen 3,3 Prozent, andere Universitätskliniken geben mehr als 8 Prozent aus, private Kliniken 11 Prozent. Die Sanierung des maroden Bettenhauses in Mitte wurde lange verzögert, die Kantine in Mitte musste sogar ganz schließen. Die Investitionsplanung des Finanzsenators, die nach dem Gesetz für mindestens 3 Jahre im Voraus festgelegt werden muss, reicht noch nicht einmal bis ins Jahr 2013. Die Folgen dieser Politik sind schon heute bei Berufungen zu spüren. Viele Lehrstühle sind ohne Perspektive. Die Qualität der Charité ist nachhaltig bedroht. Es ist wie bei der S-Bahn: erst wird an der falschen Stelle geknausert (von Sparen kann man nicht reden, denn im Ergebnis ist es das Gegenteil) und dann leiden alle an den Folgen.

Lösung: Wir haben zur Zukunft der Charité ein detailliertes Konzept, das die Exzellenz dieser einmaligen Einrichtung auch in Zukunft gewährleistet. Im Kern haben wir ein langfristiges Finanzierungskonzept erstellt, das die Charité wieder handlungsfähig macht. Dabei schlagen wir auch gleich neue Strukturen vor, die die anstehenden Aufgaben der Charité besser begleiten können, als sich zankenden Senatoren. Der Bund sollte stärker involviert werden.

e26

Kein Schwerpunkt Islamwissenschaften an Berliner Universitäten

Seit Jahren hintertreibt Rot-Rot die Etablierung von christlichem und islamischem Religionsunterricht an den Schulen, der angesichts der demographischen Entwicklung und regelmäßiger Missverständnisse sowie Irritationen nötiger denn je ist. Auch die sogenannte Imam-Ausbildung wird vernachlässigt. Die Berliner Hochschulen werden nicht bei der Einrichtung eines Schwerpunkt-faches „islamische Studien“ unterstützt. Dabei brauchen wir endlich eine fundierte Ausbildung von islamischen Religionslehrern an deutschen Universitäten, statt, wie bisher unter Rot-Rot, willkürlichem Zugang verschiedener islamischer Gruppierungen zu den Schulen.

Lösung: Das unionsgeführte Bundesministerium für Bildung und Forschung hat einen Wettbewerb zur Einrichtung von Zentren für islamische Studien ausgeschrieben, dessen beträchtliche Mittel auch dank der Untätigkeit des Berliner Senates nun nicht nach Berlin, sondern an die Universitäten Münster, Erlangen, Tübingen und Gießen gehen, in deren Umfeld sich keine besondere Konzentration muslimischen Lebens feststellen lässt. Dabei sind mittlerweile Schätzungen zufolge mehr als 10 Prozent aller Berliner muslimischen Glaubens – mit steigender Tendenz. In den Schulen steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens jedes Jahr. Berlin ist damit die Stadt, in der deutschlandweit die meisten Muslime leben. Die Weigerung des Berliner Senats, in Berlin flächendeckenden Religionsunterricht anzubieten und auf Deutsch unterrichtende Religionslehrerinnen und Lehrer auszubilden, konterkariert und hintertreibt die Integrationsbemühungen, der sich viele zivilgesellschaftliche Akteure mit großem Engagement widmen. Die Berliner Hochschulen bedürfen umfassender politischer Unterstützung, um auch in Berlin ein Zentrum für „Islamische Studien“ zu etablieren. So können auch hier künftig islamische Religionslehrer ausgebildet werden, die dann auf Deutsch unterrichten. Für die Stadt, in der deutschlandweit die meisten Muslime leben, muss das eine Selbstverständlichkeit sein.

e27

Berlin fehlen junge Akademiker

Berlins Wissenschaft und Wirtschaft stehen in einem weltweiten Wettbewerb um talentierte Akademiker. Berlin muss attraktiv bleiben und noch attraktiver werden.

Lösung: Berlin braucht junge Akademiker. Wir wollen eine Berlin Fellowship mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft initiieren, mit der gezielt junge Fachkräfte, Absolventen, postgradual Studierende sowie Doktoranden an Berlin gebunden beziehungsweise nach Berlin geworben werden sollen. Kern der Fellowship ist es, den Stipendiaten Kontakte zur Wissenschaft und Wirtschaft zu vermitteln und sie so in bestehende Netzwerke einzubinden. Dabei müssen wir auch gezielt die Standortvorteile Berlins, wie das kulturelle Angebot, die Vielfalt und die vergleichsweise niedrigen Lebenshaltungskosten betonen.

e28

Schule und Wirtschaft - kaum Verbindung

Die Bedeutung der Wirtschaft für unsere Gesellschaft wird in den Schulen ungenügend berücksichtigt. Das verschlechtert nicht zuletzt die Zukunftsperspektiven unserer Schüler.

Lösung: Die Wirtschaft ist ein elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft, sie bildet ihre materielle Grundlage und ist wichtiger Motor für gesellschaftliche Entwicklungen. Dennoch kommt die Wirtschaft in unseren Schulen kaum oder nur am Rande vor. Wir wollen den Bereich ökonomische Bildung nicht nur in den Lehrplänen stärken, sondern auch Wirtschaft und Schulen einander näher bringen. Dazu wollen wir für jede Berliner Schulklasse Patenunternehmen finden. Gerade für Schüler aus sozialschwachen Schichten kann dies eine Verbesserung ihrer Startchancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bewirken.

250 Polizisten werden
sofort neu eingestellt

44

Die Berliner Polizei wird kaputt gespart

Die Bürger leiden unter Wartezeiten beim Notruf und fehlender Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum. Polizeiabschnitte werden geschlossen. Die Stimmung bei der Berliner Polizei ist auf dem Tiefpunkt: Ein hoher Altersdurchschnitt, fehlende Aufstiegsmöglichkeiten und lange Verweilzeiten in geschlossenen Einheiten frustrieren die Berliner Polizisten.

Lösung: Als Sofortmaßnahme gegen die Überlastung, als sichtbares Zeichen für die Wichtigkeit der Polizeiarbeit und zum Schutz der Bürger werden 250 Polizisten eingestellt. Langfristig muss die Polizei so ausgestattet und organisiert werden, dass sie die Sicherheit der Bürger in der ganzen Stadt

45

Zunehmende Gewalt und Brutalität

Die Sichtbarkeit von Polizei
und Ordnungsdiensten im
öffentlichen Raum wird erhöht

Die Gewaltbereitschaft in Berlin nimmt stetig zu. Die Brutalität erreicht erschreckende Ausmaße. Nahezu keine Woche vergeht, ohne Meldungen über lebensbedrohlich verletzte Opfer. Die Angst der Bevölkerung wächst.

Lösung: Jede Form von Gewalt muss geächtet und konsequent geahndet werden (siehe dazu auch „Jugendliche Straftäter“, Problem Nr. 48). Darüber hinaus muss auch die Sicherheit der Berliner erhöht werden. Die Polizei muss regelmäßig auf den Straßen Präsenz zeigen. In Bahnhöfen muss Sicherheitspersonal bzw. Aufsichtspersonal sichtbar sein. Auch ein ehrenamtlicher Polizei- und Ordnungsdienst kann zur Verhinderung von Straftaten beitragen. Schließlich muss auch die Videoüberwachung ausgeweitet werden, da sie Erfolge bei Strafverfolgung (siehe U-Bahnschläger in Lichtenberg) bewirkt und damit zur Abschreckung beiträgt.

e29

Gewalt gegenüber sexuellen Minderheiten weiter auf hohem Niveau

Die Anzahl gezielter gewalttätiger Übergriffe gegenüber sexuellen Minderheiten ist in Berlin seit Jahren auf einem hohen Niveau. Viele Opfer melden Straftaten gar nicht mehr, da ihnen die Verfolgung der Täter aussichtslos erscheint.

Lösung: Die CDU Berlin ist stolz auf die Vielfalt der Lebensentwürfe und Lebensformen in unserer Stadt. Sie sind Ausdruck einer weltoffenen Metropole, in der jeder nach seiner Façon selig werden kann. Das ist beste Berliner Tradition und Zeichen bürgerlicher Liberalität, für die gerade unsere Partei steht. Für uns gilt aber auch: Wir wollen mehr Sicherheit und stehen für „null Toleranz“ gegenüber den Tätern. Um homophobe Gewalt zu bekämpfen, ist es erforderlich, dass die Polizei die spezifischen Erscheinungsformen der Kriminalität gezielt erfasst und auch die Motivation der Täter ermittelt. Die so gewonnenen Daten müssen analysiert und dabei besonderes Augenmerk auf Herkunft und kulturellen Hintergrund der Täter gerichtet werden. Die Erkenntnisse müssen dann zielgerichtet in die Gewaltprävention einfließen.

e30

Die Offenlegung der Identität von Polizisten greift in die Privatsphäre ein

Aufgrund der Kennzeichnungspflicht für Polizisten (z.B. durch Namensschilder) droht ein Eingriff in die Privatsphäre von Polizisten. Auch Kinder und Lebenspartner können dadurch in ihrer Sicherheit gefährdet sein.

Lösung: Die Kennzeichnungspflicht muss abgeschafft werden. Bereits mit der früheren Regelung war sichergestellt, dass die Identität eines Polizisten intern ermittelt werden kann. Eine Offenlegung der Identität gegenüber Dritten ist nicht erforderlich und soll wie bis zum Beginn dieses Jahres eine freiwillige Entscheidung des handelnden Beamten bleiben.

46

Berliner fühlen sich nicht mehr sicher

Egal ob Parks, öffentliche Verkehrsmittel oder öffentliche Plätze, jeder Berliner kennt Orte in seinem Kiez, an denen er sich nicht mehr sicher fühlt.

Lösung: Durch die Wiedereinführung der Kontaktbereichsbeamten, also Beamten, die in einem bestimmten Quartier durch kontinuierliche Kontaktaufnahme zu den Bürgern als Bindeglied zwischen Polizei und Bürger fungieren, wird die Prävention und das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessert.

Der Kontaktbereichsdienst wird wieder eingeführt

47

Drogenhandel in aller Öffentlichkeit

In Berlin finden kriminelle Handlungen häufig in aller Öffentlichkeit statt. Es entsteht der Eindruck rechtsfreier Räume und Angst bei Bürgern. Die Polizei ist viel zu selten präsent.

Lösung: Freiheit beinhaltet die Freiheit, sich ohne Furcht an jedem beliebigen Ort aufzuhalten. Es darf daher keine rechtsfreien Räume geben. Der konsequente Einsatz von Polizei und Videoüberwachung an Brennpunkten drängt Kriminalität zurück und vermittelt ein höheres Sicherheitsgefühl beim Bürger. Null Toleranz gegenüber Kriminalität finden wir richtig.

Polizeieinsätze und Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten werden intensiviert

e31

Wartezeit beim Notruf 110 und 112

Die Hilfsfrist, d.h. die Zeit zwischen einem Notruf und dem Eintreffen der Retter, wird in Berlin in einem Drittel der Fälle nicht eingehalten. Die Vorgabe, in 75 Prozent aller Fälle acht Minuten nach einem Notruf einzutreffen, wird nicht erreicht.

Lösung: Im Ernstfall kann eine Sekunde über Leben und Tod entscheiden. Polizei und Feuerwehr werden daher materiell und personell so ausgestattet, dass die Hilfsfristen eingehalten werden.

e32

Neues Arbeitszeitmodell geht auf Kosten der Polizei und der Bürger

Durch die Einführung eines neuen Arbeitszeitmodells leiden das Familienleben und die Gesundheit der Polizisten. Der Krankenstand in der Einsatzzentrale hat sich um bis zu 25 Prozent erhöht. Nach Angabe der Gewerkschaft der Polizei können dadurch Notrufe von Bürgern zeitweise nicht mehr angenommen werden.

Lösung: Die Polizei muss so organisiert werden, dass die Sicherheit der Bevölkerung jederzeit gewährleistet ist und auf die Belange der Polizisten Rücksicht genommen wird. Experimente, die auf Kosten dieser Schutzgüter gehen, müssen sofort beendet werden.

e33

Unterbringung rückfallgefährdeter Gewaltverbrecher

In Berlin ist kein Ort eingerichtet, in dem ehemals Sicherungsverwahrte so untergebracht und therapiert werden, dass sie keine Bedrohung für die Bevölkerung darstellen. Auch fehlt ein Konzept wie mit den Sicherungsverwahrten und ehemaligen Sicherungsverwahrten umgegangen wird.

Lösung: Seit einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte müssen einzelne Straftäter, bei denen die Sicherungsverwahrung rückwirkend angeordnet wurde, aus der Sicherungsverwahrung entlassen werden. Auch Berlin ist davon betroffen. Um auch in diesen Fällen einen wirksamen Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern zu gewährleisten, wurde das Therapieunterbringungsgesetz verabschiedet. Die notwendige Unterbringungsstelle wird umgehend eingerichtet und ein Konzept zum Umgang mit Sicherungsverwahrten beschlossen.

Gegen Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen wird staatlicherseits umgehend eingeschritten und die Eltern in die Pflicht genommen

48

Jugendliche Straftäter

Jugendliche Straftäter werden strafrechtlich nicht schnell und konsequent genug zur Verantwortung gezogen. Ein Erziehungseffekt kann sich so nicht einstellen.

Lösung: Jugendliche Straftäter müssen spätestens vier Wochen nach der Tat vor dem Richter stehen. Die Strafe muss stets fühlbar und der Tat angemessen sein. Die Einführung eines Warnschussarrests für strafmündige Täter ist sinnvoll. In der Regel beginnen die Fehlentwicklungen jedoch viel früher, so dass auch das Eingreifen des Staates viel früher erfolgen muss. Eine zentrale Rolle spielen die Eltern. Es ist das Ziel der Berliner CDU, die Elternverantwortung durch Angebote zur

Mitarbeit bereits in der Kita zu fördern. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass es unbelehrbare Eltern gibt, die dadurch nicht erreicht werden und die ihrem Kind durch mangelnde Elternverantwortung die Zukunft verbauen. Das Unterlassen der Ausübung elterlicher Sorge muss daher spürbar und kurzfristig sanktioniert werden. Wenn Kinder nicht zur Schule gehen oder straffällig werden, muss dies in einem gestuften Verfahren von einer Information der Eltern mit Handlungsaufforderung, im Erstfall über die Leistungskürzung der Kindergeld- und ALG II-Ansprüche und im Wiederholungsfall bis zum Entzug der elterlichen Sorge bei nachhaltiger Untätigkeit führen.

49

Straffällige Jugendliche halten Behörden zum Narren

Es wird ein geschlossenes Heim für jugendliche Straftäter eingerichtet

In Berlin existiert kein einziges geschlossenes Heim für straffällig gewordene Kinder. Die Unterbringung in offenen Betreuungseinrichtungen ist nicht sinnvoll, da die Kinder nach kurzer Zeit wieder verschwinden und weiter dem Einfluss ihres kriminellen Umfelds ausgesetzt sind.

Lösung: Berlin muss kurzfristig ein geschlossenes Heim einrichten. Nur so kann die Gesellschaft vor Straftaten geschützt, die Jugendlichen aus ihrem kriminellen Umfeld gelöst und der Eindruck eines handlungsunfähigen Staates beseitigt werden.

e34

Jugendliche begehen kriminelle Handlungen selbst unter staatlicher Aufsicht

Die Art der Betreuung Jugendlicher durch das Land Berlin ist inakzeptabel. In der letzten Zeit ist es zu schwerkriminellen Handlungen Jugendlicher gekommen, obwohl diese in einem Jugendhilfeprojekt untergebracht waren.

Lösung: Wenn Eltern dem Erziehungsauftrag nicht ausreichend nachkommen und deshalb der Staat an ihrer Stelle übernimmt, muss die Betreuung professionell ablaufen. „Buden ohne Betreuung“ und ohne Regeln darf es nicht länger geben. Jugendliche benötigen eine intensive Betreuung, wenn Defizite der Vergangenheit ausgeglichen werden sollen.

e35

Dealer geben sich als Kinder aus

In Berlin funktioniert die Lebensaltersbestimmung nicht. Dealer nutzen dies aus und geben sich immer häufiger als Kinder aus, obwohl sie bereits strafmündig sind.

Lösung: Die erforderlichen sachlichen und personellen Voraussetzungen, um das Lebensalter schnell, zuverlässig und gerichtsfest zu bestimmen, müssen kurzfristig geschaffen werden. Sobald sich herumspricht, dass die Behauptung Kind zu sein, nicht vor Strafe schützt, wird sich das Problem erledigen.

50

Zunehmende Attacken auf Polizisten, Rettungskräfte und Busfahrer

In letzter Zeit nimmt die Gewalt gegen Polizisten, aber auch gegen Sanitäter, Feuerwehrleute sowie Fahrer der BVG und der S-Bahn deutlich zu. Die Gewalt geht von Angetrunkenen, aber auch von Personen aus, die jede Form staatlicher Ordnungsmacht ablehnen. Dadurch wird das Leben der Helfer und hilfsbedürftiger Bürger gefährdet und das Gewaltmonopol des Staates infrage gestellt.

Lösung: Gewalt gegen oder Behinderung von Polizisten, Rettungskräften sowie Bus- und S-Bahn-Fahrern muss scharf sanktioniert werden. Nur so kann ein Ausufern dieses Phänomens verhindert werden. Die Berliner CDU wird sich für eine Gesetzesänderung einsetzen, die Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte und Busfahrer sowie die Behinderung ihrer Arbeit stärker unter Strafe stellt als einfache Körperverletzung.

Die Sanktionen für solche Attacken werden deutlich verschärft

51

Brennende Autos, Randalere und extremistische Gewalt

Die Zahl extremistischer Gewalttaten ist in den letzten Jahren gestiegen. Brennende Autos und bürgerkriegsähnliche Zustände zum 1. Mai gehören genauso zum Extremismus wie Angriffe auf Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder ihrer Religionszugehörigkeit.

Lösung: Der Staat und die Gesellschaft müssen klar zeigen, dass es für Extremisten jeglicher Couleur kein Pardon geben darf. Deshalb schlagen wir vor, einen runden Tisch zur Klärung und klaren Ächtung des Phänomens jeglicher extremistischer Gewalt einzurichten. Insbesondere linke Krawallmacher können sich noch zu häufig hinter den Anliegen ihrer Proteste verstecken. Autonome Gewalttäter müssen mit aller Härte verfolgt und bestraft

Jede Form extremistischer Gewalt wird verurteilt und entschieden bekämpft

52

Brandstiftungen in Wohnhäusern

Aktuell werden vermehrt Hausflure von Mehrfamilienhäusern das Ziel von Brandstiftungen. Angezündete Kinderwagen sind keine Dummengengstreiche, sondern gefährden Menschenleben.

Lösung: Die Kriminalitätsschwerpunkte sind je nach Bezirk sehr unterschiedlich. Die Polizei muss daher so organisiert werden, dass sie sich auf wandelnde und örtlich unterschiedliche Kriminalitätsschwerpunkte schnell einstellen kann. Zentrale Vorgaben sind dabei nicht hilfreich. Dem Problem der Brandstiftungen sollte zusätzlich durch eine Pflicht zum – auch nachträglichen – Einbau von Rauchmeldern in Mehrfamilienhäusern begegnet werden. Wir wollen die Bauordnung für Berlin entsprechend ergänzen.

Die Polizei wird so organisiert, dass sie umgehend auf sich ändernde Kriminalitätsschwerpunkte reagieren kann

e36

Kurze Speicherfrist bei Videoüberwachung behindert die Strafverfolgung

Aufnahmen von Überwachungskameras erleichtern die Aufklärung von Straftaten. Da die Speicherfrist für Videoaufnahmen in Berlin lediglich 24 Stunden beträgt, wird die Strafverfolgung unnötig erschwert.

Lösung: Die Speicherfrist von Videoaufzeichnungen muss endlich ausgeweitet werden. Die CDU fordert dies seit langem. Leider wurde der diesbezügliche Antrag der CDU in der Vergangenheit von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Das Berliner Meldegesetz wird umgehend geändert

53

200.000 Menschen nur zum Schein angemeldet

In Berlin sind rund 200.000 Menschen nur zum Schein angemeldet. Diese Scheinanmeldungen haben häufig einen kriminellen Hintergrund: Schuldner wollen Zahlungspflichten entgehen, Unterhaltsverpflichtete ihren Unterhaltspflichten, Kriminelle der polizeilichen Verfolgung. Betrüger nutzen Scheinanmeldungen, um ein Girokonto zu Betrugszwecken zu öffnen. In nicht wenigen Fällen wird widerrechtlich für Kinder, die sich dauerhaft außerhalb Deutschlands aufhalten, Kindergeld und Wohngeld kassiert. Dadurch geraten auch immer wieder Unbeteiligte, unter deren Adresse Kriminelle sich angemeldet haben, in polizeiliche Ermittlungen. Mittlerweile existieren sogar gewerbsmäßige Anbieter von Scheinadressen.

Lösung: Das aktuelle Meldegesetz erleichtert Scheinanmeldungen, da Bürger bei ihrer Anmeldung den Mietvertrag nicht mehr vorlegen müssen. Eine Änderung des Berliner Meldegesetzes erschwert diese kriminellen Machenschaften sofort und trägt dazu bei, den geschätzten Schaden (ca. 66 Millionen Euro allein in Berlin) zu reduzieren. Auch werden durch die Änderung Kosten gesenkt, weil sich die Notwendigkeit von Außenermittlern reduziert.

Die Strafverfolgungsbehörden werden personell und sachlich besser ausgestattet

54

Überlange Gerichtsverfahren

Strafverfolgungsbehörden und Gerichte sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Allein das Personal der Staatsanwaltschaft ist in den letzten zehn Jahren um mehr als 10 Prozent reduziert worden. Verfahren der kleinen und mittleren Kriminalität werden nicht selten aus „verfahrensökonomischen Gründen“ eingestellt.

Lösung: Die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen personell und sachlich so ausgestattet werden, dass Strafverfahren zeitnah eingeleitet und zügig abgeschlossen werden können. Effektive Strafverfolgung ist ein Mittel zur Abschreckung und dient damit der Sicherheit der Bürger.

Die Haftregeln werden konsequent durchgesetzt

55

Strafvollzug mit Handy und Drogen

Das Kontrollsystem in den Berliner Justizvollzugsanstalten funktioniert nicht: Handys und Drogen sind weit verbreitet.

Lösung: Das gesamte Kontrollsystem der Berliner Justizvollzugsanstalten muss auf den Prüfstand. Technische Möglichkeiten zur Durchsetzung der Haftregeln, wie zum Beispiel Handyblocker, müssen konsequent ausgeschöpft werden. Dabei ist auch zu prüfen, wo Privatisierung rechtlich möglich und finanziell sinnvoll ist.

30 Prozent der Zuwanderer sind arbeitslos, zu viele von staatlichen Leistungen abhängig

Von den in Berlin lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte waren am 31.12.2008 mehr als 30 Prozent arbeitslos im Vergleich zu 12,8 Prozent der Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Etwa 20 Prozent aller Berliner erhalten staatliche Transferleistungen im Vergleich zu 5 Prozent der Bayern und Baden-Württemberger. Zwei Drittel aller armutsgefährdeten Familien haben eine Zuwanderungsgeschichte. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und die in das Grundgesetz eingebaute Schuldenbremse werden wachsende Belastungen durch steigende Transferleistungen zukünftig nicht mehr zulassen.

Lösung: Um die Belastung der öffentlichen Haushalte zu reduzieren, müssen allen dauerhaft bei uns lebenden Menschen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, alle Bildungswege und Aufstiegschancen offenstehen, und wir müssen sie und uns verpflichten, diese Chancen zu ergreifen und ein eigenverantwortliches Leben anzustreben. Deutschland muss zur Bildungsrepublik und zur Aufsteigerrepublik für Einheimische und Zuwanderer werden. Dazu bedarf es umfangreicher Anstrengungen in den ersten Lebensjahren, im vorschulischen Bereich, in Schule und Berufsausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, in der Berufsqualifikation, im Studium und bei Unternehmensgründungen. Frühzeitige Sprachförderung, ein Netzwerk ehrenamtlicher Mentoren und Berufslotsen für den Übergang von der Schule ins Berufsleben, eine zukunftsorientierte Industriepolitik. Die Entwicklung spezieller Fort- und Weiterbildungsprogramme müssen dringend verstärkt werden. Der Abwanderung gut ausgebildeter Zuwanderer muss entgegen gewirkt werden.

Pflicht und Recht zur Teilnahme an allen, vor allem sprachlichen Bildungsangeboten sind Voraussetzung für gelungene Integration

Fast ein Fünftel der Berliner mit Migrationshintergrund hat keinen Schulabschluss

2007 verfügten 18,9 Prozent der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Alter von 25 bis 65 Jahren über keinen Schulabschluss im Vergleich zu nur 1,9 Prozent der Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. 2007 betrug die Schulabbrecherquote 7,3 Prozent bezüglich der Gesamtbevölkerung und 16 Prozent bei Ausländern.

Lösung: Das Ziel der Berliner CDU ist es, dass auch Kinder von Zuwanderern vermehrt die Bildungschancen unserer Schulen nutzen und sich somit aus eigener Kraft ein selbstbestimmtes, wirtschaftlich eigenständiges und von Sozialleistungen freies Leben ermöglichen. Grundlage für den schulischen Erfolg ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Daher müssen die Sprachkompetenzen aller Kinder – ob mit oder ohne Zuwanderungshintergrund – bis zum Eintritt in die Schule altersgerecht hergestellt sein. Sprachdefizite bei Schülerinnen und Schülern müssen durch gezielten Sprachförderunterricht beseitigt werden (siehe dazu auch „Ein Teil der Zuwanderer besitzt nur geringe oder gar keine deutschen Sprachkenntnisse“, Ergänzung Nr. e20). Darüber hinaus treten wir für eine Deutschpflicht an allen Berliner Schulen ein. Die Schulpflicht ist für alle Schülerinnen und Schüler und für alle Unterrichtsfächer (z.B. auch Sport- und Schwimmunterricht) konsequent durchzusetzen. Die Jugendsozialarbeit, die u. a. auch der Integration von Schulverweigerern und Unterrichtsstörern in den geregelten Unterricht dient, ist an den Schulen zu verstärken. Des Weiteren ist das Ganztagsangebot an Schulen in Zusammenarbeit mit Betrieben, Vereinen, Bildungspaten und Stiftungen auszubauen, im Falle erheblicher Leistungsdefizite, Leistungsverweigerung oder Verwahrlosung als verpflichtend anzuordnen und im Weigerungsfalle mit der Kürzung von staatlichen Leistungen an die Eltern durchzusetzen. Dafür sind die noch fehlenden gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Einstellung qualifizierter Lehrer mit Migrationshintergrund kann aufgrund ihrer Vorbildfunktion hilfreich sein. Die Schulen sollten mit den Eltern mit und ohne Zuwanderungshintergrund bei Bedarf Elternverträge abschließen, in denen die elterliche Verantwortung genau definiert wird, die Eltern zur Mitwirkung veranlasst und Sanktionen für den Fall mangelnder Mitwirkung festgelegt werden. Schließlich sollte ein Übersetzer-Pool verfügbar sein, den Lehrer um Hilfe bitten, wenn sie mit Eltern über das Fortkommen ihrer Schulkinder kommunizieren und erheblichen Sprachbarrieren begegnen.

Wer Parallelgesellschaften entgegenwirken will muss verhindern, dass gut integrierte Migranten aus ihrem Kiez wegziehen

57

Ein Teil der Zuwanderer schottet sich ab, es entstehen „Parallelgesellschaften“

In einer Reihe von Berliner Kiezen liegt der Zuwandereranteil bei über 60 Prozent der Bevölkerung. Dies trifft auf fünf Kieze in Kreuzberg und je vier in Mitte und Neukölln zu. Auch in Spandau, Lichtenberg, Schöneberg, Wilmerdorf und Reinickendorf entstehen Kieze mit einem Zuwandereranteil von deutlich über 30 Prozent. An manchen Schulen in diesen Kiezen beträgt der Anteil der Kinder mit Zuwanderungshintergrund über 80 Prozent.

Lösung: Um der Entwicklung und der Verfestigung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken, müssen die Lebensverhältnisse in den Kiezen mit hohem Zuwandereranteil so verbessert werden, dass sich die dort lebenden Einheimischen und gut integrierten Migranten nicht zum Wegzug veranlasst sehen. Dafür kann es hilfreich sein, wenn die dortigen Schulen Klassen

für Kinder mit guten Deutschkenntnissen einrichten, damit die Schulen ein attraktives Angebot an die Einheimischen und Zuwanderer mit guten Sprachkenntnissen machen können. Auch Investitionen in die Verbesserung der Infrastruktur, die Ansiedelung von Bildungseinrichtungen, Kunst und Kultur in Zusammenarbeit mit privaten Initiativen und der Zuzug durch Existenzgründer und junge Menschen, zum Beispiel Studierende, können die geschlossenen Strukturen aufbrechen und die Lebensverhältnisse verbessern. Ein weiteres wichtiges und bislang kaum genutztes Instrument liegt in der bedachten Vergabe von Mietwohnungen durch die städtischen Wohnungsbauunternehmen. Sie sollen angehalten werden, für eine ausgewogene Verteilung des von ihnen verwalteten Wohnungsbestandes zu sorgen. Dafür müssen die rechtlichen Bedingungen vorliegen.

e38

Zu viel Zuwanderung in die Sozialsysteme – zu wenig qualifizierte Zuwanderer

Zuwanderung wurde seit Beginn der 1970er Jahre mehr und mehr ungesteuert zugelassen. Anders als in den 1950er und 1960er Jahren wurde sie nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes oder sonstigen nationalen Interessen ausgerichtet.

Lösung: Durch das neue Zuwanderungsgesetz von 2005 ist das Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht auf der Grundlage verschiedener Richtlinien der Europäischen Union grundlegend neu geregelt worden. Es ist nun möglich, die Zuwanderung nach nationalen Interessen zu steuern. Die Erfahrungen mit den neuen Regelungen müssen kontinuierlich ausgewertet werden. Wenn der Familiennachzug zugelassen wird, muss neben den sonstigen gesetzlichen Vorgaben der Erwerb von Sprachkenntnissen vor dem Familiennachzug nachgewiesen werden. Dies dient nicht nur der Förderung der deutschen Sprachkenntnisse, sondern auch dem Schutz vor Zwangsehen. Die gesetzlichen Anforderungen und ihre Anwendung sind laufend daraufhin zu überprüfen, ob sie für die Integration der nachziehenden Ehegatten ausreichend sind. Denn es kommt darauf an, dass die nachziehenden Familienangehörigen integrationsfähig und –willig sind und die dazu erforderlichen Mindestvoraussetzungen an ihre deutschen Sprachkenntnisse und an ihre Kenntnisse an die deutsch-europäische Gesellschaftsordnung mitbringen. Die aufenthaltsrechtlichen Regelungen zur Integration (§§ 43 ff. des Aufenthaltsgesetzes) sehen neben den Förderansprüchen auf Teilnahme am Integrationskurs auch die Verpflichtung zur Teilnahme und die Sanktionierung der Nichtteilnahme vor. Ohne diese ist ein effektives „Fördern und Fordern“ nicht vorstellbar. Zuständig sind hier die Ausländerbehörden und die Jobcenter. Hier gilt es, die Praxis auf ihre Effektivität zu prüfen. Verpflichtungsregelungen laufen ins Leere, wenn es keine Sanktionspraxis gibt. Die Daten aus dem Migrationsbericht belegen: Immer mehr ausländische Wissenschaftler, Fachkräfte und leitende Angestellte finden in Deutschland eine berufliche Perspektive. Auch die Zahl von 240.000 ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen ist ein Beleg für die zunehmende Vielfältigkeit unseres Landes. Dies sollte für uns Ansporn sein, für Hochqualifizierte und motivierte Zuwanderer noch attraktiver zu werden. Wir benötigen ausländische Fachkräfte, damit wir unsere wirtschaftliche Führungsrolle auf vielen Weltmärkten sichern können. Daher sollten wir die Zuwanderung Hochqualifizierter fördern.

Die Sorgen und Ängste der Einheimischen werden in der Integrationsdebatte oftmals nicht hinreichend berücksichtigt

Integration kann nur mit und nicht gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung gelingen. In Umfragen und öffentlichen Debatten äußern Einheimische häufig ihre Sorgen und Ängste vor Überfremdung, Ausnutzung des deutschen Sozialstaates, steigender Kriminalität und der sozialen Sprengkraft zwischen den Parallelgesellschaften. So glauben nach einer Emnid-Umfrage vom 11.10.2009 etwa 51 Prozent der Deutschen, dass 70 Prozent der türkischen und 90 Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin nicht integrationswillig oder integrationsfähig sind. 40 Prozent der Berliner sind nach einer Umfrage von Infratest dimap vom Dezember 2009 für ein Minarettverbot. Viele Mitbürger mit diesen Besorgnissen fühlen sich und die deutschen Interessen politisch nicht vertreten. Wagen sie, ihre Besorgnisse zu äußern, müssen sie befürchten, dass sie deswegen verlacht und verhöhnt oder moralisch verurteilt werden. Sie schweigen daher, unterdrücken ihre Besorgnisse und ziehen sich zurück, bis sich ihre Stimmung in Umfragen wie den vorgenannten entlädt. Das können wir nicht wollen.

Lösung: Wir machen es uns zu leicht, wenn wir der Integrationsskepsis vieler Einheimischer immer gleich mit der „moralischen Keule“ begegnen. Damit nehmen wir ihnen die Sorgen nicht und gewinnen sie auch nicht für gemeinsame Integrationsanstrengungen.

Für eine erfolgreiche Integration ist es aber erforderlich, dass beide Seiten daran mitwirken. Denn Integration kann nicht staatlich angeordnet werden. Sie benötigt die Mitwirkung aller, der Einheimischen wie der Zuwanderer, im Alltag in den Kiezen und Vereinen, an Schulen und am Arbeitsplatz. Wenn sich ein Teil der Gesellschaft der Integration verweigert, dann kann auch der Staat nur wenig erreichen. Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit können nur wachsen, wenn die Beteiligten die Gemeinschaft auch wollen. Daher ist es erforderlich, dass wir die Menschen zusammenführen und ihnen ihre Ängste und Sorgen nehmen. Dazu bedarf es verantwortungsvoller politischer Führung. Diese muss zum einen deutlich machen, dass eine kluge Integrationspolitik neben den Interessen der Zuwanderer auch die deutschen Interessen berücksichtigt. Dies ist in der Vergangenheit nicht geschehen. Je glaubwürdiger deutsche Interessen vertreten werden, desto größer wird die Unterstützung der Integration der Zuwanderer und desto kleiner wird die Zahl der Skeptiker. Zum anderen müssen Einwanderer wie Einheimische davon überzeugt werden, dass eine gelungene Integration in ihrem eigenen wie im gemeinsamen Interesse liegt und dass sie im selben Boot sitzen. Das ist bislang nicht geschehen.

Wer deutsche Interessen glaubwürdig vertritt, macht Integration für Zugereiste attraktiv – und verhindert das Aufkommen von Ängsten

e39

Ein Teil der Zuwanderer will sich nicht in Deutschland integrieren und akzeptiert unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung nicht

In Berlin leben Menschen aus 190 verschiedenen Ländern. Mit einem Großteil dieser Menschen funktioniert das Zusammenleben in unserer Stadt reibungslos. Jedoch gibt es auch Zuwanderer, die sich nicht integrieren wollen und unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung nicht akzeptieren.

Lösung: Der wirtschaftliche Aufstieg ist nur die eine Seite der Medaille der Eingliederung von Zuwanderern. Ebenso wichtig ist, dass sich die dauerhaft bei uns lebenden Menschen zu den Grundwerten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, diese Werte leben und an ihre Kinder weitergeben und sich mit Deutschland als ihrem Land identifizieren. Doch wie können wir erwarten, dass Zuwanderer Enthusiasmus für Deutschland und den demokratischen Rechtsstaat entwickeln, wenn wir nicht selbst begeistert unsere Werte leben? Wie können wir von Zuwanderern ein Bekenntnis zu unseren Werten fordern, wenn wir nicht selbst Stolz auf unser Land empfinden und wenn wir nicht selbst unsere Wertschätzung für unser Land, unsere Geschichte und Kultur und unsere demokratische Ordnung zum Ausdruck bringen, in dem wir sie als unantastbar und als Grundlage eines zivilisierten Zusammenlebens einfordern? Erfolgreiche Integrationsländer wissen ihre Zuwanderer mit ihrem Patriotismus anzustecken. Diesem Beispiel sollten wir folgen. Sichtbares Zeichen für die Identifizierung mit unserem Land ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Wir wollen, dass alle dauerhaft bei uns lebenden Zuwanderer die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und dazu die Voraussetzungen für ihren Erwerb erfüllen. Sie sollte eine Auszeichnung sein für die, die sich erfolgreich eingegliedert haben. Ihre Verleihung soll der Regelfall und nicht wie heute die Ausnahme sein.

Migranten dominieren die Kriminalitätsstatistiken

Recht und Ordnung müssen kompromisslos durchgesetzt werden.

Ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik für 2010 handelt es sich bei rund 70 Prozent der sogenannten Intensivtäter in Berlin um Jugendliche und Heranwachsende mit Zuwanderungshintergrund. Zu den Tatsachen gehört auch, dass in bestimmten Stadtteilen Polizeieinsätze durch blitzartige Zusammenrottung von ethnischen Gruppen gewaltsam unterbunden worden sind. Oftmals stehen inakzeptable Vorstellungen von Familien- und Clan-Ehre über dem Respekt für den einzelnen Polizeibeamten und die staatliche Ordnung. Dies beschädigt in erheblichem Maß die Autorität der Träger staatlicher Ordnung, insbesondere der Polizei.

Lösung: Eine kleine Minderheit von zum Teil schwerstkriminellen Tätern mit Zuwanderungshintergrund hat das Bild vieler Berliner von unseren Zuwanderern negativ geprägt. Dem müssen wir entgegenreten. Gleichzeitig muss klar sein, dass wir in unserer Stadt keine rechtsfreien Räume dulden. Das Gewaltmonopol des Staates und Recht und Ordnung müssen durchgesetzt werden. Rechtskräftig verurteilte nichtdeutsche Straftäter sind nach geltender Rechtslage abzuschieben. Integration ohne Sicherheit ist nicht realisierbar. Es bedarf daher erheblicher Anstrengungen sowohl im präventiven als auch im repressiven Bereich, um auch diese Form der Kriminalität ideologiefrei zu bekämpfen. Das gilt selbstverständlich nicht nur für Kriminalität aus den Reihen der Zuwanderer, sondern für jede Form von Kriminalität. Im Bereich der Prävention bei der Jugendkriminalität ist zum Beispiel das sogenannte Intensiv- und Schwellentäterkonzept der Berliner Justiz weiter zu entwickeln. Auch müssen die Voraussetzungen für eine schnelle Ahndung von Delikten im Jugendkriminalitätsbereich weiterentwickelt werden. Das sogenannte Neuköllner Modell der verstorbenen Jugendrichterin Kirsten Heisig ist auf ganz Berlin auszuweiten.

Integrationspolitik - trotz hoher Kosten geringe Wirkung und mangelnde Nachhaltigkeit

Die Ergebnisse der bisherigen integrationspolitischen Interventionen des Staates sind zweifelhaft. Es ist viel Geld ausgegeben und dabei wenig erreicht worden. Es existieren keine wohl strukturierten Mechanismen, die den Ordnungsrahmen darstellen. Integrationspolitik konzentriert sich darauf, über eine Vielzahl von Projekten das staatliche Füllhorn gleichmäßig wie mit einer Gießkanne auszuschenken. Eine Kontrolle des zu erwartenden und des erzielten Nutzens findet nicht statt. So sieht kein verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern aus. Es verwundert daher nicht, dass viele Bürger in den Problemkiezen den ineffizienten Einsatz ihrer Steuergelder in der Integrationspolitik als Verschwendung erleben.

Lösung: Die Kosten einer erfolgreichen Integration sind geringer als die Kosten mangelnder Integration. Es ist im gemeinsamen Interesse aller, dass die Menschen in der Lage sind oder in die Lage versetzt werden, sich und ihre Familie durch eigene Erwerbstätigkeit zu unterhalten und dies als erstrebenswertes Ziel eines selbstbestimmten Lebens erkennen. Daher sind alle effektiven Maßnahmen hierzu im gemeinsamen Interesse. Dazu gehört der volle Zugang zu Bildung, Ausbildung, beruflicher Qualifikation und zum Arbeitsmarkt. Wenn dies nicht gelingt, werden die betroffenen Menschen die Solidargemeinschaft dauerhaft in Anspruch nehmen müssen und Mittel binden, die dann nicht für andere Zwecke zur Verfügung stehen. Zugleich entsteht die Gefahr des Abrutschens in die Kriminalität. Das kann niemand wollen. Entscheidend ist, dass wir unsere Anstrengungen auf den Teil der Zuwanderer konzentrieren, der erhebliche Integrationsdefizite aufweist. Ziel ist die Beseitigung der Integrationshemmnisse wie mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, Abbruch von schulischer und beruflicher Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und zu geringe Einbürgerungsquote. Steuermittel sind nicht mit der Gießkanne zu verteilen. Vielmehr sind Investitionen gezielt zur Beseitigung dieser Integrationshemmnisse vorzunehmen. Darüber hinaus sollte die Verantwortung für Integrationspolitik in Berlin klar geregelt und in der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters gebündelt werden.

Die Integrationsleistung vieler Zuwanderer wird nicht anerkannt

In Berlin leben etwa 872.000 Menschen mit Zuwanderungshintergrund. Viele von ihnen sind gut in das Leben unserer Stadt eingegliedert. Sie leisten als Ärzte, Polizisten, Handwerker, Händler, Arbeitnehmer und Unternehmer einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unserer Stadt. Sie identifizieren sich mit Berlin und unserem Land. Sie fördern als ehrenamtlich Engagierte unser Gemeinwesen. Oftmals rückt ihre Integrationsleistung in der öffentlichen Debatte aber in den Hintergrund. Die Diskussion um Probleme im Bereich der Integration überschattet oftmals die Anerkennung der Erfolge.

Lösung: Wir dürfen nicht zulassen, dass eine Minderheit von Zuwanderern, die unsere Gesetze und unsere Grundwerte missachtet und sich nicht in unsere Gesellschaft integrieren will, unser Gesamtbild von Zuwanderern negativ prägt. In unserer Stadt gibt es zahlreiche positive Beispiele gelungener Integration, die als Vorbilder dienen. Die Berliner CDU tritt dafür ein, eingliederungswillige Zuwanderer willkommen zu heißen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass wir zur Gemeinschaft mit ihnen bereit sind. Denn wer sich ausgegrenzt und nicht willkommen fühlt, den kann man auch nicht zur Mitwirkung gewinnen. Zu einer gelungenen Integrationspolitik gehört aber auch der offene Umgang mit Missständen. Diese müssen in unserer Stadt sachlich und ohne Verallgemeinerungen diskutiert werden dürfen. Eine Tabuisierung von Problemen aus falsch verstandener Toleranz hilft keinem weiter – am wenigsten den Zuwanderern selbst. Unser Ziel ist eine kulturell vielfältige Gesellschaft vollberechtigter Bürger, deren einigendes Band die deutsche Staatsangehörigkeit, die deutsche Sprache und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit soll Ziel und Motor einer gelungenen Integration sein, eine Anerkennung für die erbrachte Integrationsleistung. Dazu ist es wichtig, dass die Einbürgerungen würdig verlaufen. Wenn die Einbürgerung als Vollzug eines Verwaltungsaktes empfunden wird, verfehlen wir die Integrationskraft der Einbürgerung.

**Leistungen anerkennen,
Probleme nicht verschweigen:
Zur Integration gehört Offenheit
und Ehrlichkeit**

Migrantische Eliten wandern aus

Hoch qualifizierte Migranten müssen einfacher auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen können

Immer mehr gut integrierte und gut ausgebildete Migranten kehren Deutschland den Rücken und wandern in ihre Herkunftsländer aus, um dort zu arbeiten. So ergab beispielsweise eine vom „Zentrum für Türkeistudien“ in Auftrag gegebene Untersuchung des Kreifelder Forschungsinstituts futureorg, dass 36 Prozent der türkischen Akademiker und Studierenden in Deutschland ihre Zukunft nach dem Studium in der Türkei sehen. Besonders unter Naturwissenschaftlern, Medizinerinnen und Ingenieuren ist die Abwanderungsbereitschaft laut Studie sehr hoch. Dies ist nicht nur mit Blick auf den Fahrkräftemangel ein Problem.

Lösung: Angesichts des fortschreitenden demografischen Wandels sind Deutschland und Berlin dringend auf gut ausgebildete Zuwanderer angewiesen. Daher muss der anhaltenden Abwanderung der Eliten unter den Zuwanderern dringend begegnet werden. Dies gelingt nur, wenn wir ihnen die Chancen und Möglichkeiten, die sie im Ausland suchen, auch in Deutschland bieten und ihnen das Gefühl vermitteln, dass sie hier willkommen sind. Dafür muss die immer noch herrschende strukturelle Benachteiligung abgebaut werden. So belegt eine Studie der OECD, dass Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt bei gleicher Qualifikation schlechtere Aussichten haben, überhaupt zum Gespräch eingeladen zu werden. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Auch ist es höchste Zeit, vergleichbare ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse anzuerkennen (siehe dazu auch „Im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen werden in Berlin zu oft nicht anerkannt“, Problem Nr. 62). Darüber hinaus sind die bürokratischen Hindernisse für ausländische Studierende, die ihr Studium an einer deutschen Hochschule absolviert haben, abzubauen, um ihnen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Derzeit können selbst gute Absolventen an Berliner Hochschulen – obwohl dringend gebraucht – wegen ihres Ausländerstatus nur in engen Grenzen bzw. nach aufwendigen Verwaltungsverfahren eine Stelle in Berlin antreten. Wir wollen den umgekehrten Weg gehen und diese Menschen langfristig an Berlin binden, gerade indem sie als Hochqualifizierte unbürokratisch eine Berufstätigkeit aufnehmen können.

Im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen werden in Berlin zu oft nicht anerkannt

Viele Zuwanderer aber auch Deutsche stehen vor dem Problem, ihre im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Abschlüsse auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht optimal verwerten zu können, weil Bewertungsmaßstäbe und Bewertungsverfahren fehlen. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 300.000 Menschen davon betroffen sind. Die bisherigen Regelungen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen sind unzureichend und wenig einheitlich: In vielen Fällen führen sie zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen.

Lösung: Deutschland kann es sich nicht erlauben, die Potenziale von Zuwanderern ungenutzt zu lassen. Dies gilt insbesondere mit Hinblick auf den Fachkräftemangel. Deshalb unterstützt die Berliner CDU das im März 2011 vom Bundeskabinett verabschiedete sogenannte Anerkennungs-gesetz. Nach dem Gesetzentwurf soll jeder Bürger mit einem ausländischen Abschluss einen Rechtsanspruch erhalten, dass innerhalb von drei Monaten seine Qualifikation geprüft werden muss. Damit wird die die Approbation erstmals unabhängig von der Staatsbürgerschaft vergeben. Zudem soll eine zentrale Auskunftsstelle für Migranten eingerichtet werden, die Interesse an einem Anerkennungsverfahren haben. Die Bundesländer sind nun angehalten, ihrerseits tätig zu werden und gesetzliche Regelungen auf den Weg zu bringen, da sie für viele Berufe selbst zuständig sind - wie beispielsweise für den Lehrerberuf, für Sozialberufe und für Ingenieure. Dieser Prozess ist auch in Berlin mit Nachdruck zu verfolgen, um schnellstmöglich einheitliche Rahmenbedingungen in ganz Deutschland zu schaffen.

Jeder Zugezogene soll nach spätestens drei Monaten wissen, ob sein Bildungsabschluss anerkannt wird

Zuwanderer sind im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert

In anderen europäischen Metropolen wie Paris oder London gehören Mitarbeiter mit Zuwanderungshintergrund im öffentlichen Dienst zum Alltag, in Berlin sind sie weiterhin unterrepräsentiert. Dabei sind Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen, beispielsweise bei Polizei, Feuerwehr und in der Verwaltung, gerade in einer Stadt wie unserer sehr hilfreich.

Lösung: Der öffentliche Dienst ist für befähigte Bürger mit Zuwanderungshintergrund weiter zu öffnen. Zuwanderer sollten für die Aufnahme beruflicher Tätigkeiten im öffentlichen Dienst motiviert werden. Das ist aus mehreren Gründen sinnvoll: Zum einen hat dies Vorbildfunktion für andere Zuwanderer. Zum anderen führt es zu einer größeren Identifikation von Menschen mit Zuwanderungshintergrund mit unserer Stadt und unserem Land. Schließlich sind ihre Kompetenzen sprachlicher und kultureller Art für die öffentliche Verwaltung eines Gemeinwesens mit mehr als 25 Prozent Zuwanderer hilfreich. Gesetzliche Regelungen zur Förderung der Einstellung von Migranten lehnen wir allerdings ab. Relevantes Einstellungskriterium kann nur die Qualifikation sein. Die Qualifizierung von Bewerbern mit Zuwanderungsgeschichte ist zu fördern.

Bürgerbeteiligung muss frühzeitig und transparent erfolgen

63

Bürgerbeteiligung – spät, bürokratisch und langsam

Bürger werden nicht wirklich rechtzeitig angehört. Stattdessen gibt es abstoßende Kämpfe zwischen Verwaltung und engagierten Bürgern.

Lösung: Bürgerinnen und Bürger müssen früher und nachhaltiger als bisher in öffentliche Planungsprozesse einbezogen werden. Maximale Transparenz ist die Grundlage hierfür. Gleichzeitig muss jedoch sichergestellt werden, dass sich Genehmigungsverfahren dadurch nicht verlangsamen. Deshalb sollen

alle Planungsschritte von Anfang an für Jedermann öffentlich zugänglich im Internet dokumentiert werden. Geleitet durch eine unabhängige Verfahrensstelle soll zwei Monate nach der Anmeldung eines Vorhabens die Entscheidung über eine erneute förmliche Anhörung, keine Anhörung oder eine Bürgerbefragung je nach Verlauf des bisherigen Verfahrens getroffen werden (siehe dazu auch „Die Verwaltung leistet nicht, was der Bürger braucht“, Problem Nr. 25).

64

Viele Ortskerne ersticken im Durchgangsverkehr

A 100 und TV-O lassen den Verkehr wieder fließen

Die straßenverkehrliche Infrastruktur in vielen Ortskernen, zum Beispiel in Karlshorst, Friedrichsfelde, Biesdorf-Süd, Blankenburg, Karow und Heinersdorf, ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass es an leistungsfähigen Tangentialverbindungen und Schnellstraßen fehlt. Somit sind Autofahrer gezwungen, sich durch überfüllte Straßen zu quälen, die vielfach mitten durch Wohngebiete und intakte Stadtquartiere führen.

Lösung: Ziel muss es sein, diese Gebiete insbesondere im innerstädtischen Bereich vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Berlin braucht ein leistungsfähiges Verkehrssystem

mit einem geschlossenen Innenstadtring. Durch eine Verlängerung der A 100 vom Autobahndreieck Neukölln zum Treptower Park (16. Bauabschnitt) und einer späteren Verlängerung zur Frankfurter Allee (17. Bauabschnitt) könnten große Bereiche der Innenstadt, insbesondere Wohngebiete in Neukölln, Treptow, Kreuzberg, Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Mitte, endlich nachhaltig vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Die CDU fordert eine Volksbefragung über die A100-Bauabschnitte 16 und 17. Zudem muss die Tangentialverbindung Ost (TVO) zwischen der Straße An der Wuhlheide und der Märkischen Allee fertig gestellt werden.

65

Berlins Innenstadt für Straßenverkehr laufend blockiert

Moderne Parkraumkonzepte und ausreichender Straßenbau entlasten die Innenstadt

Berlins Innenstadt erstickt im Durchgangsverkehr. Der Teilausfall der S-Bahn führt zu vermehrter Pkw-Nutzung. Ein miserables Baustellenmanagement und vermeidbarer Parksuchverkehr tragen zum Verkehrschaos ebenso bei wie Lkw-Transitverkehr, der sich die Autobahnmaut sparen will.

Lösung: Transitverkehre, die gar nicht erst in die Stadt gelangen, sondern weiträumig

abgeleitet werden, können die Innenstadt auch nicht verstopfen. Die CDU steht deshalb zum Weiterbau der Stadtautobahn A100 und langfristig zur Vollendung des Stadtautobahnringes. Die Tangentialverbindung Ost (TVO) muss fertig gestellt werden. Die Innenstadt selbst braucht ein modernes Parkleitsystem zur Vermeidung von Parksuchverkehr. Mautgebühren für den Lastkraftverkehr müssen intelligent aufeinander abgestimmt werden.

66

Gerade in zentral gelegenen Gebieten gibt es zu wenige Parkplätze

Stellplatzobergrenzenverordnung verhindern

Gerade in zentral gelegenen Gebieten gibt es zu wenige Parkplätze. Das sorgt für unnötigen Parksuchverkehr mit der Folge übermäßiger Belastung mit Lärm und Staub. Die geplante Stellplatzobergrenzenverordnung verschärft die Problematik noch.

Lösung: Die vom Senat geplante Stellplatzobergrenzenverordnung ist ein Schritt in die falsche Richtung – sie muss verhindert werden. Bei Neubauvorhaben und verkehrsplanerischen Entscheidungen ist die Schaffung ausreichender Parkplatzzapazitäten unabdingbar.

67

LKW verstopfen Stadtautobahn A100

LKW, auch im Transitverkehr, nutzen die Stadtautobahn A100 an Stelle des Berliner Rings (A10). Sie fahren eine Abkürzung und verstopfen damit die westliche Stadtautobahn, besonders in der Nähe des chronisch hoch belasteten Dreiecks Funkturm, sowie die mautfreien B1, B5, B96.

Lösung: Die Autobahnmauten auf Stadtautobahn und Berliner Ring sind intelligent aufeinander abzustimmen. Für die Bundesstraßen, die das Berliner Stadtgebiet kreuzen, müssen Mautlösungen und Gewichtsbegrenzungen geregelt werden. Die Ausschilderungen für den LKW-Fernverkehr an Bundesautobahnen und sonstigen Fernstraßen müssen optimiert werden.

Ein intelligentes LKW-Mautsystem kassiert nicht nur ab, sondern lenkt den Verkehr

68

Baustellenchaos

Miserables Baustellenmanagement sorgt für unnötige Endlos-Staus und ständige Verspätungen bei Bussen und Bahnen.

Lösung: Die Baustellenkoordination gehört ins Internet. Alle staatlichen Stellen (auch die BVG, die Wasserbetriebe usw.) müssen alle ihre Vorhaben schon im Planungsstadium ins Internet mit Umfang und Daten stellen. Mittelfristig soll dies automatisiert mit der städtischen Software funktionieren. Der Eintrag wird nicht nur aufgelistet, sondern automatisch in einem Stadtplan grafisch aufbereitet. Private Bauherren müssen dies vor der Einholung von Genehmigungen ebenfalls tun. Damit herrscht nicht nur Transparenz, vielmehr werden Bauunternehmen bei der Suche nach Aufträgen Einsparpotenzial und Doppelungen etc. erkennen und zu ihrem Vorteil und zum Nutzen der Allgemeinheit Bündelungen vorschlagen. Anwohner, interessierte Bürger und Medien werden übermäßige Belastungen rechtzeitig erkennen und politischen Einfluss erzeugen.

Alle Baustellentätigkeiten gehören transparent ins Internet

e42

Rund um den Hauptbahnhof: Willkommen in der Tristesse

Der gegenwärtige Zustand des Hauptbahnhofumfelds ist durch großflächige Tristesse, dauerhaftes Verkehrschaos und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. So darf der erste Eindruck für Besucher der deutschen Hauptstadt nicht aussehen.

Lösung: Das Bahnhofsumfeld braucht ein neues Halte- und Parkplatzkonzept, vor allem auch für den Taxiverkehr. Die S21-Südschleife muss gebaut werden. Das Bahnhofsumfeld braucht eine gemischte Baunutzung, nicht eine seelenlose Ansammlung von 08/15-Bürogebäuden und Billighotels. Eine neue Planung für die Hauptbahnhof-Umgebung muss dichte Stadtkultur an der Spree und am Humboldthafen vorsehen.

e43

Taxichaos am Hauptbahnhof und Flughafen Schönefeld

Die Taxikonzepte am Hauptbahnhof und Flughafen Schönefeld behindern die Arbeit der Berliner Taxifahrer eher, als dass sie sie ermöglichen. Es fehlen Stell- und Nachrückplätze. Außerdem werden in Schönefeld brandenburgische Taxis unfair bevorzugt.

Lösung: Am Hauptbahnhof ist ein grundlegend neues Taxikonzept notwendig, welches den Bedürfnissen von Taxigästen und Taxifahrern endlich Rechnung trägt. Ausreichende Stell- und Vorfahrtplätze und kurze Wege für alle Beteiligten stehen hier im Mittelpunkt. Ähnliches gilt für den Flughafen in Schönefeld, wo zusätzlich die Benachteiligung der Berliner Taxifahrer gegenüber ihren Brandenburgischen Kollegen beendet werden muss.

Unsinnige Tempo-30-Regelungen abschaffen

69

Tempo 30 als Autofahrerschikane

Auf immer mehr Hauptverkehrsstraßen wird völlig sinnlos „Tempo 30“ angeordnet. Dies bewirkt auch, dass der Verkehr in die Anwohnerstraßen gedrängt wird. Absurdes Musterbeispiel: Auf dem Mariendorfer Damm (B96) sind ganze 255 Meter Bundesstraße ohne jeden Bezug zu Schulen, Kindergärten oder anderen Verkehrsströmen als Tempo-30-Strecke ausgewiesen.

Lösung: Alle Tempo-30-Anordnungen an Hauptstraßen müssen überprüft werden, Ausnahmen sind Bereiche vor Schulen, Kitas und ähnlichen Einrichtungen. Unsinnige Tempo-30-Anordnungen an Hauptstraßen sind abzuschaffen.

70

Berlins öffentliche Infrastruktur verfällt, doch der Senat kürzt die Mittel

Die öffentliche Infrastruktur muss ausreichend finanziert werden

Schulen, Straßen, Kindergärten – der Sanierungsbedarf an öffentlichen Gebäuden geht über die Milliardengrenze. 75 Prozent aller Berliner Straßen sind laut ADAC beschädigt.

Lösung: Bauunterhaltungsmittel dürfen nicht weiter zum Stopfen von Haushaltslöchern zweckentfremdet werden. Die Bezirke müssen ausreichend Geld erhalten, um ihre Hoch- und Tiefbauinfrastruktur erhalten zu können. Dabei geht Sanierung und Instandsetzung vor Neubau. Allein für die Straßeninstandsetzung sind nach Auffassung von CDU, ADAC und Wirtschaftsverbänden 600 Millionen Euro notwendig.

e44

Schilderwald verwirrt Verkehrsteilnehmer

Wir müssen endlich eine Evaluierung der gesamten Verkehrsbeschilderung vornehmen. Es kommt immer wieder vor, dass Beschilderungen im öffentlichen Raum nicht immer an geänderte Regelungen bzw. Verkehrsverhältnisse angepasst wurden. Zudem werden durch ständig neue Reglementierungen des Straßenverkehrs zusätzliche Schilder angebracht. Dies führt zu mehr Unübersichtlichkeit und Verwirrung bei den Verkehrsteilnehmern.

Lösung: Die Verkehrsbehörden müssen so ausgestattet werden, dass sie die gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Verkehrsschauen durchführen können. Überflüssige Schilder müssen abgebaut werden.

e45

Radfahren in Berlin gefährlicher als in Polen

70 Prozent der Verkehrstoten in Berlin sind Radfahrer oder Fußgänger, ein trauriger Spitzenwert. Das Radfahren in Berlin ist damit nicht nur deutlich gefährlicher als im Rest der Republik (Durchschnitt: 24 Prozent), Berlin ist für Radfahrer sogar riskanter als Polen (42 Prozent). Diese dramatische Zahl ist auch das Ergebnis einer verfehlten Radverkehrspolitik. Anstelle einer durchdachten Radverkehrsplanung beschränkt sich der Senat oft auf Symbolpolitik. Berlins Fahrradrouthenetz ist ein unvollkommener und häufig sanierungsbedürftiger Flickenteppich, der in vielen Fällen im Nichts endet. Manche verkehrspolitischen Maßnahmen sind zudem bewusst darauf angelegt, Radfahrer und Kfz-Nutzer gegeneinander auszuspielen. Auch dadurch nehmen die Konflikte an Zahl und Schärfe zu.

Lösung: Das Miteinander von Auto, Fahrrad und Fußgängern muss möglichst konfliktfrei organisiert werden, um die gegenseitige Akzeptanz und Sicherheit im Straßenverkehr zu fördern. Hierbei streben wir eine räumliche Trennung von Fahrrad- und Kfz-Verkehr durch die Ausweisung von geeigneten „Velorouten“ innerhalb des Berliner Nebenstraßennetzes an. Die Umsetzung dieser Routen ist vom Senat zu koordinieren und kann nicht allein den Bezirken überlassen bleiben. Wo die baulichen Verhältnisse (z.B. Kopfsteinpflaster) oder verkehrsrechtliche Anordnungen (z.B. Schrittgeschwindigkeit) dem Sinn einer solchen „Hauptstraße des Radverkehrs“ zuwiderlaufen, werden wir sie auf den Prüfstand stellen. Wir setzen uns für praxisnahe und situationsangepasste Regelungen ein. Die generelle Aufhebung von benutzungspflichtigen Gehwegradwegen lehnen wir ab. Wir werden fallbezogen prüfen, welche Radverkehrsanlage den Bedürfnissen eines sicheren und flüssigen Gesamtverkehrs jeweils am besten Rechnung trägt. Dem erheblichen Sanierungsbedarf in vielen Bereichen der Radverkehrsinfrastruktur werden wir schrittweise nachkommen. Vorrangig werden wir solche Radverkehrsanlagen sanieren, die besonders intensiv genutzt werden.

71

U- und S-Bahn-Netz bildet nicht die Verkehrsströme ab

Neue Strecken sind leider teuer und daher nur schwer zu finanzieren. Bestimmte Streckenverbindungen müssen in einer sich entwickelnden Stadt aber den veränderten Verkehrsströmen angepasst werden. Das gilt zuvorderst für den Flughafen, für Ost-West-Verbindungen und für die Anbindung von Adlershof an das Zentrum der Stadt während der nächsten Jahre, bis über das Ostkreuz wieder vernünftige S-Bahn-Verbindungen möglich sind.

Lösung: Neue Linienverbindungen – gerade auch zwischen Ost und West – auf bestehender Infrastruktur ohne nennenswerte Mehrkosten sind möglich. Die CDU stellt dazu einen neuen Streckenplan zur Diskussion, der viele Verbindungen für die Bürger bereithält. Nicht nur Bahn-, sondern auch Busverbindungen lassen sich verbessern und das Umsteigen für die Fahrgäste erleichtern.

Intelligente Linienverbindungen auf unseren Schienennetzen machen den ÖPNV attraktiver

72

Der nächste Winter kommt bestimmt, Berlin ist immer noch nicht vorbereitet

Das überhastet verabschiedete „Winterdienstgesetz“ funktioniert nicht. Die öffentliche Hand versagt bei der Auswahl von Winterdienstleistern, die BSR bekommt die Bushaltestellen nicht geräumt, private Winterdienste sind nicht mehr in der Haftung für Schlechtleistungen. Die Bezirke füllen mit Knöllchen ihre klammen Kassen, statt Ersatzvornahmen zu veranlassen.

Lösung: Die Ordnungsämter müssen auf nicht geräumten Gehsteigen, Radwegen etc. konsequent Ersatzvornahmen durchführen lassen. Die Ordnungsämter sind mit ausreichendem Personal zur Überwachung der Räumpflichten auszustatten, das Personal der Ordnungsämter muss, anders als bisher, bedarfsgerecht und flexibel einsetzbar sein.

Berlins Winter braucht freie Gehsteige, nicht neue Gesetze

e46

„Bahnhof Zoo“: Kein Anschluss

Der „Bahnhof Zoo“ ist noch immer vom DB-Fernverkehr abgekoppelt.

Lösung: Der Bahnhof Zoo muss wieder an den Fernverkehr angeschlossen werden.

e47

Seriöse Taxibetriebe schützen - gegen Schwarzarbeit und Steuerbetrug

Eine Studie sagt, mehr als die Hälfte aller Taxibetriebe rechnen nicht korrekt ab. Das geht zulasten der ehrlichen Unternehmer. Die CDU unterstützt den Taxi-Verband Berlin-Brandenburg im Kampf gegen Schwarzarbeit und Steuerbetrug. Wir plädieren für den Fiskal-Taxameter.

Lösung: Schwarzarbeitende Taxifahrer sind in Berlin keine Seltenheit. Sie sind nicht versichert, zahlen keine Steuern, ihre Betriebe zahlen keine Steuern. Das verschafft diesen Illegalen Vorteile und den ehrlichen und seriösen Unternehmen Wettbewerbsnachteile. Der Fiskaltaxameter macht damit Schluss. Der Taxiverband kämpft für dessen Einführung, wir unterstützen ihn darin.

e48

Ungeklärte Klimaschutzbedingungen belasten Investoren und Bürger

In insgesamt vier Anläufen hat es der Senat nicht geschafft, ein Klimaschutzgesetz zur Verabschiedung im Parlament vorzulegen. Die jahrelange Hängepartie sorgt für Verunsicherung bei Investoren und Hauseigentümern bezüglich der geplanten Klimaschutzziele, -vorhaben und -kosten.

Lösung: Berlin muss sich rascher und effektiver als bisher als unbürokratischer Green Economy Standort profilieren. Ein technologieoffener ökologischer Wettbewerb, vor allem auch bei Ver- und Entsorgung, ist hierfür Grundvoraussetzung. Klimaschutz darf nicht zum ökonomischen Standortnachteil werden. Kosten des Klimaschutzes können an anderer Stelle – zum Beispiel bei den Wasserpreisen – Entlastungen gegenübergestellt werden. Langfristig ist die von der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus entwickelte „Klimaschutzrente“ ein sinnvoller Weg, um gegenüber den Herausforderungen des Klimaschutzes zu bestehen.

Smart grids und
Kleinkraftwerke machen
Berlins Stromversorgung
intelligent

73

Energieversorgung zu unflexibel und daher teuer und unökologisch

Berlin hat eine besonders stark schwankende Strom-Nutzung und -herstellung. Gefragt sind Systeme, die das ausgleichen.

Lösung: Vernetzung der Notstromaggregate in städtischen Einrichtungen (Kliniken, Messe, Flughafen etc.) zur Bewältigung von Strombedarfsspitzen bei Fehlen erneuerbarer Energien (Smart Grid). Hinzu sollte ein Netz von Klein-

kraftwerken kommen, die Strom als Nebenprodukt der Heizenergiegewinnung in kleinen Wohngebäuden erzeugen. Die Nutzung von Zwei-Tarif-Stromzählern – mit deutlich geringeren Preisen für den Stromverbrauch in den Abend- und Nachtstunden, an Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen – ist zu forcieren, um die schwankende Strom-Nutzung und -herstellung besser auszugleichen.

74

Seit 2006 hat sich die Zahl der Spielhallen verdoppelt

70 Spielhallen sind
genug für Berlin

Seit 2006 hat sich die Zahl der Spielhallen verdoppelt – meist in der Nähe sozial schwacher Wohnviertel und mit negativen Begleiterscheinungen (Spielsucht, Beschaffungskriminalität) für das Umfeld sowie zahlreichen Verstößen gegen Rauchverbot und Jugendschutzgesetz.

Lösung: Die Berliner CDU hat bereits Mitte 2010 einen Entwurf über ein Gesetz über die Erlaubnis und den Betrieb von Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin) vorgelegt, der im Kern vorsieht, dass die Zahl der Spielhallen in Berlin mittelfristig auf 70 begrenzt wird. SPD, LINKE und FDP haben diesen Entwurf im Abgeordnetenhaus abgelehnt. Stattdessen hat der Senat einen Gesetzentwurf erarbeitet, der faktisch zu keinerlei Veränderungen bei der Zahl der Spielhallen führen wird.

75

Gentrifizierung

Es gibt citynahe Kieze, in denen angestammte Bevölkerung durch überproportionale Mietanstiege verdrängt wird.

Lösung: Die städtischen Wohnungsgesellschaften sind zu erhalten und in die Pflicht zu nehmen. Wir wollen weiterhin weg von der Objekt-, hin zur Subjektförderung. Der Senat darf nicht weiter Preistreiber bei den Nebenkosten (Wasser, Müll, Grundsteuer) sein (siehe dazu auch „Preisexplosion bei Neuvermietungen“, Problem Nr. 76). Damit auch in Zukunft ein ausreichendes Angebot an guten und bezahlbaren Mietwohnungen existiert, muss die Neubauleistung auf etwa 6.000 Wohnungen pro Jahr gesteigert werden. Für die nächsten zehn Jahre rechnet die Berliner Wohnungswirt-

schaft, insbesondere aufgrund der steigenden Haushaltszahlen, mit einem Neubaubedarf von etwa 60.000 Wohnungen. Das ist nicht nur sozialpolitisch notwendig, sondern stärkt auch die Standortvorteile Berlins für die Wirtschaft. Die CDU Berlin wird sich daher nachdrücklich dafür einsetzen, dass die Wohnungsbaufördermittel des Bundes auch über 2013 hinaus in voller Höhe erhalten bleiben. Gleichzeitig wollen wir neue und innovative Instrumente wie Baugruppen weiter fördern, die Vergabepolitik des Liegenschaftsfonds im Hinblick auf Grundstückspreise und Parzellengröße kritisch überprüfen, die verstärkte Nutzung vorhandener Brachflächen und Baulücken unterstützen und neue Wege bei Belegungsbindungen und Anreizinstrumenten gehen.

Städtische
Wohnungsgesellschaften
müssen Mietanstiege bremsen,
nicht antreiben

e49

Schlusslicht bei Solarstromerzeugung

Berlin ist Schlusslicht bei der Solarstromerzeugung, sowohl gemessen an installierter Leistung als auch an produzierter Strommenge. Gleichzeitig stellt die öffentliche Hand viel zu wenig öffentliche Dachflächen an private Investoren zur Verfügung und kümmert sich unzureichend um die Vermarktung.

Lösung: Die Dächerbörse des Landes Berlin muss professionalisiert und stärker an privatwirtschaftlichen Erfolgskriterien ausgerichtet werden.

76

Preisexplosion bei Neuvermietungen

Die Neuvermietungspreise steigen insbesondere in Teilen Kreuzbergs, Mittes und Prenzlauer Bergs mit zu hoher Geschwindigkeit.

Lösung: Nachhaltige Mietendämpfung ist vor allem durch Angebotsvergrößerung möglich. Die CDU hat hierzu ein detailliertes Programm. Wir werden Luxussanierungen und überzogene energetische Standards zu Lasten der Mieter nicht zulassen.

Ein großes Wohnungsangebot bewirkt niedrige Mieten

e50

Sozialwohnungen sind zu teuer

Durch den Wegfall der öffentlichen Förderung sind Sozialwohnungen heute oft teurer als Wohnungen vom „freien Markt“. Der vom Senat beschlossene übereilte Wegfall der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau hat zudem dazu geführt, dass für ca. 28.000 Wohnungen in Berlin die Preisbindung entfällt, der Senat aber trotzdem über Bürgschaften weiterhin haftet.

Lösung: Im Sozialwohnungsbereich darf es keine Luxussanierungen geben. Der Wegfall der Anschlussförderung ist in Härtefällen durch Subjektförderung auszugleichen. Besondere Verantwortung für schwächere Mieter tragen hier die städtischen Wohnungsgesellschaften. Ein wesentlicher Beitrag zum Schutz der Mieter vor übermäßigen Mieterhöhungen kann erreicht werden, indem das System der Kostenmiete aufgehoben und in das Vergleichsmietensystem des BGB überführt wird.

e51

Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen belastet Nachbarn

Wohnraum wird für touristische und andere Zwecke umgenutzt. Besonders betroffen sind vor allem Plattenbauten in Mitte rund um das Holocaust-Mahnmal.

Lösung: Die CDU strebt an, die Umwandlung von Mietwohnungen zu Ferienwohnungen einer Genehmigungspflicht zu unterwerfen.

e52

Die „zweite Miete“ wird unbezahlbar

Grundsteuer, Wasser, Müll, Straßenreinigung und Winterdienst: Überall, wo das Land Berlin abkassieren kann, treibt es die Mietnebenkosten in die Höhe.

Lösung: Landessteuern, Abgaben, Müllgebühren und andere durch das Land beeinflussbare Betriebskostensteigerungen müssen der Vergangenheit angehören. Beim Wasserpreis kann Berlin sofort auf seinen Gewinnanteil und die Konzessionsabgabe verzichten und so den Wasserpreis unmittelbar senken. Die Ausführungsvorschrift („AV“) Wohnen ist hinsichtlich der Kriterien zur Übernahme von Betriebs- und Heizkosten zu überarbeiten und zu konkretisieren.

e53

Keine Wasser-Preissenkungen

Berlin liegt im bundesweiten Vergleich im Mittelfeld der Wasserpreise. Dies ist auch den privaten Investoren zu verdanken, die durch Optimierung der Technik und der Organisation der Wasserbetriebe wesentlich zu ihrer heutigen Effizienz beigetragen haben. Dennoch gibt es weitere Preissenkungspotenziale: Das Land Berlin zieht jährlich einen Anteil von ca. 140 Millionen Euro aus den Wasserbetrieben heraus, um damit im Wesentlichen allgemeine Staatsaufgaben zu finanzieren. Hinzu kommt, dass Berlin mit großem Abstand das höchste Wasserentnahmeentgelt der Bundesrepublik erhebt.

Lösung: Die Berliner CDU ist der Ansicht, dass der Staat die sichere Wasserversorgung seiner Bürger garantieren muss. Beim Betrieb der Anlagen sollte er sich jedoch privater Auftragnehmer bedienen, solange absolute Transparenz gewahrt ist. Das war in letzten Jahren nicht der Fall. Dagegen haben sich Wasserqualität, Service und Effizienz der Betriebsabläufe seit dem Einstieg der Privaten deutlich verbessert, insofern verzeichnet die Geschichte der Berliner Wasserbetriebe der letzten zehn Jahre durchaus auch Erfolge. Falls es dem Senat tatsächlich um niedrigere Wasserpreise ginge, hätte er auch jetzt schon die Möglichkeit, durch Senkung seines Gewinnanteils und Streichung des Wasserentnahmeentgeltes die Wasserpreise um bis zu 25 Prozent zu senken. Dem rot-roten Senat geht es aber um etwas anderes: aus ideologischen Gründen sollen Investoren aus Berlin vertrieben werden, die mit viel Einsatz und fachlichem Know-How (und fairerweise gegen gutes Geld) die Berliner Wasserbetriebe zu einem erfolgreichen Unternehmen gemacht haben. Die CDU setzt sich für moderate Preispolitik, eine Neuverhandlung der Vereinbarungen mit den Privaten mit dem Ziel einer fairen Gewinnaufteilung und absolute Transparenz ein.

Berlin braucht altengerechtes Wohnen zu bezahlbaren Preisen

77

Wohnungsnot im Alter

Altersgerechte Wohnungen werden in Berlin immer knapper. Wie eine Regional-Untersuchung des Pestel-Institutes zur Wohnsituation im Alter ergab, wird es bereits in 15 Jahren einen Bedarf von etwa 90.000 seniorengerechten Wohnungen geben.

Lösung: Im Jahr 2025 wird es in Berlin voraussichtlich fast 33 Prozent mehr Haushalte geben, in denen ein Mensch über 70 Jahre lebt. Geht man davon aus, dass nur 20 Prozent der dann 436.590 Senioren-Haushalte auf eine barrierefreie Wohnung angewiesen ist, muss dringend mit der altersgerechten Sanierung und dem Neubau von altersgerechten Wohnungen begonnen werden. Dafür muss der Markt aktiviert werden. Wird der Markt geschickt aktiviert, werden zusätzliche Angebote zu bezahlbaren Preisen entstehen.

78

Abzocke durch Straßenausbaubeitragsgesetz

Weg mit dem Straßenausbaubeitragsgesetz

B96-Anwohnern wird der Vorgarten enteignet und zur vierspurigen Bundesstraße umgebaut – dafür müssen sie auch noch fünfstellende Beträge an das Land zahlen. Fünf Jahre nach der Einführung des Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG) finden in mittlerweile über 200 Straßen in Berlin beitragspflichtige Ausbaumaßnahmen statt. In allen Berliner Bezirken werden Anwohner für Straßenbaumaßnahmen zur Kasse gebeten. Die Anzahl der kostenpflichtigen Maßnahmen ist im letzten Jahr um über 60 Pro-

zent gestiegen. Das bringt den Anwohnern aber leider nichts, denn die Verwaltungsausgaben für das Straßenausbaubeitragsgesetzes sind höher als die dadurch entstehenden Einnahmen. Darüber hinaus zahlen Grundeigentümer und Wohnungsmieter in Berlin jetzt schon die höchste Grundsteuer in ganz Deutschland.

Lösung: Es gibt nur einen Weg: Das Straßenausbaubeitragsgesetz muss abgeschafft werden.

79

BBI-Flugroutenchaos verunsichert Bürger

Intelligent festgelegte Flugrouten mindern den Lärm für alle

Den Menschen in Berlin ist vorgegaukelt worden, die Abflugrouten für den Großflughafen BBI stünden fest. Dann kam plötzlich heraus, dass seit 10 Jahren andere Abflugrouten geplant werden, als veröffentlicht. Nun haben die Menschen in der Stadt Angst vor dem Fluglärm.

Lösung: Die CDU Berlin setzt sich - übrigens ausdrücklich unterstützt von der Bundesregierung und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel - für die Einhaltung des Vertrauensschutzes ein. Die Flugrouten, die jahrelang öffentlich diskutiert wurden und auf die die Menschen vertraut haben, müssen Grundlage der Festlegung sein. Das bedeutet, dass dicht besiedelte Gebiete nicht überflogen werden und die für die Bevölkerung lärmärmsten Flugrouten festgelegt werden. Die im Sommer 2010 vorgelegten Flugrouten und Varianten davon, die diesem Grundsatz widersprechen, lehnen wir ab. Im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins, setzen wir uns dafür ein, dass im Rahmen der Landesentwicklungsprogramme intelligente Lösungen gefunden werden, welche die, über die

Festlegungen des Planfeststellungsbeschluss hinausgehenden, Anforderungen an den Luftverkehrsbedarf Berlin-Brandenburgs erfüllen können. Dabei werden allerdings - will man die dringend notwendige wirtschaftliche Gesundung Berlins nicht behindern - Flüge auch in den so genannten Randzeiten abends und früh morgens notwendig bleiben. Jedoch sind dabei die Routen so zu wählen, dass der Fluglärm für die betroffenen Anwohner geringer(!) ausfällt, als sie ihn heute durch den bestehenden Flughafen hinnehmen müssen. Für die direkt vom Fluglärm betroffenen Wohngebiete, in denen die Anwohner laut Planfeststellungsbeschluss Anspruch auf Lärmschutzmaßnahmen haben, setzen wir uns für eine optimale und unbürokratische Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen ein. Auf Antrag der im Grenzbereich der festgelegten Zonen befindlichen Anwohner sollte ein Übergangsbereich mit abgestuften Entschädigungszahlungen für den Außenwohnbereich festgelegt werden (siehe auch „BBI als Wirtschaftsfaktor vernachlässigt“, Problem Nr. 2).

80

Straßenzüge in der Abwärtsspirale

Ramschläden, ungepflegte Imbissbuden, Spielhallen und ähnliches Gewerbe führen ganze Straßenzüge in eine Abwärtsspirale. Kunden bleiben weg, die Kaufkraft wandert ab, weitere höherwertige Geschäfte müssen aufgeben.

Lösung: Die CDU Berlin fordert die Einrichtung von Gebietsentwicklungsbezirken nach dem Vorbild amerikanischer „business improvement districts“. In vielen CDU-regierten Städten wurden dafür bereits die notwendigen gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen geschaffen, mit positiven Ergebnissen.

Gebietsentwicklungsbezirke stoppen Ramschläden und Spielhallen

81

Verwahrlosung von Plätzen

Öffentliche Plätze wie die Gegend rund um den Fernsehturm oder Teile der City West (z.B. Breitscheid- und Hardenbergplatz) verwahrlosen zunehmend.

Lösung: Das Personal der Ordnungsämter muss sich um alle Missstände kümmern dürfen, nicht nur um Falschparker. Graffitis müssen umgehend beseitigt, Graffiti-Schmierer hart und konsequent bestraft werden (zu Grünflächen siehe auch „Berlin wird grau“, Ergänzung Nr. e56).

„Das Ordnungsamt ist nicht nur zum Abkassieren da“

e54

Unbefriedigende Lärmschutzmaßnahmen in Lichtenrade

Die Deutsche Bahn AG weigert sich, ausreichende und stadtverträgliche Lärmschutzmaßnahmen zu schaffen. Sie plant etliche Meter hohe Lärmschutzwände zum Beispiel in Lichtenrade (Dresdner Bahn) – gegen den Willen der Bürger.

Lösung: Die CDU Berlin steht zur „Tunnellösung“ für die Dresdner Bahn in Lichtenrade.

e55

Zunehmender Bahnlärm entlang der Stettiner Bahn

Seit Jahren steigt die Anzahl der Züge auf der Strecke der Stettiner Bahn, die durch die Wohngebiete Heinersdorf, Blankenburg, Karow und Buch führt. Gleichzeitig verschlechtert sich der Zustand der Gleisanlagen. Besonders stark zugenommen hat der Güterverkehr in den Abend- und Nachtstunden. Die Bewohner der Ortsteile sind den ständig steigenden gesundheitsschädlichen Lärmbelastungen ausgesetzt.

Lösung: Die CDU Berlin setzt sich für aktiven Lärmschutz entlang der Stettiner Eisenbahn ein. Wir unterstützen die Absicht der Bundesregierung, schnellstmöglich alle Güterwagen auf die neue „Flüsterbremse“ umzurüsten, die im Ergebnis eine Halbierung der Lärmbelastung bewirkt, und die Trassenpreise im Schienennetz lärmabhängig zu staffeln. Langfristig ist eine Entlastung durch den vom Bund zu finanzierenden Wiederaufbau der Nordbahn möglich.

e56

Berlin wird grau

Berlin wird grau. Grünflächen werden miserabel gepflegt, Straßenbäume viel zu wenig nachgepflanzt.

Lösung: Berlin braucht ein Straßenbaumnachpflanzungsprogramm, welches auf einem Straßenbäume-Sonderfonds für die Bezirke aufbaut. In stark verdichteten Wohngebieten sollen jedes Jahr zwei neue Grünanlagen entstehen. Die Sachmittel- und Personalkürzungen in den Grünflächenämtern müssen gestoppt, wo möglich sogar umgekehrt werden.

e57

Hundehaufen und kein Ende

Die Verschmutzung der Stadt durch Hundekot ist ein ständiges Ärgernis. Viele Hundebesitzer halten sich nicht an ihre Pflicht, die Hinterlassenschaft ihres Hundes zu beseitigen.

Lösung: Hunde sind des Menschen bester Freund. Das soll auch in Berlin so bleiben. Erhöhte Steuern sind unsozial und treffen alle Hundebesitzer ohne Rücksicht auf ihr Verhalten. Daher müssen Bußgelder deutlich erhöht werden, um eine abschreckende Wirkung zu entfalten. Zudem müssen sie gegen rücksichtslose Hundehalter endlich konsequent durchgesetzt werden. Damit dies gelingen kann, sollte auch die stark fokussierte Zuständigkeit der Mitarbeiter des Ordnungsamts (ein Parkraumüberwacher darf aktuell ausschließlich den Parkraum überwachen!) aufgehoben werden.

e58

TU und UdK-Gelände sind durch Zäune und Straßen zerschnitten

An TU und UdK entsteht einfach kein Campus-Charakter.

Lösung: Die CDU will einen TU-Campus schaffen durch den Wegfall von Parkplätzen, die Schaffung eines zentralen Gebäudes und eine durchlässige Straße des 17. Juni. Der Zaun zur UdK soll fallen.

e59

Dem Kulturforum fehlt die Einbindung in die Stadt

Das Kulturforum ist ein städtebaulicher Solitär ohne erkennbaren Anschluss an die städtische Gesamtgestaltung.

Lösung: Das Kulturforum muss durch Wohnbebauung an Ost und West angeschlossen werden.

e60

Ödnis am Alex

Der Alexanderplatz und der nördliche angrenzende Bereich der Alexanderstraße wurden kaputt geplant. Der Alex ist alles, nur kein lebendiges Zentrum im Osten.

Lösung: Der Alexanderplatz und seine Umgebung brauchen einen neuen städtebaulichen Wettbewerb, der die Gegend urban aufwertet.

e61

Immer mehr Kleingärten werden aus der Stadt verdrängt

Immer mehr Kleingärten werden aus der Innenstadt verdrängt. Die Ruheoasen sind wichtige Rückzugszonen für die Bürger und stabilisieren das soziale Gefüge in den Stadtteilen.

Lösung: Soweit es irgend möglich ist, sollen Kleingartenanlagen im Stadtgebiet unbefristeten Bestandsschutz erhalten.

82

Wohnortnahe ärztliche Versorgung gefährdet

Gerade in sozial schwachen Gebieten Berlins ist die wohnortnahe ärztliche Versorgung gefährdet. Grund dafür ist, dass Berlin für die Niederlassung von Ärzten als eine Versorgungsregion betrachtet wurde und Ärzte daher zunehmend in wohlhabendere Stadtteile abwandern, auch wegen der dortigen Privatpatienten. In den nächsten Jahren drohen noch weitere Verschiebungen von Arztsitzen innerhalb der einzelnen Bezirke, ohne dass dabei Bevölkerungszuwachs, Überalterung oder Verjüngung sowie die Menschen aus dem Umland berücksichtigt werden, die wegen ärztlicher Behandlung nach Berlin kommen. Dieser Entwicklung schaut der rot-rote Senat oft tatenlos zu.

Lösung: Die CDU redet seit einigen Jahren mit den Verantwortlichen bei den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung, um diesen Missstand zu beheben. Wir wollen wohnortnahe Planungsbezirke. Insbesondere die Probleme in Berlin haben die CDU im Deutschen Bundestag bewogen, im Frühjahr 2011 ein Versorgungsgesetz einzubringen, in dem facharztbezogene Versorgungsbezirke neu geordnet werden.

Ärzte und Fachärzte müssen wohnortnah niedergelassen sein

83

Lange Wartezeiten auf Arzttermine

Bis zu drei Monate müssen Patientinnen und Patienten mitunter in Berlin auf Behandlungstermine bei Fachärzten warten. Das ist weder gesundheitsfördernd noch patientenfreundlich. Dabei besitzt Berlin im Bundesvergleich eine hohe Ärztedichte und speziell auch hohe Fachärztedichte. Problematisch sind die Koordinierung der Ressourcen und die regionale Versorgung vor allem in den Randbezirken.

Lösung: Jeder BerlinerIn und jedem BerlinerIn muss ermöglicht werden, zeitnah einen Termin bei einem Facharzt zu erhalten und einen Hausarzt in Wohnnähe zu finden. Deshalb unterstützt die Berliner CDU ein Ansiedlungsprogramm für Fachärzte und Hausärzte in regional unterversorgten Gebieten sowie ein verbessertes Beschwerdemanagement für die Patientinnen und Patienten.

Berlin braucht ein Ansiedlungsprogramm für Fachärzte

84

Rettungsstellen überfüllt

Die Rettungsstellen in den Berliner Krankenhäusern sind ständig überfüllt, oft muss man stundenlang warten.

Lösung: Um diesem Problem zu begegnen, bedarf es unter anderem einer Neugestaltung der Verfahrensabläufe in den Rettungsstellen, die sich gegenwärtig oftmals als zu bürokratisch, zeitraubend und personalintensiv darstellen. Dadurch sollen die Kapazitäten erhöht werden. Zudem brauchen wir in Berlin einen Notdienst der Fachärzte.

Rettungsstellen besser organisieren, Fachärzte-Notdienst einrichten

Charité und Vivantes müssen miteinander arbeiten statt gegeneinander

85

Zwei städtische Krankenhausunternehmen machen sich gegenseitig Konkurrenz

Seit Jahren schiebt der Senat eine Entscheidung über die Zukunft von Charité und Vivantes vor sich her. So werden beide Unternehmen sowie die wissenschaftliche Qualität extrem gefährdet. Zudem stehen sehr viele Nachberufungen an, die mangels Budgets gegenwärtig blockiert sind.

Lösung: Wir brauchen eine enge Verzahnung und ein Miteinander zum Wohle der Patientinnen und Patienten. Die Berliner CDU hat als einzige Partei ein langfristiges und ausfinanziertes Programm vorgelegt, das Charité und Vivantes endlich die notwendigen Investitionen, Berufungen sowie Planungssicherheit ermöglicht. Hierbei wollen wir ein Gesamtkonzept für die Berliner Hochschulmedizin, das für die Menschen in Berlin den Zugang zu erstklassiger Hochleistungsmedizin bietet und das Studenten und Forschern faire Arbeitsbedingungen garantiert, um die Zukunft des Gesundheitsstandortes Berlin zu festigen und auszubauen.

86

Die Hygiene in Berlins Krankenhäusern muss verbessert werden

Viele Berlinerinnen und Berliner beklagen, dass sich in Berliner Krankenhäusern zunehmend Patientinnen und Patienten während ihrer Behandlung mit Keimen infizieren. Die Folgen sind dramatischere Krankheitsverläufe und höhere Kosten. Gründe für die Infektionen sind unter anderem Personalmangel, Zeitdruck bei der Pflege und mangelnde Hygiene.

Lösung: Hygienevorschriften allein nützen nichts. Es muss auch für eine konsequente Umsetzung gesorgt werden. Der internationale Vergleich zeigt, dass sich Prävention auszahlt, denn es kommt dadurch zu weitaus weniger Infektionen mit Krankenhauskeimen. Nebenbei sinken die Kosten für die Behandlung infizierter Patienten. Auch in Berlin muss die Prävention vor allem durch Einhaltung der Basishygiene in den Krankenhäusern sowie mehr Personal verbessert werden. Dafür setzt sich die CDU nachhaltig ein.

Arm bleibt krank

Jedes Jahr stellt die Gesundheitssenatorin einen Bericht über die gesundheitliche Situation der Bevölkerung in Berlin vor. Jedes Jahr zeigt sich das gleiche Bild: Der Gesundheitszustand sozial schwacher und bildungsferner Menschen ist schlechter als der in anderen Bevölkerungsschichten. Aus diesen Erkenntnissen hat der Senat bisher aber nicht die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen und Maßnahmen eingeleitet, die die gesundheitliche Lage der Betroffenen verbessern könnten. Die Defizite beginnen bereits beim öffentlichen Gesundheitsdienst, der personell so unterbesetzt ist, dass die gesetzlichen Aufgaben nicht mehr gesichert werden können. Unter anderem gehören dazu die Einschulungsuntersuchungen, der Kinderschutz, Hausbesuche, gesundheitliche Aufklärung und Präventionsmaßnahmen. Auch das Netz der öffentlichen Gesundheitseinrichtungen wurde unter Rot-Rot ungeachtet des realen Bedarfs beschnitten. Die Schließung von Tuberkuloseberatungsstellen, Hörberatungsstellen und der Verringerung von Alkoholberatungsstellen haben zur Benachteiligung ganzer Betroffenengruppen geführt. Zudem hält sich der Senat weitestgehend aus der Gesundheitsplanung und inhaltlichen Schwerpunktsetzung heraus und überlässt dies der Landesgesundheitskonferenz oder dem Träger Gesundheit e.V. Ergebnis ist, dass Kommunikationsverluste eintreten sowie neue und notwendige Maßnahmen nur sehr schwer in Gang kommen.

Lösung: Um dieser Entwicklung entgegen zu steuern, fordert die CDU eine ausreichende personelle Besetzung der Gesundheitsämter, damit diese ihren vielfältigen Aufgaben wieder gerecht werden können. Das Versorgungsnetz an öffentlichen Beratungsstellen muss nach Auffassung der CDU unter dem Aspekt des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung wieder bedarfsgerecht ausgebaut werden. Kinder- und Jugendgesundheit sind in den Mittelpunkt zu rücken und flächendeckend Präventionsprogramme in Kitas und Schulen durchzuführen. Elternberatung und Elternbildung sind verstärkt anzubieten und diese mit frühen Hilfen, z.B. im Bereich des Kinderschutzes durch Hebammenprojekte, zu verbinden. Außerdem bedarf es einer abgestimmten Gesundheitsplanung zwischen dem Senat und den Bezirken. Die Unterfinanzierung der Bezirke bei der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes muss aufhören.

Öffentliche ärztliche Versorgung muss am Bedarf ausgerichtet werden – nicht an der Kassenlage

Verbraucherschutz – Skandale in Pflegeheimen, Gaststätten und anderen Einrichtungen ohne echte Konsequenzen

Verbraucherschutz findet bei diesem Senat nur in Sonntagsreden statt. Die handfesten Lebensmittel-skandale, die es in den vergangenen Jahren in Berlin gab, können sich jederzeit wiederholen, weil die zuständigen Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter nicht über genügend Kontrolleure verfügen, denn deren personelle Ausstattung wurde rigoros zusammengestrichen. Das fehlende Kontrollpersonal macht sich besonders negativ bemerkbar bei der Gewährleistung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes in Berlin. Beispiele dafür sind die mangelnden Überprüfungen des Gaststättengesetzes, einschließlich der Ekellisten für unhygienisch geführte Restaurants und Imbissbuden, fehlende Kontrollen bei der Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes, des Jugendschutzgesetzes und des Wohnteilhabegesetzes (Überprüfung der Pflegeheime). Damit verletzt der Senat permanent Gesetzesvorgaben zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Lösung: Die Kürzungen bei den Kontrolleuren sind rückgängig zu machen. Die Ausstattung darf nicht durch fehlende Mittel der Bezirke unverantwortlich gering bleiben. Die Mithilfe von Bürgerinnen und Bürgern über das Internet ist anzustreben.

Berlin ist von einer familienfreundlichen Metropole noch weit entfernt

Alle wichtigen Entscheidungen in der Stadt müssen auf ihre Familienverträglichkeit geprüft werden

Familien mit Kindern fühlen sich in Berlin oft nicht willkommen. Das vielfach vernachlässigte Wohnumfeld, fehlende Kinderspielplätze, ein schlechtes Schulsystem und eine wenig familienfreundliche Arbeitswelt verhindern, dass sich mehr junge und leistungsstarke Familien für Berlin entscheiden. Jetzt droht auch noch der letzte Vorteil, ein ausreichendes Kita-Angebot, wegzufallen, weil sich der Senat seit Jahren nicht darum kümmert, wie sich der Bedarf an Betreuungsplätzen verändert hat. Eltern mit behinderten Kindern haben es besonders schwer, weil der Senat nicht ausreichend Schulhelfer zur bedarfsgerechten Betreuung finanzieren will. Ein weiteres Problem ist die nicht ausreichende Nachmittagsbetreuung für Grundschulkinder. Überhaupt hat sich die rot-rote Regierungskoalition in der letzten Legislaturperiode weitestgehend aus der Familienpolitik zurückgezogen. Die Verantwortung wurde vollends an den Berliner Familienbeirat abgegeben. Dieser hat als ehrenamtlich agierendes Gremium Aufgaben übertragen bekommen (z.B. Erstellung eines Familienberichts), die von ihm weder umfassend geleistet werden können noch für deren Erfüllung man ihn politisch verantwortlich machen kann. Folge dieses Senatsvorgehens ist, dass familienpolitische Themen in der Berliner Politik und insbesondere im Abgeordnetenhaus kaum noch diskutiert werden bzw. keine besondere Rolle spielen.

Lösung: Der Familienbeirat ist ein wichtiges Gremium, das jedoch nicht als Ersatz für Familienpolitik missbraucht werden sollte. Für die Berliner CDU gehört Familienpolitik ganz oben auf die politische Agenda. Unser Ziel ist es, eine familienfreundliche Stadt als Gütesiegel und Standortvorteil in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Kammern und den Verbänden auszubauen. Das trägt zur Attraktivität Berlins bei und kann als Werbemittel genutzt werden. Stadtplanung, Stadtentwicklung, Wohnumfeld und Arbeitswelt sowie alle Verwaltungsentscheidungen sollen immer wieder Familienverträglichkeitsprüfungen unterworfen werden, um damit ein familienfreundliches Klima zu schaffen.

Beitragsfreie Kita darf nicht zum Alibi für die fehlende Kita-Qualität werden

Die von Rot-Rot gepriesene beitragsfreie Kita darf nicht davon ablenken, dass im Mittelpunkt der Kitapolitik die Bereitstellung der notwendigen Rahmenbedingungen stehen müssen, damit die Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen ihren Aufgaben gerecht werden können. Doch hier gibt es zunehmend Defizite, die durch den rot-roten Senat nicht angegangen werden.

Lösung: Die CDU setzt sich deshalb insbesondere dafür ein, dass genügend Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden können, das Berliner Kita-Bildungsprogramm und mit ihm die Sprachstandsprüfungen und die Sprachfördermaßnahmen weiter entwickelt werden und alle Kinder, die intensive Sprachförderung benötigen, einen Ganztagsplatz ohne Bedarfsprüfung erhalten. Die CDU tritt aber auch für eine ausreichende sächliche Ausstattung und einen guten baulichen Zustand der Kitas ein sowie für mehr flexible Betreuungszeiten und mehr Plätze für die unter Dreijährigen. Wartelisten, die durch schlechte Kitaplanung bereits wieder entstanden sind, müssen zügig abgebaut werden. Umgehend ist auch die Zukunft der Kita-Eigenbetriebe zu prüfen, deren Fortbestand wegen drohender Insolvenz fraglich scheint.

Berlin ist die Hauptstadt der Kinder- und Familienarmut

2010 wurde das Land Berlin zum fünften Mal in Folge bundesweit als trauriger Spitzenreiter in Sachen Kinderarmut ermittelt. Das zeigt, dass der rot-rote Senat in seinem langjährigen Regierungshandeln keine Erfolge in der Armutsbekämpfung aufzuweisen hat. Obwohl sich insbesondere die mitregierende Linke rühmt, Berlin zur Modellstadt bei der Lösung sozialer Probleme gemacht zu haben, ist ein massives Gegensteuern gegen den sozialen Abstieg Berlins durch den rot-roten Senat nicht erkennbar. Vielmehr wird die große Hartz-IV-Dichte in Berlin als Versagen der Bundesregierung hingestellt und im Bundesrat gegen Reformvorschläge des Bundes instrumentalisiert. Tatsache ist, dass Rot-Rot bisher keine auf arme Familien und ihre Kinder zugeschnittene Programme und Leistungen entwickelt hat. Stattdessen werden Millionen Euro in kurzfristige und wenig nachhaltige Projekte gesteckt. Diese entfalten keine Wirkung für eine soziale Verbesserung. Die Gelder müssen endlich zielgerichtet eingesetzt werden.

Lösung: Nach Auffassung der CDU ist Kinderarmut auch immer Familienarmut. Darum muss alles dafür getan werden, die Familien bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme zu unterstützen. Es muss vor allem mehr familienergänzende Leistungen geben, die Nachteile ausgleichen. So kann es nicht sein, dass z.B. arbeitende Familien, die auf ergänzende Leistungen durch die Jobcenter angewiesen sind, vom Berlinpass ausgeschlossen werden und damit keine Vergünstigungen bei Fahrpreisen und Veranstaltungen erhalten. Die CDU fordert deshalb seit langem, diesen Personenkreis in den Berechtigtenkreis aufzunehmen. Ebenso fordern wir, dass Kinder aus armen Familien unentgeltlich an zusätzlichen Freizeitaktivitäten teilnehmen können bis hin zur vernünftigen Versorgung mit Mahlzeiten in Kitas und Schulen. Wir wollen aber auch bereits bestehende Institutionen, wie beispielsweise Kita, Schule und Jugendfreizeitstätten stärken, um Minderversorgungen für die Betroffenen auszugleichen. Freie Träger müssen gezielt finanziell unterstützt werden, damit sie ergänzende Angebote für die betroffenen Familien unterbreiten können. Einkommensschwache Familien müssen nach unserer Auffassung auch mehr Unterstützung für Familienerholung und Familienurlaub erhalten.

Berlin braucht ein umfangreiches Programm gegen Kinder- und Familienarmut

Familien mit geringem Einkommen werden benachteiligt

Während ALG-II-Bezieher und ihnen gleichgestellte Transferleistungsempfänger in Berlin in den Genuss vieler Vergünstigungen kommen, die über den Berlinpass (z.B. verbilligte Fahrtkosten, Eintrittspreise) ausgereicht werden, sind Familien, deren Niedriglohneinkommen durch die Jobcenter aufgebessert werden muss, davon ausgeschlossen. Damit werden viele arbeitende Menschen schlechter gestellt.

Lösung: Die CDU möchte, dass diese Gerechtigkeitslücke zwischen Familien, die arbeiten und dennoch arm sind, und Familien, die ausschließlich von Transferleistungen leben, geschlossen wird. Wir fordern, dass alle einkommensschwachen Familien den Berlinpass erhalten. Es ist unbedingt wieder das Sozialticket - und zwar in Höhe von 20 Euro - einzuführen, damit eine Vergleichbarkeit zwischen Niedriglohneempfängern und Hartz-IV-Beziehern gegeben ist. Letztere haben nämlich in ihren Pauschalen Fahrtkosten in gleicher Höhe eingerechnet bekommen.

Hilfen zur Erziehung kommen zu spät - Prävention mangelhaft

Kindern lieber früher helfen, als sie später der Justiz überlassen

Auch in den vergangenen Jahren sind insbesondere durch die vielen ungelösten Probleme in Elternhaus und Schule die Anzahl der jungen Menschen gestiegen, die ambulante oder stationäre Hilfe in Krisensituationen brauchen. Deshalb müssen nach wie vor die unterschiedlichsten Hilfen zur Erziehung bereitgestellt werden. Diese werden jedoch nicht immer entsprechend dem Fall bedarfsgerecht vermittelt oder sind für bestimmte Fallgruppen in Berlin gar nicht vorhanden. Denn wenn z.B. aus Jugendhilfeeinrichtungen heraus weitere Straftaten begangen werden können, dann stimmt das System nicht mehr. Zum anderen gibt es viel zu wenige Präventionsmaßnahmen, denn rechtzeitige Hilfestellung, beginnend bei der Elternbildung, könnte viele problematische Entwicklungen bei Kindern und Jugendlichen verhindern helfen.

Lösung: Die CDU setzt sich deshalb für eine rechtzeitige Hilfestellung ein. Dazu gehören Elternaufklärung, Elternbildung, frühe Hilfen in Kindertagesstätten, Familienzentren, Grundschulen, ausreichende Angebote der Jugendarbeit und entsprechende Anschluss Hilfen für delinquente Kinder und Jugendliche. Die Hilfestellung muss begleitet werden durch ein intensives und fachlich begründetes sozialpädagogisches Diagnoseverfahren, damit die richtige und passgenaue Hilfe vermittelt wird. Darüber hinaus muss es eine permanente Wirkungsanalyse geben sowie ein kontinuierliches Fach- und Finanzcontrolling des gesamten Hilfesystems. Nur so kann auf der einen Seite den betroffenen Kindern und Jugendlichen wirklich nachhaltig geholfen werden und auf der anderen Seite die Verwendung der finanziellen Mittel fachlich begründbar gesteuert werden. Darüber hinaus ist die Vernetzung von Jugendhilfe, Justiz, Polizei und Schule zur gegenseitigen Information und zur Abstimmung entsprechender Einzelmaßnahmen und -hilfen zu vertiefen.

e65

Familien werden in Krisensituationen allein gelassen

Der Bedarf an Beratung und Hilfe in familiären Krisensituationen und bei Erziehungsschwierigkeiten hat in Berlin auch in den letzten Jahren weiter deutlich zugenommen. In besonderem Maße sind Familien auf Hilfe angewiesen, die es nicht schaffen, ihre Probleme selbst in den Griff zu bekommen oder Familien, in denen es zu Gewalt kommt oder in denen Alkohol- oder Drogenprobleme zu bewältigen sind. Doch trotz dieser anhaltenden und besorgniserregenden Entwicklung ist Berlin auch bei der Familienförderung das Schlusslicht aller Bundesländer und Stadtstaaten geblieben. Auch hier hat der rot-rote Senat auf ganzer Linie versagt, denn es fehlt an differenzierten Hilfen aber auch an niedrigschwelligen Angeboten, die den betroffenen Familien den Zugang zum Hilfesystem erleichtern.

Lösung: Berlin braucht eine flächendeckende aufsuchende Sozialarbeit vor allem in den Problembezirken sowie mehr und kontinuierliche Angebote durch Beratungs- und Lotsendienste für Familien. Ebenso müssen mehr Investitionen in die Familienbildung fließen und Kitas und Schulen mit Familienzentren verbunden werden, um damit den Zugang zu Familien zu erleichtern, die schwer erreichbar sind.

91

Jugendfreizeitpolitik ist zum Fremdwort geworden

In den letzten Jahren hat der rot-rote Senat die Mittel zur Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche drastisch reduziert, so dass mehr als 160 Jugendfreizeiteinrichtungen in den Bezirken geschlossen werden mussten. Dadurch werden nicht nur Möglichkeiten sinnvoller Freizeitgestaltung verschenkt, sondern auch Bildungschancen außerhalb der Schule.

Lösung: Die CDU fordert ein neues Gesamtkonzept zur Jugendarbeit, in dem Jugendfreizeitstätten in Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden, Vereinen und freien Trägern moderne Freizeitkonzepte und außerschulische Bildungsangebote entwickeln. Dazu gehören neue Kooperationsformen zwischen Schule und Jugendarbeit im Bereich der Nachmittagsbetreuung ebenso wie Unternehmen, die sich für die Erziehung und Bildung von Jugendlichen engagieren wollen. Das Konzept der lokalen Bündnisse für Familien ist hierbei aktiv zu nutzen. Ebenso sind die Bildungsangebote von Bibliotheken, Musik- und Volkshochschulen sowie die der anderen Kultureinrichtungen in eine für Kinder und Jugendliche bereit zu stellende kommunale Bildungslandschaft einzubinden.

In ein neues Gesamtkonzept für die Jugendfreizeitarbeit müssen alle Beteiligten eingebunden werden

92

Ehrenamtliches Engagement junger Menschen wird nicht angemessen gewürdigt

Eine lebendige Bürgergesellschaft mit zahlreichen Aktiven, die sich ehrenamtlich engagieren, um die Solidargemeinschaft zu stärken, hat nur dann eine echte Zukunft, wenn viele junge Menschen in diese Strukturen hineinwachsen. Doch die jungen Ehrenamtlichen nehmen in der rot-roten Senatspolitik nur eine Randstellung ein. Ihr Engagement wird nicht ausreichend gewürdigt.

Lösung: Deshalb setzt sich die CDU seit langem für eine bessere Anerkennungskultur und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements Berliner Jugendlicher ein. Dazu gehört u.a. mehr Informationen über das Engagement dieser Jugendlichen, die Anrechnung von Ehrenamtsarbeit bei der Bewerbung um einen Studienplatz sowie bei den Credit Points.

Ehrenamt muss sich für Jugendliche auch lohnen

e66

Kinderschutz ist ein rot-roter Papiertiger geblieben

Die von Rot-Rot gemachten Versprechungen, den Kinderschutz in Berlin deutlich stärken zu wollen, sind trotz des 2009 erlassenen Kinderschutzgesetzes vom Senat nicht eingelöst worden. Nach wie vor fehlt es an Personal in den Gesundheits- und Jugendämtern sowie in den regionalisierten Sozialdiensten. Aufsuchende Sozialarbeit bzw. Beratung von Familien in deren Häuslichkeit ist weitestgehend ein Fremdwort geblieben. Dazu ist das Netzwerk Kinderschutz in den Bezirken von sehr unterschiedlicher Qualität und Dichte. Der Senat drückt sich hier vor Festlegungen für Qualitäts- bzw. Mindeststandards. Besonders lückenhaft sind die frühen Hilfen, die insbesondere die Eltern mit schwacher Sozialkompetenz unterstützen und vermitteln sollen, wie man den verantwortungsvolle Aufgabe als Mutter bzw. Vater besser gerecht werden kann.

Lösung: Die CDU will die bestehenden Lücken im Kinderschutz schließen. Vor allem soll auch die Prävention durch gezielte Familienbildungsangebote für werdende Mütter und Väter verbessert werden. Ein flächendeckendes Familienhebammenprogramm soll dafür sorgen, dass Mütter bereits vor der Geburt sowie nach der Geburt ihres Kindes mindestens ein Jahr intensiv betreut werden.

93

Checkpoint Charlie - Disneyland statt Mahnmal des Kalten Kriegs und der Teilung

Checkpoint Charlie muss seiner historischen Bedeutung entsprechend entwickelt werden

Checkpoint Charlie zieht jährlich Millionen Touristen an, aber die Kreuzung von Friedrichstraße und Zimmerstraße ist als einstmal wichtiger Ort der Ost-West-Konfrontation, des Kalten Krieges und als internationaler Grenzübergang nicht mehr wirklich erkennbar und wird zunehmend von billigen Souvenirshops und Fastfood-Restaurants banalisiert.

Lösung: Am Checkpoint Charlie wurden große städtebauliche Fehler gemacht, Ausdruck mangelnden Geschichtsbewusstseins. Wir wollen diesen Ort seiner historischen Bedeutung gemäß entwickeln. Dazu gehören die Aufstellung eines Wachturms und die Errichtung einer Gedenkstätte, die den Freiheitswillen der Berliner, die Flucht und den Widerstand in der DDR dokumentiert.

94

Berliner Schüler lernen fast nichts über das Unrechtssystem der DDR und die deutsche Teilung

Schule darf um das SED-Unrecht keinen Bogen machen.

Berlin war das Zentrum des Kalten Krieges und Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, aber Berliner Schüler lernen fast nichts über die Diktatur in der DDR, das brutale Unterdrückungssystem der SED und die Gewalt an der Mauer.

Lösung: Neben der Aufarbeitung der NS-Diktatur müssen auch und gerade im Lehrplan der Schulen nachhaltig die Aufarbeitung der SED-Diktatur betrieben und das Unrecht dieses Regimes deutlich gemacht werden.

e67

Berlin ist Kulturhauptstadt, aber Wandertage enden oft in Fastfood-Restaurants

Berlin hat ein einzigartiges Kulturangebot, doch Wandertage an vielen Schulen enden in Eisdielen oder Fastfood-Restaurants.

Lösung:

An Wandertagen sollen gezielt Kultureinrichtungen besucht werden. Diese Besuche, als Ergänzung zum Unterrichtsstoff und „Unterricht am anderen Ort“ müssen in den Ausführungsvorschriften für Exkursionen, Wander- und Projekttage der Schulverwaltung sowie den Rahmenlehrplänen verankert werden. Das hat auch einen positiven Effekt im Bereich Integration, denn diese ist ohne Kenntnis unserer Kultur nicht möglich. Mit Künstlern, Regisseuren, Schriftstellern etc. sollen zur Gestaltung des Unterrichts direkte Kooperationen eingegangen werden. Ebenso wollen wir die Bildungsangebote von Bibliotheken, Musik- und Volkshochschulen sowie die der anderen Kultureinrichtungen in eine für Kinder und Jugendliche geeignete kommunale Bildungslandschaft einbinden.

95

Vielfalt der Berliner Musik- und Clubszenen bedroht

Berlin verdankt seinen Ruf und seine Atmosphäre nicht zuletzt der Musik- und Clubszene. Sie ist zum Aushängeschild der Stadt geworden und ein wichtiger Teil der Kultur- und Kreativwirtschaft. Vielerorts bedrohen kurzfristige Stadtplanung, Lärmschutzverordnungen und Immobilienentwicklung die Szene.

Lösung: Fortbestand und zukünftige Anziehungskraft der Berliner Musik- und Clubszene sind nicht garantiert. Kieze verändern sich, Szenen ziehen weiter, das gehört zur Entwicklung unserer Stadt dazu. Dennoch wollen wir die Musik- und Clubszene unterstützen. Wir erkennen sie als eigenständigen Wirtschaftszweig der Kultur- und Kreativwirtschaft mit mittleren und kleinen Unternehmen an und wollen ihre Vielfalt erhalten und fördern. Dafür muss sie künftig auch in der Stadtplanung stärker berücksichtigt werden.

Stadtentwicklungspolitik muss mehr Freiräume für die Musik- und Clubszene schaffen

96

Zentralbibliothek und Amerika-Gedenkbibliothek verfallen

Die Standorte der Landes- und Zentralbibliothek in der Breiten Straße in Mitte und am Standort Amerika Gedenkbibliothek verfallen, aber ein Neubau auf dem Gelände des Tempelhofer Flugfeldes ist unsinnig und nicht zu finanzieren.

Lösung: Die bestehenden Standorte liegen zentral und sind verkehrstechnisch gut angebunden. Wir wollen sie baulich erneuern.

Zentral- und Amerika-Gedenkbibliothek sanieren

97

Humboldt-Forum gefährdet

Während die unionsgeführte Bundesregierung den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses und die Einrichtung des Humboldt-Forums selbst bei schwieriger Haushaltslage gewährleisten möchte, ist Rot-Rot in dieser Frage zerstritten und unternimmt nichts. Dabei sollte Berlin die Wiederherstellung seiner Stadtmitte vorantreiben und nicht blockieren.

Lösung: Das Humboldt-Forum im wiederaufzubauenden Stadtschloss hat das Potenzial, ein zukunftsweisendes, identitätsstiftendes Aushängeschild für Deutschland zu werden. Mit dem geplanten Bau entsteht ein Zentrum der kulturellen Begegnung und des Dialogs zwischen den Kulturen der Welt und der Wissenschaft von nationaler und internationaler Bedeutung. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Errichtung weiterhin sicherstellt. Um das Projekt voranzubringen und die Aktivitäten der privaten Initiative, insbesondere die Spendenakquise, zu unterstützen, wollen wir einen symbolischen ersten Spatenstich noch 2011.

Der symbolische Spatenstich für das Stadtschloss soll noch 2011 stattfinden

Die Film- und Fernsehförderung muss intelligent weiterentwickelt werden

98

Filmstadt Berlin verspielt ihren Vorsprung

Berlin ist Deutschlands Filmstandort Nummer eins, und mit der Berlinale ist unsere Stadt Gastgeber eines der drei weltweit bedeutendsten Filmfestivals. Film trägt aber nicht nur zur Berliner Kultur bei, sondern ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, denn jeder vergebene Euro Filmförderung bewirkt nahezu fünf Euro an Investitionen in der Region. Allerdings wurde die Weiterentwicklung des Standorts in den letzten Jahren verschlafen. Die Umwandlung des Filmboards in das Medienboard hat keine neue Dynamik bewirkt. Zudem ist Berlin als TV-Standort nur durchschnittlich aufgestellt, große TV-Produktionshäuser sind unterrepräsentiert, der Wegzug von Sat1 hat diese Situation verschärft.

Lösung: Um Berlin, auch angesichts eines gestiegenen Förderbedarfs und des steigenden Konkurrenzdruckes der Filmförderungen anderer Länder, als Film- und TV-Standort noch attraktiver zu machen, muss die erfolgreiche Film- und Fernsehförderung unter Federführung der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH weiterentwickelt werden. Dabei müssen auch die Möglichkeiten und Förderprogramme der Wirtschaftsförderung, das Hauptstadtmarketing, die IBB, und der Rundfunk Berlin-Brandenburg einbezogen werden. Andere Bereiche der Kultur- und Kreativwirtschaft, die weit größere Subventionseffekte bewirken, sollten hier in eine kluge Gesamtstrategie eingebunden werden.

e68

Die Bauakademie Schinkels – eine mit Plastik überdeckte Brache

Neben dem Stadtschloss stellt die 1836 von Karl-Friedrich Schinkel errichtete Bauakademie das wichtigste Vorhaben zur Wiederherstellung der zu DDR-Zeiten mutwillig zerstörten historischen Mitte Berlins dar. Daran scheint der rot-rote Senat jedoch kein Interesse zu haben. Der privat finanzierte Wiederaufbau durch einen Investor wurde abgelehnt und der Liegenschaftsfonds stoppte die öffentliche Ausschreibung. Damit bleibt der Regierende Bürgermeister und Kultursenator in Personalunion der Verwalter einer mit Plastik überdeckten Brache.

Lösung: Berlin hat als deutsche Hauptstadt und Visitenkarte der Nation ein Recht darauf, nicht auf Jahrzehnte eine Quadratkilometer große Brache in seiner historischen Mitte dulden zu müssen. Daher muss neben dem Stadtschloss auch die Bauakademie Schinkels wieder aufgebaut werden. Die CDU Berlin fordert daher die Wiedereröffnung der öffentlichen Ausschreibung. Investoren sollen gezielt angeworben werden.

e69

Jagdschloss Glienicke wird erneut verunstaltet

Bei einem schweren Brand wurde das aus dem 17. Jahrhundert stammende Jagdschloss Glienicke zerstört. Dabei nahm auch der in den 1960er Jahren durch Max Taut, Bruder von Bruno Taut, ohne Rücksicht auf die Ästhetik der über 300 Jahre alten barocken Fassade eingebaute Glaserker Schaden. Statt die Gelegenheit der laufenden Restaurierung zu nutzen, um die Verunstaltung aus den 60er Jahren wieder rückgängig zu machen – was ohne Mehrkosten möglich wäre – und die barocke Fassade wiederherzustellen, lässt der rot-rote Senat es zu, dass der Glaserker erneut aufgebaut wird.

Lösung: Das Votum des Landesdenkmalpflegers für den Wiederaufbau des Glaserkers könnte von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als oberster Denkmalschutzbehörde überstimmt werden. Zudem könnte der Regierende Bürgermeister von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen und sich für die Wiederherstellung der barocken Fassade einsetzen.

e70

Berlin hat keine Kunsthalle

Berlin ist einer der international bedeutendsten Orte zeitgenössischer Kunst, der wichtigste künstlerische Produktionsstandort in Europa und die Galeriedichte in unserer Stadt eine der weltweit höchsten. Aber Berlin hat keine Kunsthalle.

Lösung: Über das Ob und Wie einer Kunsthalle suchen wir den Dialog mit bestehenden Einrichtungen und der Berliner Kunstszene. Eine Kunsthalle in Berlin wäre vielleicht wünschenswert, eine öffentliche Finanzierung lässt Berlins Haushaltslage jedoch nicht zu. Wir müssen uns zuerst um den Erhalt bestehender Einrichtungen kümmern. Eine dauerhafte Kunsthalle müsste in Errichtung und Betrieb ohne direkte und indirekte öffentliche Subventionen auskommen, sondern sich durch die Nutzung, mit Hilfe privater Geldgeber und durch ein kluges Gesamtkonzept tragen.

e71

Berlins Kultur - nicht nur für Touristen

Berlin ist kulturell strahlende Hauptstadt und die Berliner zu Recht stolz darauf. Dennoch haben zu viele Berliner nur geringe Verbindung zu den Kultureinrichtungen ihrer Stadt.

Lösung: Die Kultureinrichtungen in Berlin müssen für alle Berliner da sein und umgekehrt. Wir wollen die Menschen in unserer Stadt besser mit ihren Kultureinrichtungen vernetzen und das bestehende bürgerliche Engagement für die Kultur ausbauen.

e72

.berlin immer noch nicht gesichert

Noch dieses Jahr wird die ICANN, die für die weltweite Internetverwaltung zuständig ist, über neue Internetnamensendungen, sogenannte Top-Level-Domains, entscheiden. Um .berlin haben sich auch private Investoren beworben, dabei bemüht sich in Berlin seit mehreren Jahren ein Zusammenschluss von Unternehmen der Berliner Wirtschaft um die Registrierung von .berlin, damit diese Domain-Endung auch unserer Stadt zur Verfügung steht.

Lösung:

Wir setzen uns nachhaltig bei allen relevanten Stellen dafür ein, dass die Top-Level-Domain .berlin nicht in die Hände ausländischer Privatinvestoren fällt, sondern den Bürgern und der Wirtschaft Berlins zugute kommt.

e73

Die Stiftung Oper in Berlin nach wie vor schwach

Die Stiftung Oper in Berlin mit ihren fünf eigenständigen Betrieben Deutsche Oper Berlin, Komische Oper Berlin, Staatsoper Unter den Linden, Staatsballett Berlin und dem Bühnenservice ist kein Erfolgsmodell.

Lösung: Die fünf in der Stiftung Oper in Berlin zusammengeführten Betriebe müssen auch weiterhin künstlerisch und finanziell unabhängig voneinander bleiben. Allerdings sollte die Stiftung über ihre bisherige Arbeit hinaus, die vor allem die zentrale Finanzbuchhaltung und den bühnenübergreifenden Personalservice beinhaltet, eine stärkere Rolle in der Berliner Opernlandschaft spielen. Dazu gehören eine stärkere Koordination zwischen den drei beteiligten Opern, die Überprüfung weiterer Bereiche auf Synergien, eine bessere finanzielle Ausstattung der Stiftung und vor allem eine künstlerisch gewichtigere Besetzung des Stiftungsrats sowie die Stärkung der Generaldirektion.

Behindertensport hat mehr öffentliche Beachtung verdient

99

Der Behindertensport wird vernachlässigt

Gerade der Behindertensport steht selten im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung und erfährt damit häufig lediglich eine nachrangige Förderung.

Lösung:

Wir setzen uns dafür ein, dass dem Behindertensport nicht nur zu Zeiten der paralympischen Spiele Beachtung geschenkt, sondern insgesamt mehr Aufmerksamkeit verliehen wird. Dabei kommt es darauf an, die Entwicklung der letzten Jahre zu analysieren und daraus Schlüsse für die künftige Entwicklung in diesem Bereich zu ziehen.

100

Hallenbäder zu lange geschlossen

Berlins Hallenbäder brauchen verbindliche Nutzungszeiten

Die Sommerschließzeiten in den Hallenbädern sind notwendig, um dringend gebotene Reparaturen an den Bädern durchzuführen. Die Sommerschließzeiten dürfen aber nicht dazu genutzt werden, lediglich Kosten für Betrieb und Personal während der Sommermonate zu sparen. Leider zeigt sich, dass die Hallenbäder häufig willkürlich und längerfristig geschlossen werden. Die Leidtragenden dieser erfolgten Schließung sind einerseits die Kundinnen und Kunden der BBB, aber auch und vor allem die zahlreichen Vereine, die in diesen Hallenbädern ihren schwimm- und wassersportlichen Übungs-, Lehr- oder Wettkampfbetrieb durchführen.

Lösung: Damit insbesondere diesen Vereinen ein Höchstmaß an Kontinuität des Trainings- und Wettkampfbetriebes bereitgestellt werden kann, muss eine verbindliche Regelung der Schließzeiten der Hallenbäder der BBB während der Sommerbadesaison festgelegt werden.

e74

Schwimmbäder geschlossen

In Berlin stehen pro 1000 Einwohner nur 21,88 qm Wasserfläche in Frei- und Hallenbädern zur Verfügung. Berlin ist damit zusammen mit Hamburg (19,54 qm) im Vergleich der Bundesländer Schlusslicht. Aufgrund einer mangelnden Ausfinanzierung des Haushalts der Berliner Bäder-Betriebe hat sich zudem der bauliche Zustand vieler Bäder dramatisch verschlechtert. Viele Bäder der Berliner Bäder-Betriebe sind aus baulichen Gründen in den vergangenen Jahren geschlossen worden.

Lösung: Die im Landeshaushalt veranschlagten zusätzlichen 10 Millionen Euro aus dem Verkaufserlös der GSG reichen nicht aus, um die notwendigen Sanierungsmaßnahmen zügig abwickeln zu können und die unvermeidbaren Schließungszeiten auf ein Minimum reduzieren zu können. Deshalb müssen im Rahmen der Schwerpunktsetzung im Investitionsbereich mehr finanzielle Mittel für die Bäder zur Verfügung gestellt werden, zumal die im Landeshaushalt veranschlagten Bauinvestitionsmittel regelmäßig nicht ausgeschöpft werden.

e75

Bürokratenmarathon vor Sportveranstaltungen

Alljährlich werden diverse Sportveranstaltungen im öffentlichen Raum unserer Stadt durchgeführt. Neben dem Berlin-Marathon zählen hierzu viele weitere attraktive Lauf-, Radfahr- oder Skating-Wettbewerbe, die weit über Berlin hinaus bekannt sind und daher viele Teilnehmer aus der ganzen Welt in unsere Stadt locken. Somit geht von diesen Sportveranstaltungen eine immense Bedeutung für den Tourismus und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt aus. Vor diesem Hintergrund ist es umso bedauerlicher, dass die veranstaltenden Sportorganisationen und Sportvereine für die Durchführung dieser Veranstaltungen im öffentlichen Raum unserer Stadt unzählige Genehmigungen von verschiedensten Stellen einholen müssen und in der direkten Vorbereitung der Veranstaltung mit diversen bürokratischen Angelegenheiten stark belastet werden. Insbesondere kleinere und mittlere Sportvereine haben vielfach erhebliche Schwierigkeiten, die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um die Sportveranstaltung durchzuführen. Eine Vielzahl von notwendigen Genehmigungen, die an unterschiedlichen Stellen eingeholt werden müssen, überfordern vielfach die hauptsächlich ehrenamtlich tätigen Vereinsvorstände und -mitglieder.

Lösung: Um insbesondere die Sportstadt Berlin weiter zu stärken und sicherzustellen, dass auch zukünftigen die vorhandene Vielfalt von verschiedensten Sportveranstaltungen angeboten werden kann, ist es geboten, die Initiatoren dieser für Berlin immens wichtigen Veranstaltungen zu unterstützen. Daher setzen wir uns dafür ein, im Rahmen des Modernisierungsprogramms „ServiceStadt Berlin 2007-2011“ bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport eine einheitliche Anlaufstelle für die Durchführung von Sportveranstaltungen im öffentlichen Raum einzurichten. Dabei würde dieser Schritt eine Weiterentwicklung der in diesem Programm bereits bestehenden Projekte bedeuten. Berlin muss sich auch in Zukunft als wirtschafts- und bürgerfreundliche Metropole positionieren.

e76

Keine Weiterentwicklung des Olympiageländes

Konkrete Bemühungen des Senats zur Umsetzung des beschlossenen Konzepts zur Weiterentwicklung des Olympiageländes sind zurzeit kaum zu erkennen. Bemühungen, regionale und überregionale Institutionen auf das Gelände zu holen, sind bisher weitestgehend gescheitert. Bauliche Investitionen werden zurzeit ebenfalls kaum getätigt, so dass von einer erkennbaren Weiterentwicklung des Olympiageländes nicht die Rede sein kann.

Lösung: Angesichts des vorhandenen Potenzials des Geländes ist der zu konstatierende Stillstand nicht länger hinzunehmen. Es muss eine dauerhafte Nutzungsausweitung auf dem Gelände des Olympiageländes auf der Basis des beschlossenen Konzeptes vorgenommen werden.

